

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Vierteljahr 2,30 M., halbes Jahr 4,50 M., ein Jahr 8,10 M., monatlich 0,75 M., fremd- und Auslandsendung 1,00 M. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertem Sammelblatt. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 50 Pf. für vollstellige und gewerkschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 8. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Vieh- und Fleischteuerung.

Als im zweiten Viertel des vorigen Jahres die Schlachtvieh-, vornehmlich die Schweinepreise von Woche zu Woche höher schnellten, verkündete bekanntlich auf dem Kaiserhof-Diner der Landwirtschaftsgesellschaft Preußens gemalter Landwirtschaftsminister unter Berufung auf seine fachmännische Autorität, daß schon in vier bis sechs Wochen, also noch im September vorigen Jahres, die Schweinepreise auf ihren normalen Stand zurückzuführen würden. Ohne Rücksicht auf diese Versicherung der höchsten preussischen viehverständigen Autorität zogen jedoch die Schlachtviehpreise an den großen Viehmärkten weiter an und erreichten im November einen Stand, der alle Viehpreissteigerungen, die seit Jahrzehnten in Preußen eingetreten sind, weit hinter sich ließ. Es kosteten z. B. im Durchschnitt des November vorigen Jahres am Berliner Schlachtviehmarkt:

	Ochsen, II. Qualität pro 100 kg Schlachtgewicht.	Schweine, II. Qualität pro 100 kg Lebendgewicht. (mit 20 Proz. Tara)	Lamm, II. Qualität pro 100 kg Schlachtgewicht.
	144,00 M.	145,25 M.	154,50 M.
Dagegen im selben Monat der Jahre:			
1901:	117,20 M.	122,00 M.	116,20 M.
1902:	127,20 "	117,40 "	135,60 "
1903:	135,75 "	96,00 "	138,00 "
1904:	134,50 "	108,50 "	131,00 "

Trotz dieser Dementierung durch die Tatsachen, leistete sich das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in der amtlichen Denkschrift, die es im November dem Reichstage vorlegte, erneut unter Berufung auf seine gründlichen fachmännischen Informationen die Versicherung, daß mit Sicherheit ein baldiges vermehrtes Angebot von Schlachtvieh und ein dementsprechender Rückgang der Viehpreise zu erwarten sei. Spätestens werde im Dezember oder zu Beginn des nächsten Jahres eine Steigerung des Auftriebes an den Schlachtviehmärkten eintreten. Zum Schluß wird in der Denkschrift gegenüber der Behauptung, die deutsche Landwirtschaft vermöge den Fleischbedarf des deutschen Volkes nicht mehr zu befriedigen, pomphast versichert:

„Der deutschen Landwirtschaft wird es, wie bisher, gelingen, den inländischen Fleischbedarf in der Hauptfrage durch eigene Produktion zu decken, falls sie auch in Zukunft auf einen genügenden Seidenanbau und auf Verbeibehaltung des jetzigen wirtschaftspolitischen Systems rechnen kann.“

Die Preisbewegung ignorierte jedoch ebenso wie die Kaiserhof-Propheteien auch diese amtliche Sachverständigkeit. Wohl trat im Dezember und Januar ein geringer Rückgang der Preise ein; aber erst im April führte, wie fast alljährlich im Frühjahr, der verstärkte Schweineauftrieb zu einem nennenswerten Fall der abnormen Schweinepreise. Im Durchschnitt des Monats Mai dieses Jahres stellte sich der Preis für Schweine zweiter Qualität am Berliner Markt nur auf 119,5 Mark pro Doppelzentner Lebendgewicht (mit 20 Prozent Tara), also ungefähr 26 Mark niedriger als im November des vorigen Jahres. Schon im Juni zogen jedoch die Preise weiter an und zurzeit stellen sich die Preise sogar für Ochsen II. Qualität auf 154 bis 162 M., für Schweine II. Qualität auf 134—142 M. und für Lamm II. Qualität auf 160—166 M. Die Schweinepreise stiegen also heute zwar ungefähr 5 Prozent niedriger als im November vorigen Jahres, dafür aber ist der Preis für Ochsen um mehr als 10 Prozent, für Lamm um weitere 6 Prozent gestiegen. Die Versicherungen der amtlichen „Sachverständigen“ erweisen sich demnach als leere, grundlose Behauptungen.

Das war vorauszusehen; denn die Denkschrift des Landwirtschaftsministeriums ist eine höchst einseitige Tendenzschrift, die lediglich den Zweck verfolgt, nachzuweisen, daß die deutsche Landwirtschaft auch noch heute vollständig in der Lage sei, den inländischen Fleischbedarf zu decken. Zu diesem Zweck werden Behauptungen und statistische Zahlen zusammengestellt, die, sofern sie überhaupt etwas beweisen, nur das eine dartun, daß die großen Kapazitäten des Landwirtschaftsministeriums sich über die Richtung der volkswirtschaftlichen Entwicklung Preußens noch immer nicht klar sind. Daß die deutsche Viehzucht nicht mit dem Anwachsen der deutschen Bevölkerung und deren gesteigertem Fleischbedarf Schritt gehalten hat, darf offiziell nicht zugegeben werden. Deshalb wird von den Verfassern der Denkschrift die Fleischteuerung des vorigen Jahres erstens als eine Ausnahmerscheinung hingestellt und zweitens ihre Ursache lediglich — abgesehen von der allgemeinen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten — in einem Zufall, nämlich in der ungünstigen Futtermittelernte des Jahres 1904, namentlich im Rißwuchs der Kartoffeln, gesucht. „Die Kartoffel“, heißt es in der Denkschrift, „bildet fast überall in Deutschland noch das Hauptfuttermittel für die Schweine. Rechnet man nur 10 Zentner Kartoffeln auf einen Zentner Lebendgewicht, so ergibt sich schon bei einer Erhöhung der Kartoffelpreise um 1 M., wie sie überall mindestens beobachtet wurde, eine Vermehrung der Produktionskosten für ein 200 Pfund schweres Schwein um 20 M. Hierzu treten die höheren Preise auch für alle übrigen Futtermittel.

Wäre diesem außerordentlichen Herausschnellen der Produktionskosten nicht durch ein entsprechendes Steigen der Viehpreise Rechnung getragen, so würde eine allgemeine Einschränkung der Schweinehaltung die unausbleibliche Folge gewesen sein, während eine solche jetzt nur in geringem Umfange und zwar meist da beobachtet wurde, wo die Mittel zum Ankauf der teureren Futtermittel fehlten.“

Zatfächlich hat die ungünstige Futtermittelernte im vorigen Jahre zwar zum Emporschnellen der Viehpreise beigetragen; aber sie vermochte ihre gewaltig preissteigernde Wirkung nur deshalb auszuüben, weil im Laufe der letzten Jahre die deutsche Viehproduktion immermehr in ein Rißverhältnis zum deutschen Fleischbedarf geraten ist. Die eigentliche, tieferliegende Ursache der vorjährigen und diesjährigen Vieh- und Fleischteuerung ist das Zurückbleiben der deutschen Fleischproduktion hinter dem Bedarf. Wäre die Argumentation der Denkschrift richtig, dann müßten die Viehpreise heute sehr niedrig stehen, denn die vorjährige Futtermittelernte hat einen außerordentlich guten Ertrag geliefert, ganz besonders die Kartoffelernte. Nach der offiziellen Erntestatistik hat Deutschland im letzten Jahre 48,3 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet, im Jahre 1904 dagegen nur 36,3 und im Jahre 1903 nur 42,9 Millionen Tonnen.

Daß die Viehproduktion relativ, d. h. im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme zurückgegangen ist, läßt sich statistisch nachweisen. Es kommen auf je 100 Einwohner:

	an Rindern	Schafen	Schweinen
1904	82,3 Stück	19,2 Stück	31,6 Stück
dagegen:			
1873	88,4 "	60,9 "	17,4 "
1883	84,5 "	41,9 "	20,1 "
1892	85,5 "	27,5 "	24,6 "
1900	83,6 "	17,2 "	29,8 "

Kun hat zwar das Gewicht des Schlachtviehes im Ganzen etwas zugenommen; andererseits aber ist in noch weit stärkerem Maße der Anspruch der deutschen Bevölkerung an den Fleischmarkt gewachsen, denn wie in allen Ländern, steigt auch in Deutschland ganz naturgemäß mit dem Fortschritt der Industrialisierung der Fleischbedarf. Selbst einsichtige, nicht nur ihr Eigeninteresse verfolgende Landwirte vermögen sich der Erkenntnis nicht mehr zu verschließen, daß die Viehproduktion nicht mit der Steigerung des Fleischbedarfs Schritt hält. So wird uns von einem pommerschen Landwirt, der allerdings nicht zum Heerbann des Bundes der Landwirte gehört, geschrieben:

„Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht in Nr. 402 Meinungsäußerungen der Herren Landesökonomierat Ring-Düppel und Schlachtviehdirektors Goly. Diese Meinungsäußerungen gipfeln darin, daß eine weitere Fleischteuerung nicht bedorft ist. Geht man aber näher auf den Inhalt ein, dann kommt man zu einem anderen Resultat. Herr Landesökonomierat Ring meint, daß infolge der guten Futterernte die Landwirte jetzt Mastvieh noch nicht zu Markte bringen, daß aber, wenn das Weidvieh erst auf den Markt kommt, die Preise nicht mehr steigen werden. Herr Ring läßt aber die Frage offen, wie hoch schon die Preise gestiegen sein werden, wenn das Vieh auf den Markt kommt. Er muß doch wohl davon überzeugt sein, daß die hohen Preise bestehen bleiben, denn sonst hätte er in seiner Beurteilung sagen müssen, daß die Preise fallen werden, sobald das Weidvieh auf den Markt kommt. Wenn wirklich der Landwirt sein Vieh jetzt vom Markte zurückhalten sollte, dann ginge doch daraus zur Genüge hervor, daß er für später noch höhere Preise zu erzielen hofft; sonst würde er doch jetzt sein Vieh loschlagen und die hohen Preise mitnehmen, umso mehr da gerade in der jetzigen Jahreszeit der Landwirtschaft fast gar keine Einnahmen aus dem landwirtschaftlichen Betriebe zusteuen, die Ausgaben aber wegen der Erntearbeiten zurzeit die größten sind.“

Seit länger als drei Jahrzehnten bin ich in der Landwirtschaft und besonders in größeren Wirtschaften tätig; im besonderen habe ich mich mit dem Studium über den Wert und Nutzen der Viehhaltung gegenüber einem Wirtschaftsbetriebe ohne Viehhaltung beschäftigt. Auf Grund dieser langjährigen Erfahrung bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß die deutsche Landwirtschaft unter den jetzt eintretenden Umständen nicht in der Lage ist, den Fleischbedarf im Inlande zu decken, so daß noch eine weitere Steigerung der jetzigen Fleischpreise eintreten wird, wenn nicht Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Vorweg will ich bemerken, daß es in der Landwirtschaft selbst bei der exaktesten doppelten Buchführung recht schwer ist, festzustellen, welche Reinerträge die Rindviehhaltung bringt und wie hoch die Reinerträge aus der Schaferei sich belaufen, weil man fast immer mit imaginären Zahlen rechnen muß. Anders liegt die Ertragsberechnung bei der Schweinehaltung. Die Einführung bzw. Aufhebung der Schweinehaltung ist ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen, jedenfalls liegen nicht die Schwierigkeiten vor, die eintreten würden bei Einführung bzw. Aufhebung einer Rindvieh- und Schafhaltung. Im letzteren Falle müßte der ganze Wirtschaftsbetrieb, Fruchtfolge usw. geändert werden, was bei der Schweinehaltung nicht zutrifft. Nach meiner langjährigen Erfahrung, in Verbindung mit sorgfältiger Buchführung stelle ich die Behauptung auf, daß man mit einem Preise für Schweine ab Stall mit 87—88 M. pro Zentner Lebendgewicht noch recht gute Geschäfte macht. Wenn jetzt in Berlin für 100 Pfund Lebendgewicht mit 20 Proz. Tara 70 M. gezahlt werden, so erhält der Landwirt ab Stall etwa 50 M., also pro Zentner 12 M. über den Betrag, der als eine annehmbare Rente aus dem Betriebe

der Schweinehaltung bezeichnet werden muß, und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß die Erträge aus der Rindvieh- und Schafhaltung auch solche sind, die erheblich über die normale Grenze hinausgehen. Gerne will ich zugeben, daß vor mehreren Jahren die Erträge aus der Viehhaltung derart niedrig waren, daß tatsächlich Geld zugefetzt wurde, denn ich kenne Zeiten, wo für ein Zentner Lebendgewicht 28 M. ab Stall gezahlt, also pro Zentner einige Mark zugefetzt wurden. Aus dieser Tatsache darf aber doch wohl die Berechtigung zu den jetzigen hohen Preisen nicht hergeleitet werden, denn man muß doch berücksichtigen, daß die Volksernährung bei der jetzigen Lage eine sehr schwierige ist.

Bei den jetzigen Preisen des Schlachtviehes ist doch nicht in Abrede zu stellen, daß jeder Landwirt die Viehhaltung bis zur höchsten Grenze ausdehnt, und wenn trotzdem noch diese hohen Preise am Markte gezahlt werden, so ist die Tatsache bewiesen, daß das Angebot in keinem Verhältnis zu der Nachfrage steht. Ich glaube kaum, daß eine größere Produktion an Schlachtvieh zu erhoffen ist, im Gegenteil, sie wird zurückgehen. Viele Landwirte kommen immer mehr und mehr von der Naturallohnung auf die Geldlohnung. Dadurch wird dem Tagelöhner es unmöglich gemacht, noch Schweine zum Verkauf zu bringen. Ein Gut nach dem anderen schaffte die Gänsehaltung ab — besonders in der Provinz Pommern. — Wenige Güter gibt es nur noch, wo den Arbeitern gestattet wird, sich eigene Kühe und Schafe zu halten. Daß hierdurch ein Rückgang der Schlachtviehproduktion bedingt wird, ist klar. Die vermehrte Beschäftigung von ausländischen Arbeitern in den Sommermonaten, der Zuwachs der Bevölkerung, haben aber einen vermehrten Verbrauch an Fleisch zur Folge.

Soll die Lebenshaltung der breiten Volksmasse, die ohnehin durch den am 1. März d. J. in Kraft getretenen neuen Zolltarif schwer belastet worden ist, nicht noch tiefer herabgedrückt werden, so muß die künstliche Abschließung des deutschen Marktes gegen die Konkurrenz der ausländischen Viehzucht aufgehoben werden. Noch lauter, noch dringender als im vorigen Jahre erhebt sich heute, nachdem die Tatsachen erwiesen haben, daß es sich bei der Fleischteuerung nicht um eine schnell vorübergehende Erscheinung handelt, die Forderung: Öffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr aus dem Auslande unter entsprechender sanitärer Kontrolle, Abschaffung der geltenden enormen Vieh- und Fleischzölle, Erleichterung des Vieh- und Fleischtransportes durch Ermäßigung der betreffenden Eisenbahn-Frachttarife. Daneben ergibt sich für die größeren städtischen Gemeinwesen die Aufgabe, durch strenge Beaufsichtigung und Reglementierung des Viehhandels auf den städtischen Schlachtviehmärkten, nötigenfalls durch eigenen Einkauf von Schlachtvieh und Errichtung städtischer Fleischverkaufshallen den hohen Profitten des Viehhandels und Schlächtergewerbes entgegenzuwirken. Die stetige Steigerung der Vieh- und Fleischpreise ist zu einer calamität, zu einer ersten Gefahr für die Volksernährung geworden. Die geringe Verbesserung ihrer Lebenslage, die sich in den letzten Jahren die deutschen Arbeiter in schweren wirtschaftlichen Kämpfen erungen haben, droht ihnen durch die künstliche Preissteigerung der Nahrungsmittel durch Zölle, Grenzsperrungen und Unternehmerkoalitionen vollständig wieder verloren zu gehen. Dagegen gilt es energig Stellung zu nehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. September.

Tippelkirch'sche Preßkompagnie

Aus der Anschuldbung der „Tägl. Rundschau“ scheint sich ein niedliches journalistisches Duell zwischen den beiden im Dienste der Tippelkirch-Pöbblidtschen Geschäftsethik kämpfenden Blättern, der national-patriotischen Ripplerschen „Tägl. Rundschau“ und dem nicht minder patriotischen Scherfschen „Lokal-Anzeiger“ zu entwickeln, das, wenn sich die weiteren Fortgänge auf dem gleichen Niveau vollziehen wie die beiden ersten, vielleicht noch manchen interessanten Beitrag zur Charakteristik der von den Tippelkirchern inszenierten Preßtreibereien liefern wird. Schon der Anfang des Duells ist recht vielversprechend. Auf die energigste Zurückweisung des Major Quade, deren wir in gestriger Nummer erwähnten, antwortet Herr Ripplers „Zeitung für nationale Politik“ mit folgendem Angriff auf den „Lokal-Anzeiger“:

„Zu den im gestrigen Abendblatt wiedergegebenen Erklärungen des Herrn Oberleutnants Quade, wonach die sensationelle, des Offizierkorps der Schutztruppen schwer verdächtigende Notiz des „Berliner Lokal-Anzeigers“ weder von ihm stamme, noch von ihm veranlaßt oder gar in ihrer Fassung festgelegt sei, bemerken wir: Die betreffende Notiz ist unserm Gewächsmann wiederholt durch den Redakteur des Berliner „Lokal-Anzeigers“, Herrn Dr. Mode, als absolut authentisch übermittelt worden, und zwar unter der ausdrücklichen Versicherung, daß die Notiz von Herrn Oberleutnant Quade dem Hauptmann Damhauer vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ in der bereitwilligsten Fassung in die Feder diktiert sei und deshalb, trotz vorher gegebener Zusage, nicht zurückgezogen werden könne. Herr Dr. Mode hat auch jetzt vor Zeugen und in Gegenwart eines Vertreters unseres Blattes trotz der

Nichtigstellung des Herrn Oberleutnants Quade die Erklärung abgegeben, daß dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ der Inhalt jener Sensationsmeldung vom Oberkommando der Schutztruppen amtlich bestätigt worden sei. Unser Gewährsmann wird diesen Tatbestand in der von Herrn Oberleutnant Quade gegen uns angestrebten Klage eidlich erhärten.

Dann heißt es weiter mit scharfer Wendung gegen den „Lokal-Anzeiger“:

„Der Sachverhalt darf nunmehr als dahin aufgeklärt gelten, daß Herr Oberleutnant Quade die schweren Vorwürfe, die wir ihm machen zu müssen glaubten, in keiner Weise verdient. Es bleibt auf seiner Seite lediglich eine gewisse Unvorsichtigkeit bestehen insofern, als er sich überhaupt dazu herbeigelassen hat, Vertretern eines Blattes Auskunft zu geben, von dem er wissen mußte, daß es die Sensation um jeden Preis sucht, auch wenn durch amtliche Erklärungen dieser Sensation jeder Boden entzogen wird.“

Die Sache steht für Herrn Rippers Ethik wie für seine Logik gleichermahen heikel. Erstens ist es ein sonderbarer Brauch, durch einen „Gewährsmann“ auf einem Umweg derartige Nachrichten aus der Redaktion des „Lokal-Anzeigers“ zu beziehen, und zweitens spricht es nicht gerade für die Konsequenz des Leiters der „Täglichen Rundschau“, daß er dann, wenn er den „Lokal-Anzeiger“ für ein Sensationsblatt hält, das nur der Sensation wegen Mitteilungen bringt, denen jede Grundlage fehlt, aus der Redaktion dieses Blattes durch seinen Gewährsmann unkontrollierbare Nachrichten übernimmt.

Den „Lokal-Anzeiger“ hat dieser Angriff höchst erbost. Er leistet sich im Abendblatt nachstehende Erwiderung:

„In unserer gestrigen Abendausgabe haben wir die Anschuldigungen der „Täglichen Rundschau“ gegen Oberleutnant Quade als eine dreiste Unwahrheit bezeichnet, für die es nach unserer Ansicht keine andere Erklärung gäbe als die Angst und den brennenden Nachdurst ihrer durch die Kolonialskandale bedrohten oder bereits belasteten Hintermänner. Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht heute morgen wiederum in der gleichen Angelegenheit eine Auslassung, aus der hervorgeht, daß unsere gestrige Annahme richtig war. Das genannte Blatt behauptet nämlich, ihr „Gewährsmann“ habe von dem Redakteur des „Berl. Lokal-Anzeigers“ Dr. Rode die von ihr veröffentlichte Mitteilung erhalten. Dieser Gewährsmann, dessen Namen die „Tägl. Rundschau“ so schamhaft verschweigt, ist kein anderer als Herr von Tippelskirch selbst. Diese Tatsache wird alle Welt nicht nur über die Gründe aufklären, aus denen die „Tägliche Rundschau“ dem unerhörten Angriff gegen Oberleutnant Quade ihre Spalten geöffnet hat, sie wirft auch ein großes Licht auf die von der „Täglichen Rundschau“ seit Wochen in den Kolonialskandalen beobachtete Haltung. Daß Herr von Tippelskirch ein großes Interesse an der Beseitigung des ihm sehr unangenehmen Oberleutnants Quade hat, wird jeder begreifen. Auch wir erhielten Informationen von Herrn von Tippelskirch, haben sie aber ihrem Werte nach behandelt.“

Zugleich berichtigt Herr Dr. Rode:

1. Es ist unklar, daß ich dem Gewährsmann der „Täglichen Rundschau“ gegenüber mitgeteilt habe, daß die in Nr. 431 des „Berliner Lokal-Anzeigers“ veröffentlichte Notiz von Herrn Oberleutnant Quade dem Hauptmann Dannbauer in der veröffentlichten Fassung in die Feder diktiert sei und deshalb trotz vorher gegebener Zusage nicht zurückgezogen werden könne.

2. Wahr ist vielmehr, daß ich jene Notiz lediglich als absolut authentisch bezeichnet und damit ihre Veröffentlichung begründet habe.

Die Enthüllung des „Lokal-Anzeigers“ ist recht interessant. Es geht daraus hervor, daß, wie Eingeweihte bereits wußten, der „Lokal-Anzeiger“ wie die „Tägl. Rundschau“ über die Tippelskirch-Bodbielski-Affäre ihre Informationen teilweise direkt von Herrn v. Tippelskirch beziehen bzw. ihre Redakteure durch diesen „inspirieren“ lassen. Bei Gelegenheit dieser Inspirationen erfährt Herr v. Tippelskirch etwas über den Oberleutnant Quade, das er im Interesse seiner Sache gegen die Gegenpartei ausschlagen zu können glaubt und übermittelt die Nachricht an die „Tägl. Rundschau“, die darauf als „hochanständiges“ Blatt für die Interessen der höheren Sittlichkeit ohne irgend welche Skrupel die Nachricht zu einem Angriff auf den Oberleutnant Quade ausschlächtet. Ein niedlicher Beitrag zu dem Kampf beider Blätter im Dienste der Bodbielskischen Reinigung.

Pod.

Die „Tägl. Rundschau“ behauptet, daß das Schicksal Pods trotz „Aebem“ besiegelt sei. Der Fall Fischer werde gleich nach den Wahlen erledigt werden, und dann werde auch Pod sein Abschiedsgesuch erneuern. Da er inzwischen, und zwar auf Wunsch des Kaisers, seine Beziehungen zur Firma Tippelskirch gelöst habe, könne ihm ein Abschied in allen Ehren, d. h. mit dem obligaten schwarzen Adlerorden, gewährt werden. Jede Rücksicht auf die Integrität des preussischen Beamtenstandes und die öffentliche Meinung sei dann gewahrt, ohne daß Pod als das Opfer der gegen ihn gerichteten Verhängnisse erscheine.

Die „Deutsche Tagesztg.“ behauptet demgegenüber, daß die „Tägl. Rundsch.“ die Absichten und den Verlauf dieser wunderbaren Verabschiedungskomödie frei erfunden habe. Speziell von einem „dienstlichen Befehle“ des Kaisers an Pod, seine Beziehungen zur Firma Tippelskirch abzubrechen, könne keine Rede sein. Auch nicht von einem nicht mißzuverstehenden kaiserlichen Winke?!

Die „Kreuzzeitung“ hatte kürzlich die vertwegene Behauptung aufgestellt, daß selbst die „erbittertesten Gegner seiner Politik“ nicht zu behaupten „gewagt“ hätten, daß Herrn v. Bodbielskis Ehrenschild durch die Vorgänge im Kolonialamt auch nur im geringsten beschleht sei“. Vielleicht berichtigt das Blatt des selbigen Hammerstein diese optimistische Auffassung nach Kenntnisnahme des folgenden Urteils in den „Mensch. Neuest. Nachr.“:

„Uns erscheint Bodbielski bescholten, und wir fügen diese Meinung auf des preussischen Landwirtschaftsministers eigene Taten. Erst hat er seinen eigenen Namen aus der famosen Verbindung mit der Firma Tippelskirch durch Uebersetzung auf seine Frau gestrichen, jetzt läßt er auch, genötigt von der öffentlichen Meinung, die Teilhaberschaft seiner Frau lösen. In diesem Vorgange liegt ein so deutliches „Pator peccavi“, daß darüber unseres Erachtens ein Zweifel nicht bestehen kann. Nun herrscht ja Freude im Himmel über jeden Sünder, der Buße tut, aber auf Erden pflegt man nicht gerade zu wünschen, daß reuige Sünder an den allerersten Stellen stehen. Die Qualifikation zum Minister wird doch nicht dadurch erbracht, daß eine Handlung dem Staatsanwalt keine Handhabe zur strafrechtlichen Verfolgung bietet oder daß Verfehltes wieder gutgemacht und verzessen wird. Die Frage ist auch nicht die, ob der Reichs- und der preussische Landwirtschaftsminister sich wieder vertragen haben; das ist dem Volke ganz einerlei.“

Auch die „Kölnische Volkszeitung“ betont in ihrer neuesten Nummer, daß Bodbielski nun einmal „kompromittiert“ gewesen sei und daß den Dingen mit Rücksicht „auf die gute alte Beamtentradition“ (also auch das freilich längst gouvèrnemental gewordene Zentrumsblatt macht diesen alten liberalen Schwind mit) ein Ende gemacht werden mußte. Auch die „Kölnische Volkszeitung“ zählt also Pod bereits zu den Toten!

Deutsches Reich.

Ein neuer Kamerun-Standal.

Die „V. Z. am Mittag“ erzählt in ihrer neuesten Nummer einen ungeheuerlichen Vorgang aus Kamerun, bei dem Jesjo von Puttkamer, sein Protegé Leuschner und der neue Gouverneur von Kamerun, Dr. Seih, eine unglaubliche Rolle gespielt haben sollen. Wir geben den Fall im wörtlichen Auszug nach dem genannten Blatt wieder:

Als Jesjo von Puttkamer noch Landeshauptmann von Togo war, kam dorthin ein Landschaftsmaler namens Leuschner, um künstlerische Studien zu machen. Auch Jesjo interessierte sich lebhaft für die schönen Künste — er interessierte sich überhaupt für alles andere mehr als für die Verwaltung der ihm unterstellten Kolonien — und da wendete er sich an Herrn Leuschner mit der Bitte, er möge ihm Unterricht in der Aquarellmalerei erteilen. Das tat Leuschner, und die beiden Herren wurden bald die Freunde. In der Honorierung seines Lehrtums zeigte sich Jesjo ungemein nobel: er nahm ihn nämlich in den Gouvernementsdienst auf und ernannte den Landschaftsmaler, der ja auf seinen Streifzügen durch das Land einige Wege kennen gelernt hatte, zum — Wegebaumeister. Später wurde Jesjo Gouverneur von Kamerun. Aber er kannte keinen Stolz, sondern hielt nach wie vor mit Leuschner innige Freundschaft, nahm ihn mit nach Kamerun und ließ ihn zum Bezirksleiter von Buca avancieren, dem idyllischen Ort am Fuße der Kamerunberge, wo Jesjo seine Residenz aufschlug.

Leuschner hatte noch einen besonders wichtigen Vertrauensposten zu versehen, er mußte nämlich die bekannte Ede als Preislauflein von Ederstein zeitweilig in seine Obhut nehmen, nachdem er sich selbst verheiratet hatte. Weißlich gesagt, hatte Jesjo dem Leuschnerschen Ehepaare die Ede nicht mehr als seine Cousine, sondern als seine Frau vorgestellt. In allen anderen Obliegenheiten moß Herr Leuschner reiche Erfolge erzielt haben, als Behälter und Pensionsoater der Ede aber scheiterte er vollständig. Denn diese betrug sich so überaus gemein und gefährdete die Tugend des Herrn Leuschner in dem Maße, daß Frau Leuschner sich veranlaßt sah, sie eines schönen Tages hinauszuwerfen.

Frau Leuschner scheint übrigens in dem tropischen Klima nervös geworden zu sein, und ihre Nervosität übte auf den sonst sehr gutmütigen und harmlosen Gatten einen unheilvollen Einfluß aus. Er ließ sich nämlich von seiner Frau einreden, daß die Polizeisoldaten gegen die Europäer des Bezirks einen Anschlag planten; und eines Tages rief er die in der Nähe der Station Buca wohnenden Weißen zusammen, um sie von dem angeblich geplanten Ueberfall der Besatzungen in Kenntnis zu setzen. Er ließ dann die Soldaten vor der Gerichtshalle, in welcher die Europäer des Bezirks bewaffnet aufgestellt genommen hatten, antreten und befahl ihnen, die Waffen abzulegen. Die Soldaten waren angefangen, der bedrohlichen Situation aufs äuerste bedrückt und zögerten einen Augenblick, dem Befehle Folge zu leisten. Alsbald befahl Leuschner den Weißen, zu feuern, und mehrere Soldaten kürzten, von den Augen getroffen, tot zu Boden; ein über den Stationshof laufendes Eingeborenenkind wurde ebenfalls getötet. Einige Soldaten wurden verwundet und flüchteten. Sie eilten nach dem Sitze des Bezirksamtes Victoria, wo sie sich (ein Zeichen ihres guten Gewissens) beim Polizeimeister Brüdner meldeten.

Die Untersuchung dieses so ungeheuerlichen Vorfalls hatte Herr Dr. Seih zu führen, der damals stellvertretender Gouverneur von Kamerun war und jetzt als Gouverneur die Leitung der Kolonie übernehmen soll. Dr. Seih beurteilte zwei von den unglücklichen Weisungen zu hohen Gefängnisstrafen, die sie in Togo abzubüßen hatten. Gegen Leuschner aber wurde nichts unternommen; Dr. Seih wies vielmehr alle Beteiligten, auch Frau Leuschner aufs strengste an, über den Vorfall das strengste Stillschweigen zu bewahren.

Es wäre wohl tatsächlich nichts von diesen Vorgängen im Kolonialamt bekannt geworden, wenn nicht der deutsche Konsul in Montrovia (Liberia) berichtet hätte, daß das Werdegeld unter den Weisungen auf ungeheure Schwierigkeiten stöße, weil ihnen die Leuschnersche Schieberei bekannt geworden war und weil sie weiter von dem Dienst in Kamerun nichts wissen wollten, weil dort zu viel geprügelt würde. Sie nannten Kamerun nie anders als die „twenty-five-Kolonie“ und meinten damit, daß man dort zu 25 Dingen gelangen könne. Infolge dieses Konsularberichtes wurde Jesjo zu einem amtlichen Bericht von dem Kolonialamt aufgefordert. Das Disziplinarverfahren, welches gegen Jesjo schwebt, dehnt sich, so viel wir wissen, auf die Anklage der falschen Berichterstattung nicht aus, obwohl der Bericht, den er in Sachen Leuschner erstattet hat, eine solche Anklage vollauf rechtfertigen würde. Leider hat sich das Kolonialamt, wie in so vielen anderen Fällen, mit dem Puttkamerschen Bericht begnügt und es ist in Sachen Leuschner von hier aus nichts veranlaßt worden.

Daß diese Affäre unter den schwarzen Schutztruppen eine ungeheure Aufregung hervorgerufen hat, und daß es nur mit Mühe und durch glückliche Zufälle gelang, einen Aufruhr, den sie planten, im Keime zu unterdrücken, ist allen Europäern, die damals in Duala waren, noch in lebhafter Erinnerung.“

Kamerun Jorid!

Die „Leipz. Volkszeitung“ schreibt: Während bisher Herr Dr. Liman allen Enthüllungen der bürgerlichen und der Parteipresse über seine literarische Vielseitigkeit die Tugend des Trappistens entgegenstellte und einfach schwieg, hat ihm unser Leitartikel vom Dienstag endlich doch die glatte Junge gelöst. In der heutigen Morgennummer der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ergreift er das Wort. Doch was sagt er? Kann er leugnen, daß der arme Jorid und Dr. Paul Liman die gleiche Person ist? Kann er leugnen, daß er in der „Londoner Finanz-Cronik“ am gleichen Tage das Gegenteil von dem geschrieben hat, was er in der „Deutschen Tageszeitung“ schrieb? Nichts davon! Der Juchst sitzt im Eisen, und das Eisen hält fest! An sorgsam versteckter Stelle seines Blattes wimmert er also:

Die „Leipziger Volkszeitung“ bringt einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Auf Limans Spuren“. Es soll mir darin nachgewiesen werden, daß ich in zwei verschiedenen Wochenschriften, von denen die eine in London, die andre in Berlin erscheint, über die Bedeutung der Redaktionsfabrik nach England völlig verschiedene Ansichten geäußert hätte. Der Beweis soll mit einigen aus den beiden Artikeln herausgerissenen Sätzen erbracht werden. Um die Methode des sozialistischen Organs zu kennzeichnen, wählte ich zwei ihrer Argumente, die genügend für sich selber sprechen. Zunächst soll die edle Kühnheit, die mich zu der Teilnahme an der Fahrt veranlaßte, obwohl ich doch die englische Politik seit Jahren nicht genug verdächtigen, den König nicht genug beleidigen und schmähren konnte, mit einem Zitat aus einem Leitartikel der „Leipz. Neuest. Nachrichten“ vom 23. April 1903 erwiesen werden, in der ich die Engländer als „Diebesbande“, den König als „Schläger der Frauen und Kinder“, als „einen unwürdigen, herzlosen, schamlosen Fürsten“ bezeichnet haben soll. In Wahrheit handelt es sich um einen Artikel der in Paris erscheinenden „Patrie“, was auch

ausdrücklich hervorgehoben worden ist. Dieser Artikel des französischen Blattes wurde zitiert, um die Stimmung der Franzosen gegenüber dem König Edward und der von ihm geplanten Reise nach Paris zu kennzeichnen. — Es wird weiter in dem sozialistischen Organ behauptet, daß ich einmal Herrn Stead in freundschaftlicher Weise einen waderen Idealisten genannt hätte, das andere Mal aber ihn in folgender Weise verhöhnt hätte: „Heute ist Mr. Stead aus Angelland, der Apostel irrenischer Seligkeiten... der letzte und würdigste aus dem Geschlechte jener Herbszeitlosen, die im Revolutionsjahre gepflanzt wurden, in der Konfliktzeit gleich Jentisfolien lüppig den Reich erschlossen und jetzt die wellen Blätter traurig in das sozialistische Epilzwasser senken.“ In Wirklichkeit habe ich geschrieben: „Heute ist Mr. Stead aus Angelland der Apostel irrenischer Seligkeiten und in Deutschland Herr Theodor Barth, der letzte und würdigste aus dem Geschlechte uhm.“ In beiden Fällen handelt es sich um einen Aniff, der wohl jeden Kommentar erübrigt.

Kamerun Jorid! — Wo sind jetzt deine Schwänke, deine Sprünge, deine Lieder? Da dir selber alle deine Aniffe ausgegangen sind, suchst du sie bei andern!

Unser erstes Zitat vom 23. April 1903 gibt Liman nicht wörtlich wieder; würden doch sonst seine Lieder sofort sehen, daß in der Tat die „Patrie“ als Quelle „ausdrücklich hervorgehoben“ worden ist. Leider vergißt seinerseits Herr Liman, „ausdrücklich hervorzuhoben“, daß er dieses Zitat mit größtem Verfall übernommen hat, da es, wie er schrieb, „zweifellos aus dem Herzen vieler Tausender“ gesprochen sei. Nicht anders steht es mit dem zweiten Zitat. Herr Liman verhöhnte Mr. Stead in England und Herrn Barth in Deutschland in gleicher Weise als die letzten und würdigsten aus dem Geschlechte der Herbszeitlosen usw. Da in unserem Artikel vorher von Herrn Barth nicht die Rede, konnten wir die Worte: und in Deutschland Herr Theodor Barth um so eher fortlassen, als dadurch der Sinn des Satzes nicht im mindesten geändert wurde, und da auch die weggefallenen Worte durch Punkte angedeutet waren.

Und weiter hat Herr Liman nichts zu sagen?!

Kamerun Jorid! —

Zur Reform der Strafprozedur.

Die internationale kriminalistische Vereinigung, Gruppe Deutsches Reich, nahm auf ihrer Tagung zu Köln, die heute zu Ende geht und über die wir im Zusammenhang berichten werden, gestern folgenden vom Generalstaatsanwalt Geßler (Dresden) amendierten Antrag des Oberlandesgerichtspräsidenten Hagens (Frankfurt a. M.) an: „Zur Beschaffung des Materials für eine durchgreifende Reform des Strafprozesses beschließt die Landesversammlung der Internationalen kriminalistischen Vereinigung, eine Kommission von neun Mitgliedern, bestehend aus Landgerichtsdirektor Wschrott, Oberbürgermeister Adickes, den Professoren v. Lilienthal, Rittermaier und Rosenfeld, Landgerichtsrat Rosenfeld, Staatsamw. Eisenberg und Rechtsamw. Heinemann, mit dem Recht der Kooptation einzusetzen, mit dem Auftrage, durch neue selbständige Erhebungen die Grundlage für eine durchgreifende Reform der Strafprozedur zu beschaffen, insbesondere um die Handhabung der gegenwärtigen Strafprozedur in den einzelnen deutschen Bundesstaaten genau zu ermitteln, und durch Entsendung einer Studentenkommision nach England und Schottland das Material für die Frage zu sammeln, inwieweit die dortige Gestaltung des Anklageprozesses für Deutschland verwertbar ist. In der Diskussion wurde der Ansicht fast einhellig Ausdruck gegeben, daß die Vorschläge der vom Reichsjustizamt eingesetzten Kommission unbrauchbar seien.“

Die Religion muß dem Volke erhalten werden.

Nachdem der in Dresden tagende „Deutsche Pfarrervereinigung“ in der gestern von uns mitgeteilten Debatte über den Fall Korell sich ausdrücklich auf den Standpunkt des kapitalistischen Klassenstaates gestellt hatte, beriet er in seiner gestrigen Sitzung über die Mittel und Wege, diese gefällige Klassenstaatliche „Ordnung“ zu fügen. Als bestes Mittel wurde die Erhaltung und „Vertiefung“ des Religionsunterrichts in der Schule bezeichnet. Der Referent über das Thema „Der Religionsunterricht in seiner Bedeutung für die Erziehung“ führte aus, daß die Schule Erziehungs-, nicht Lehrschule sein müsse, daß sie die „Gefinnung zu stärken, Ehrfurcht und Vertrauen zu pflegen“ habe. Zur Erreichung dieses Zieles könne der Religionsunterricht das Meiste beitragen. Nach längerer Debatte, in der ähnliche Gedankengänge ausgeführt wurden, fand folgende Resolution Annahme:

1. Der Deutsche Pfarrerrat stellt sich mit dem Referenten freudig und entschlossen auf den Boden der Anschauung, daß der Religionsunterricht als Herz und Krone aller Erziehungsarbeit der deutschen Schule erhalten bleibe und ihm stets eine ausreichende Stellung im Lehrplan der Schulen gewährt werde. 2. Er erkennt an, daß die Gegenwart an die Beschaffenheit des Religionsunterrichts in mancher Beziehung neue, jedenfalls aber heute wie allezeit die höchsten Anforderungen stellt. 3. Er erwartet von dem Zusammenwirken der kirchlichen, theologischen und pädagogischen Elemente eine sorgfältige Vertiefung und Ausgestaltung des Religionsunterrichts, die diesem wichtigsten Zweig des Erziehungswezens im evangelischen Volkleben die Achtung und Wertschätzung, die er verdient. 4. Er hält es für dringend erwünscht, daß über die wirkliche Lage und Beschaffenheit des Religionsunterrichts in allen deutsch-evangelischen Landeskirchen, namentlich über die aktive Beteiligung des evangelischen Pfarramts am Religionsunterricht eine baldige Erhebung veranstaltet und für das Recht des Pfarrers an der Mitarbeit bei dem Religionsunterricht der Schule fortgesetzt entschieden gewirkt werde.

Das neue preussische Schulverfassungsgesetz gibt ja den Pastoren leider die Möglichkeit, die Schule noch mehr zum Werkzeug reaktionären Dunkelmannertums zu degradieren, als es bisher schon der Fall war! —

Kulturbestrebungen der Kameruner Eingeborenen.

Die Altwastämme in Kamerun, bekannt unter dem Namen Bonambelaleute, haben nach der „Frankf. Ztg.“ eine neue Petition an den deutschen Reichstag gerichtet:

Eingangs versichern die Bonambelaleute, daß sie mit aller Aufrichtigkeit beflissen sind, sich alle Erzeugnisse der deutschen Kultur zu eigen zu machen und allen Ernstes bestrebt sind, überaus lokale Schutzbestrebungen des deutschen Kaisers zu sein. Angesichts der großen Schädlichkeit, die der Schnaps unter den Eingeborenen Kameruns anrichtet, drücken die Altwaleute den Wunsch aus, daß die Einfuhr des Alkohols ein für allemal strikt verboten oder doch mindestens mit einem sehr hohen Zoll belegt wird. Wiederholt sind früher die Bonambelaleute beim Gouverneur in Kamerun vorstellig geworden, daß ihre Kinder nicht nur drei Jahre, sondern sechs Jahre lang die Schule besuchen müssen. Das ist aber stets abschlägig beschieden worden. Jetzt kommen sie aber wieder darum ein, weil ihre Kinder bereits tüchtige Leute werden sollen, an denen das Deutsche Reich seine Freude haben werde. Ihre Kinder nach der Entlassung aus der Schule irgend ein Handwerk erlernen zu lassen, dazu fehlt es in Kamerun leider an jeder Gelegenheit. Sie wünschen daher, auf eigene Kosten eine Gewerbefortbildungsschule errichten zu dürfen. Ihre Wünsche gehen ferrier dahin, sich einen Arzt halten zu dürfen, dessen Honorar sie selbst vorher sicher stellen wollen, sowie daß sich Rechtsanwältige

Frankreich.
Indiskretionen von der Bischofsversammlung.

Paris, 6. September. (Fig. Ver.)

Die Bischöfe haben zwar auch diesmal den Schleier des Geheimnisses über ihre Beratungen gebreitet, aber sie haben nicht verhindern können, daß er schon am nächsten Tag Löcher bekam, und zwar wurde diesmal nicht nur der antiferikale Katholik Jean de Bonnefon vom „Journal“, sondern auch die liberale-antifemistische „Libre Parole“ mit ausführlichen Auskünften versehen. Interessant ist der von diesem Blatte veröffentlichte Zwischenfall am Beginn der ersten Sitzung, der eben die Frage des Ausplauderns betraf: Der Pariser Erzbischof sprach ziemlich heftig gegen die Indiskretionen, mit besonderem Bezug auf die für den Vatikan so kompromittierenden Veröffentlichungen des „Temps“ und des „Sicile“, worauf der Erzbischof von Rouen, Fuzet, einer der Führer des republikanischen Schölerus, recht gereizt erwiderte: die Versammlung sei kein Konzil, von dem er Befehle entgegennehmen müsse, und er habe lediglich dem Papste und seinem Gewissen zu gehorchen!

Im Verlauf der Verhandlung trat die scharfe Scheidung der Meinungen neuerlich hervor. Ein Teil der Bischöfe ist noch immer für einen Versuch mit den Assoziationen und hofft, es werde sich noch eine für den Staat wie für die Kurie annehmbare Form der kirchlichen Organisation finden lassen. Dagegen wollen die radikalen Ultramontanen von Nachgeben nichts wissen. Sie behaupten, die Kirche könne sich auch ohne geistliche Organisation erhalten. Der Gottesdienst müsse auf Grund des Versammlungsgesetzes oder in privaten Veranstaltungen gepflegt werden. Einige Bischöfe berichteten, daß sie in ihren Diözesen die Gläubigen bereits auf Grund dieses Prinzips organisiert haben. Dagegen wandten die „Soumissionisten“, d. h. die Anhänger der Unterwerfung unter das Gesetz, ein, daß dieses Vorgehen über kurz oder lang an dem finanziellen Punkte scheitern müsse. Es sei unmöglich, die notwendigen 60 Millionen von den Gläubigen hereinzubringen.

Die Anhänger der radikalen Taktik haben insbesondere zwei Wege zur Deduktion des Kirchenbudgets in Vorschlag gebracht: Es sollen die Sakramente nur denjenigen erteilt werden, die ihren Kirchenbeitrag geleistet haben. Die geleisteten Beiträge sollen entweder in eine Zentralkasse abgeführt werden oder in der Diözese bleiben. Die Bischöfe der reicheren Diözesen sind für das föderalistische, die der ärmeren begreiflicherweise für das zentralistische Prinzip. Starker Anzweiflung begegnete auch die Meinung, daß die Katholiken von den Bischöfen eingeschätzt werden sollten. Die Kenner der katholischen Volksseele fürchten wohl nicht mit Unrecht, daß der Glaubenseifer unter einer solchen Belastung ins Wanken geraten könnte.

Angesichts der drohenden Einziehung der Kirchengüter einigte man sich schließlich auf den passiven Widerstand. In der Hauptsache wurde also nichts Definitives beschlossen. Die endgültige Entscheidung hat sich der Papst vorbehalten, und den Bischöfen war die undankbare Aufgabe zugefallen, eine Arbeit zu verrichten, die vergeblich sein wird, wenn es Rom so gefällt. —

England.

Der Trade-Unions-Kongress.

London, 5. September. (Fig. Ver.) Der zweite Kongressstag wurde mit der Eröffnungsrede des Vorsitzenden eingeleitet. Die Eröffnungsrede bildet immer den Mittelpunkt der Trade-Unions-Kongresse. Nur darf man sie nicht als für die ganze Gewerkschaftsbewegung maßgebend betrachten. Sie ist vielmehr ein Kompromiß zwischen den im parlamentarischen Komitee vertretenen Richtungen. Der Vorsitzende Cummings sagte:

„Der 30. Kongress steht in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung einzigartig da. Unter den Delegierten befinden sich nicht weniger als 30 Parlamentsabgeordnete, darunter einer mit dem Titel „Right Honourable“. (Dieser Ministerstitel wurde dem liberalen Vergarbeiterführer Burt von der liberalen Regierung verliehen.) Als wir auf dem vorjährigen Kongress in Danley zusammentraten, war noch eine gewerkschaftsfeindliche Regierung am Ruder. Das Rad des Fortschritts stockte, und wir warteten mit Ungeduld auf den Tag der Abrechnung, um eine starke Zahl von selbständigen Arbeiterabgeordneten ins Parlament zu schicken, die ohne Rücksicht auf die bestehenden Parteien in den Kampf für die gerechten Forderungen der Arbeiter eintreten sollten. In Anfang des Jahres wurde die Schlichtung geschlossen; unsere Gegner lernten in so geschwächter Zahl ins Parlament zurück, daß sie uns nicht mehr ernst schaden können. Abgesehen von ihren traditionellen liberalen Gegnern fanden sich die Unionisten (Konservativen) mehr als 50 Arbeiterabgeordneten gegenüber. England war einigermassen über den plötzlichen Aufschwung der Arbeiterbewegung überrascht, aber es war keine Ueberreaktion für diejenigen, die seit Jahren für die Sache der Arbeiter gestritten haben. Für die Trade-Unions bildet der Sieg der Arbeiterpartei die am meisten hervorsteckende Charakteristik der letzten allgemeinen Wahlen. Die zweitwichtigste Charakteristik ist der Sieg der liberalen Partei, in deren Reihen sich viele Arbeiterfreunde befinden und von der man erwartete, daß sie uns gegenüber gerechter sein werde als die konservative Partei.

„Ich will mich nicht mit dem Verhältnis der beiden Arbeiterparteien beschäftigen. (Cummings, der zu den Liberal-Labour gezählt wird, versteht darunter die selbständige Arbeiterpartei sowie die ersten zwanzig liberalen Arbeiterabgeordneten, die aber keine Partei bilden, da sie mit der liberalen Partei zusammengehen.) Die selbständige Arbeiterpartei hat sich inzwischen beim Proletariat so beliebt gemacht, daß auch die Liberal-Labour-Leute sich den Namen Arbeiterpartei beilegen.) Wir werden uns bemühen, die Einheit der Arbeiterbewegung hochzuhalten. Sie können sich darauf verlassen: die Armeen der Arbeiter wird es nicht gestatten, daß man sie spaltet; sie wird jedem die Tür weisen, der seine persönlichen Antipathien höher stellt als den Kampf der Arbeiter um die Befreiung.

„Wir freuen uns, daß die Regierung eine Gewerkschaftsvorlage und eine Novelle zum Unfallgesetz eingebracht hat. Die zuerst eingebrachte Gewerkschaftsvorlage war eine Enttäuschung, da sie die Forderungen der Gewerkschaften nicht ganz sicher stellte. Aber die Trade-Unions waren entschlossen, nicht zu ruhen, bis ihre Forderungen unangreifbar sind wie die der Unternehmer. Die Regierung gab nach. Wir erkennen ihre guten Absichten an, aber es wäre doch besser gewesen, sich von Anfang an ins Unvermeidliche zu schicken.

„Das wachsende Uebel der Arbeitslosigkeit erfordert die frühzeitige und ernste Aufmerksamkeit, sowohl im Interesse der Arbeitslosen wie in dem der ganzen Nation. Die fortgesetzte Zunahme der Anwendung der Maschinen, die Zunahme der wissenschaftlichen Fortschritte und der Geschwindigkeit der Arbeiter erleichtert und verbilligt die Warenproduktion. Von Jahr zu Jahr verringert sich die Arbeitszeit, die zur Herstellung einer Ware nötig ist, aber der Arbeitstag der Arbeiter bleibt derselbe. Daraus entspringt Arbeitslosigkeit, ebenso Unsicherheit für diejenigen, die beschäftigt sind. Das Resultat ist, daß das Jahreseinkommen der Arbeiter abnimmt zu einer Zeit, wo die Warenausbeute zunimmt. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind vielfache; sie sind indirekte und allgemeine; aber alle können zurückgeführt werden auf die Tatsache, daß der Grund und

Boden sich im Privatbesitz befindet und daß die Erleichterung der Produktionsmethoden nur den wenigen zugute kommt, die sie gegen die Mehrheit ausbeuten. Es werden verschiedene Heilmittel gegen diese Uebel vorgeschlagen und angewendet; aber so lange das Recht auf Arbeit für die Arbeitstuchenden nicht anerkannt und die Ausbildung und Regenerierung der Arbeitsfähigen und -unwilligen nicht in die Hand genommen wird, ist auf Besserung nicht zu hoffen.

„Die Ernährung der Schulkinder, die Behausung des Volkes, Alterspensionen, Bodenreform und andere Fragen sind von nationaler Bedeutung. Um aber diese Fragen in den Vordergrund der praktischen Politik zu stellen, müssen wir noch mehr Arbeiterabgeordnete im Parlament haben. Zu diesem Zweck müssen wir auch auf eine Reform unserer veralteten Wahlgesetze dringen, da diese die Arbeiterpolitik hemmen und zu großen Ungerechtigkeiten führen.

„Wir freuen uns über die wachsende Einigkeit in den Reihen der wirtschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Die wirtschaftliche und die politische Aktion, das sind die beiden Hände der Arbeiterbewegung. Wir müssen beide Hände gebrauchen, wenn wir gute Arbeit schaffen wollen. Die Macht des Kapitals, wie sie in den großen Monopolen und in den Aktiengesellschaften repräsentiert wird, und die so viele Tausende Arbeiterleben beherrscht, wächst von Jahr zu Jahr. Obwohl es einzelne Unternehmer gibt, die gute Menschen und edle Bürger sind, so ist doch das Kapital als Ganzes ohne Seele und ohne Vaterlandsliebe, wo immer seine Interessen in Betracht kommen. Seine wachsende Macht ist eine Gefahr für das Gemeinwohl. Gegen solche Einflüsse gibt es kein besseres Abwehrmittel als den wirtschaftlichen und politischen Trade-Unionismus.

„Die Arbeiterklasse hat ihre Fehler ebenso wie das Kapital. Auch sie hat Fehler begangen und wird noch in Zukunft Fehler begehen. Vielen von unseren jungen Leuten fehlt der Geist der Aufopferung und der großzügigen Lokalität, der die Pioniere unserer Bewegung auszeichnete. Es gibt auch viele unter uns, deren Selbstsucht und Leichtsin den Fortschritt verlangsamten. Und wenn wir in gerechter Weise das Kapital besuldigen, ohne Seele zu sein, so dürfen wir auch nicht vergessen, daß es viele seelenlose Arbeiter gibt. Was könnte nicht alles im nächsten Jahrzehnt geschehen, wenn wir eine intelligente und nuchterne Nation wären?“

Rit einigen warmen Worten über die Verwirklichung dieser Hoffnung schloß Cummings seine Rede, die beifällig aufgenommen wurde.

Dann kamen mehrere Resolutionen zur Verhandlung. Mit 147 gegen 116 Stimmen wurde beschlossen, eine Tageszeitung zu gründen, die die Forderungen und Ziele der Arbeiterbewegung vertreten soll. Die geringe Teilnahme an der Abstimmung zeigt, daß vorläufig an eine solche Gründung nicht zu denken ist.

Angenommen wurde eine Resolution, die eine Vereinigung der liberalen Arbeiterabgeordneten mit der Arbeiterpartei auf Grundlage der Selbständigkeit verlangt. Auch diese Resolution ist vorläufig ausichtslos.

Die Resolution von Tillets auf Einführung von obligatorischen Einigungs- und Schiedsgerichten nach neuseeländischem Muster wurde mit 938 000 gegen 541 000 Stimmen abgelehnt!

Auf Antrag von Tillets beschloß der Kongress, die Trade-Unions aufzufordern, Geldsammlungen für die im revolutionären Kampfe stehenden russischen Arbeiter zu veranstalten.

Australien.

Anti-Truistler.

Melbourne, 7. September. (B. G.) Das australische Parlament hat einen Gesetzesentwurf angenommen, welcher die Bildung von Truist unterlagt.

Aus der Partei.

Die Parteischule.

Die Agitationskomitees bezw. die Bezirksleitungen oder Landesvorstände ersuchen wir, die bei ihnen eingegangenen Besuche und Aufnahmen in den Mitte Oktober beginnenden ersten Unterichts-kursus der Parteischule, mit gutachtlichem Bericht versehen, bis zum 18. d. M. an die Adresse: J. Kuer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, einzusenden. Der Parteivorstand.

Partei und Gewerkschaften. Dieses Thema beschäftigte auch eine am Donnerstagabend in Halle im Saale des „Vellene“ stattgehabte Parteiverammlung, die leider sehr schwach besucht war. Der Referent, Genosse Vollemer-Weißig, wandte sich scharf gegen die Bevormundung der Partei durch gewisse Gewerkschaftsführer und gegen die Bringmannsche Gewerkschaftstheorie. Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, die politische Partei nach allen Richtungen zu unterstützen und ihre Taktik nach der der Partei einzurichten. Dem Herumarbeiten an den Parteibeschlüssen müsse mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. — In der Diskussion sprach man sich im allgemeinen zustimmend zu den Ausführungen des Referenten aus.

Parteiliteratur. Zu unserer Notiz über die bevorstehende Ausgabe der dritten Auflage der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ von Franz Mehring ist ergänzend zu bemerken, daß das Werk aus vier Bänden bestehen wird, deren jeder gut gebunden 5 M., ungebounden 4 M. kostet.

Eine Warnung vor einem Schwindler erklärt der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei in Danzig. Dort ist vor etwa 14 Tagen ein angeblicher Schlosser Adolf Turon aufgetaucht. Er behauptet, am 20. April 1876 geboren und Oesterreicher zu sein. Der Mann ist von kleiner Statur, trägt schwarzen Schnurrbart, spricht polnisch und gedrohen deutsch. Er gibt sich als Genosse aus, hat aber keine Papiere. Nachdem er in Danzig viele Genossen angumpft hat, ist er verschwunden.

Reichstagskandidatur. Eine Kreiskonferenz des Wahlkreises Aachen-Land-Eupen stellte als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl den Genossen Hourath, den hiesigen Vertreter der „Rheinischen Zeitung“, auf.

Der finnische Parteitag.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Finnlands, der in der vorigen Woche zu Uleaborg tagte, hat sich hauptsächlich mit wichtigen prinzipiellen und taktischen Fragen beschäftigt. Die Mandatsprüfung gab zu einer dreitägigen Debatte Veranlassung. Hier handelte es sich darum, ob der Vertreter einer halbparteilichen Gruppe, Matti Kurikka, Sitz und Stimme auf dem Parteitag haben sollte. Die Anerkennung seines Mandats wurde mit starker Majorität abgelehnt.

Der erste Punkt der Tagesordnung, der Bericht des Parteivorstandes, führte zu Auseinandersetzungen über die Taktik. Besonders wurde der Wunsch laut, die Partei solle einen bestimmten Standpunkt zur Frage des politischen Klassenstreiks einnehmen. Die Haltung, die der Parteivorstand der Roten Garde gegenüber eingenommen hat, wurde gutgeheißen; ebenso der Geschäfts- und Kassenbericht.

Eine lange Debatte rief der Eintritt des Parteigenossen Kari in den Senat, das Ministerium Finnlands, hervor. Genosse Laitio, der die Debatte einleitete, wünschte nicht, daß Kari aus der Partei ausgeschlossen werde, schlug jedoch vor, der Parteitag möge erklären, daß kein Parteimitglied das Amt eines Senators übernehmen dürfe, wenn nicht mit einmündigen drei Genossen in die Regierung eintreten könnten. — Kari wies auf seine langjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hin und erklärte, er habe das Amt eines Senators übernommen, um der Arbeiterpartei zu nützen. Er betonte, daß der Senat eine gesetzliche Körperschaft sei, und erwähnte zum Gehorsam gegen die Gesetze. Der Senat treffe jetzt Vorbereitungen, um dem Landtage Vorschläge über Altersversorgung, zu einer Revision der Gewerbebesetzung sowie über den Arbeitsvertrag und die Stellung der Gewerkschaften betreffend vorzulegen. Kari schloß mit der Aufforderung, die bewaffneten Arbeiterorganisationen abzuschaffen.

Die Frage, ob er aus der Partei ausgeschlossen werden sollte, wurde dann einem Komitee überwiesen, dessen Mehrheit sich auf folgende Erklärung einigte:

niederlassen, wofür sie ebenfalls die Kosten aufbringen und hinterlegen wollen. Weiter wird in der Eingabe der Wunsch ausgedrückt, daß die Regierung verfügen wolle, daß jeder Altweibmann, sobald er 20 Jahre alt ist, zwei Jahre in der Schutztruppe dienen muß. Zum Schluß betonen die Petenten ausdrücklich noch, daß ihr Wissensdurst ein sehr großer ist, und sie unter allen Umständen von allen Schuldbefreiungen des Deutschen Reiches die ersten und die besten sein wollen.

Diese Petition ist außer dem Reichstage auch dem Reichskanzler und dem Leiter des Kolonialamts zugestellt worden.

Diese Petition beweist zunächst, daß die „Rigger“ das ernste Bestreben haben, sich die europäische Kultur anzueignen. Sie beweist aber zugleich, welche Hindernisse ihnen bei diesem Bestreben von den Kolonialbehörden in den Weg gelegt werden!

Ganz abgesehen davon, daß man ihre Bitte, die Schulspflicht auf 6 Jahre auszudehnen, abgelehnt hat: ist es nicht ungeheuerlich, daß die Eingeborenen erst an den Reichstag petitionieren müssen, um auf eigene Kosten einen Arzt und Rechtsanwältin anstellen zu können?!

Aber in der gewaltsamen kulturellen Niederhaltung der Eingeborenen liegt eben ein System! Hat es doch erst in diesen Tagen wieder ein Audeutscher ausgesprochen, daß unsere Kolonialinteressen den Eingeborenen in den Kolonien nicht Kultur bringen, sondern sie zu gefügigem und billigem Arbeitsvieh herabdrücken wollen. Und da ist der dümmste „Rigger“ der Beste!

Hoffentlich schenkt der Reichstag dieser Petition die ihr gebührende Beachtung. Für die neue Kolonialgesetzgebung wird sich dann ja Gelegenheit bieten, ihren Standpunkt zur Eingeborenenpolitik mit aller gebotenen Klarheit zu entwickeln! —

Der Protest der Nürnberger Arbeiterschaft.

Aus Nürnberg wird uns geschrieben:

Am Mittwochsabend fanden hier vier massenhaft besuchte Volksversammlungen statt mit der Tagesordnung: Die letzten Vorkommnisse in Nürnberg, das Verhalten der Behörden und die Stellungnahme der bürgerlichen Presse. In der Stimmung der Versammlungen liegt sich die tiefste Entrüstung über die Missetaten der Arbeitswilligen und der Polizei wieder. Folgende Resolution wurde überall einstimmig angenommen:

Die Versammlungen sprechen ihre tiefste Entrüstung über die Schandtat jenes Streifschers aus, der den Genossen Fleischmann ermordete, der Familie damit den Ernährer, seiner Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Partei einen wackeren Mitstreiter raubte; die Versammelten finden es nach wie vor unbegreiflich, daß die Behörden den Mörder auf freien Fuß gesetzt und damit große Erregung, namentlich in der Arbeiterschaft, hervorgerufen haben; die Versammelten protestieren gegen das aufreißende wirkende Eingreifen der Polizei in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter und Unternehmer, insbesondere gegen das Streikpostenstellenverbot, durch das das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht wirkungslos gemacht wird; sie protestieren ferner gegen die jüngsten militärischen Maßnahmen, welche die Stadt in einem förmlichen Belagerungszustand versetzen. Die Versammelten erklären, daß die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft an den Vorgängen völlig unbeteiligt sind, um so mehr, als die zielbewusste Arbeiterschaft nur durch die Kraft ihrer Organisationen und die Ausnützung aller gesetzlichen Mittel die Befreiung der Arbeiter zu erkämpfen entschlossen ist. Die Versammelten protestieren daher mit besonderer Empörung gegen die wahrheitswidrigen, denunziatorischen und bewußt heberischen Unterstellungen der bürgerlichen Presse Nürnbergs, die die organisierte Arbeiterschaft und ihr Organ in direkten Zusammenhang mit den Vorgängen der letzten Zeit zu bringen gesucht haben und forgesetzt die Polizei gegen die Organisationen der Arbeiter und die einzelnen kämpfenden Arbeiter scharf zu machen suchen. Die Versammelten verpflichten sich, durch unablässige energische Agitation dem sozialdemokratischen Verein Nürnberg-Mittelfeld, den Gewerkschaften und Genossenschaften neue Mitglieder und dem einzigen Arbeiterblatt, der „Frankischen Tagespost“, neue Leser zuzuführen und dadurch den endgültigen Sieg des Proletariats zu beschleunigen.

Die Versammlungen verließen in musterhaftester Ordnung und auch auf den Straßen kamen bis zur Abendung dieses Berichtes nicht die geringsten Störungen vor. Die Behörde hatte wieder außerordentliche Maßnahmen getroffen. Außer den schon in Nürnberg anwesenden auswärtigen Polizisten und Gendarmen waren noch 120 Gendarmen herangezogen worden, ferner waren die 7 Kompanien Infanterie, die wegen der Furcht vor der Revolution nicht mit ins Wandern ausrücken, in den Kasernen konsigniert.

Ausland.

Schweiz.

Neuer Militärskandal.

Jürich, 5. September. (Fig. Ver.) In Kanton Jürich und in einem Teil der übrigen Schweiz finden die Herbstmanöver statt, aus welchem Anlaß viel Militär zusammengezogen ist. Die Vorgänge während der Kasernenzeit in Jürich haben den Blick weiter Volkstreife gegenüber dem Militär gefächert, und es wird daher — wie uns scharf — nunmehr kritischer Kontrolle gelöst als früher. Wie notwendig sie ist, lehrt gleich in den ersten Tagen des Truppenzusammenzuges ein Offizierserzähl in Jürich. Hier hat der Infanteriemajor Staub, ein Instruktionsoffizier, den Soldaten Stütz auf dem Kanton Glarus auf offener Straße in rohester Weise mißhandelt, weil er den von ihm überlebenden Major nicht gegreift hatte. In der bürgerlichen Presse wird die Mißhandlung so geschildert: „Plötzlich wurde er von dem Offizier mit der Spitze der Säbelschneide in die Seite gestochen, mit den ordinärsten Ausdrücken überhäuft und befragt, ob er nicht wisse, daß er Offiziere zu greifen habe. Der erschrockene Stütz hatte vor Schreck beinahe die Sprache verloren, nahm Achtungstellung an und salutierte. Der Major hatte noch nicht genug daran. Mit weiteren Schüssen der Säbelschneide und „Kofenamen“ wollte sich der Offizier verabschieden. Da bemerkte ein unbeteiligter Zivilist, der Kaufmann Stübler von Altdorf, im Vorübergehen, das sei doch kein Benehmen eines Offiziers gegenüber einem Soldaten. Der Major wandte sich hierauf dem Zivilisten zu mit der liebendwürdigen Drohung, wenn er nicht schweige, lege es auch noch etwas ab. „Das wäre doch zuviel“, meinte Stübler, aber kaum hatte er das gesagt, hatte er auch schon etliche Ohrfeigen weg. Er wehrte den wütenden Offizier ab, dieser aber griff nun ebenfalls zur Säbelschneide und schlug den Zivilisten, ja, er zog schließlich den Säbel blank und hieb Stübler damit über Kopf, Rücken und Arme. Zufällig kamen gerade Polizeileute zu dem wilden Auftritt; der Polizeimann Bally fiel dem Major in den Arm und forderte ihn zur Legitimation auf. Der Major wies sich durch Wiftenkarte als Major Hans Staub, Instruktionsoffizier der Infanterie und Kommandant des Bataillons 88, wohnhaft in Jürich und Chur, aus und wurde gehen gelassen, nachdem er die zickel 30 Zentimeter weit verbogene Säbelschneide wieder in die Scheide verstopt hatte. Dem Vorfall wohnten zahlreiche Passanten als Augenzeugen bei. Von der Stadtpolizei wurde dem Platzkommando Mitteilung gemacht.“

Als ein uniformierter Wüterich! Man lächelt aber solche ganz systematisch, wenn man die rohesten Gesetze, wie sie von Offizieren und Soldaten während der Kasernenzeit in Jürich an wehlosen Arbeitern verübt wurden, als „begreiflich“ und „entschuldigbar“ beurteilt und sie nur mit einem Tadel oder Verweis „abund“. Die bürgerliche Presse macht denn auch bereits Stimmung für eine ebensolche, die Roheit fördernde und ermutigende milde Beurteilung der empörenden Gesetze des Majors Staub, und seine Kameraden als Richter werden ihm gewiß auch nicht wehe tun. —

1. In Übereinstimmung mit den von den Sozialdemokraten anderer Länder festgesetzten Grundsätzen erklärt der Kongress, daß ein Parteimitglied, das ohne ausdrückliche Billigung des Parteikongresses als Mitglied in eine bürgerliche Regierung eintritt, durch diese Handlung aus der Partei austritt.

2. Diese allgemeine Regel ist auch besonders gegen den Senator Kari anzuwenden, der in eine außerhalb aller parlamentarischen Verantwortlichkeit stehende bürgerliche, aber dem Kaiser ratgebende Institution, wie Finnlands jetzigem Senat, eingetreten ist.

Die Minderheit schlägt eine Resolution vor, wonach die Partei Kari für seine fruchtlose und eifrige Arbeit im Dienste der Partei Anerkennung und Dankbarkeit bezeugen, ihn aber, so lange er als einfluß- und bedeutungslos Minorität im Senat sitzt, nicht als Vertreter der sozialdemokratischen Partei anerkennen sollte. — Der Parteitag machte sich die Erklärung der Komitteesmehrheit zu eigen.

Weiter beschloß der Parteitag, daß kein Parteimitglied an der Redaktion eines bürgerlichen Blattes teilnehmen darf. Wer dagegen verstößt, wird ausgeschlossen.

Die Sprachenfrage wurde durch einen Beschluß erledigt, wonach die Genossen finnischer, schwedischer oder russischer Sprache als durchaus gleichberechtigt in der Partei gelten.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Die Bremer Kirchenstahldiebstahlaffäre bekommt ein anderes Gesicht durch eine Aeußerung, die der Ortsbeamte des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, Broich aus Düsseldorf, über die Verhaftung der beschuldigten Vertrauensleute des freien Verbandes Wahl und Kramer auf dem Verbandstage des christlichen Verbandes in Aachen gemacht hat. Broich gab dort an, daß er die Verhaftung der Genossen bewirkt habe. Wie er dabei zu Werke gegangen sei, wolle er den Kollegen in der vertraulichen Sitzung erklären. Jetzt wolle er nur sagen, daß er, nachdem er am Morgen von dem Diebstahl gehört habe, sich sofort auf Rad gesetzt und nach Ventrath gefahren sei. Im vorigen Jahre sei gleichfalls ein Einbruch in die Kirche verübt worden. Die Spitzhaken hätten die Kachel verunreinigt und die Muttergottes rot angestrichen. Er habe sofort gewußt, wo die Spitzhaken zu suchen waren. Und richtig, man habe direkt gehaust und den ersten gefaßt. Am Nachmittag habe man auch den zweiten gefaßt. Abends sei er (Broich) wieder in Düsseldorf gewesen.

Vielleicht trägt diese Rede des christlichen Gewerkschaftsbeamten zur Klärung der Sache bei. Die Möglichkeit, daß die beiden Beschuldigten das Opfer einer ganz niederträchtigen Denunziation sind, ist gar nicht ausgeschlossen.

Gewerkchaftliches.

Streikrawalle „christlich“ organisierter Arbeiter.

Aus Forbach in Lothringen wird uns geschrieben: Die Zentrumspresse glaubt nichts Besseres im Interesse der Arbeiter tun zu können, als die Polizeischlacht in Nürnberg den freigewerkchaftlich organisierten Metallarbeitern in die Schuhe zu schieben. Der christliche Metallarbeiter-delegierte Göß-Nürnberg hat ebenfalls auf der Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes in Aachen in sehr gehässiger Weise seine Klassenengenossen als „sozialdemokratische Krawallmacher und Terroristen“ der Staatsanwaltschaft denunziert. Göß beschuldigte die Nürnberger Leitung des Metallarbeiterverbandes, die Herrschaft über die Streikenden verloren zu haben durch fortwährendes Segen. Bekanntlich ist aber der Metallarbeiter-Bevollmächtigte von einem Streikbrecher erschossen worden, als der Streikleiter herbeieilte um einen Krawall zu verhindern.

Zentrumspresse und „christliche“ Gewerkschaftsagitatoren haben gerade jetzt alle Ursache, sich in puncto Streikrawalle mäuseinstülze zu verhalten. Wenn die „Christlichen“ behaupten, die Nürnberger Vorgänge seien auf „sozialdemokratische Verhetzung“ zurückzuführen, so fragen wir: wer hat denn die Streikrawalle in Würfel bei Aachen und in Saaralben verschuldet? Der Würfeler Führer der christlich organisierten Arbeiter bei der Firma Sonigmann sitzt immer noch im Gefängnis; gegen ihn soll Anklage wegen Veranlassung von Straßenaufläufen und Landfriedensbruch erhoben werden! Weschen wir die Denunziantenqualität der Zentrumsorgane, über die Würfeler Streikunruhen, die zur Verhaftung des christlichen Führers geführt haben, könnten wir mancherlei berichten. Aber wir überlassen das Denunzieren von streikenden Arbeitern den Zentrumsorganen und Gewerkschaftsdelegierten.

Merkwürdigerweise berichtet die Zentrumspresse sehr dürftig über die ausgedehnten Streikrawalle im lothringischen Saaralben. Dort stehen die dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter angehörenden Organisierten seit fünf Wochen im Streik. Jetzt eben soll er mit „vollem Erfolg der Arbeiter“ beendet sein, was ebenso ungläubig aufzunehmen ist wie andere Berichte über „christliche Gewerkschafts Siege in Lothringen“. Von diesen „Siegen“ und „Erfolgen“ wissen die Hauptbeteiligten, die Arbeiter, meistens blutwenig. Die „Nölnische Volkszeitung“ berichtete noch unterm 3. September, der Streik in Saaralben daure fort. Dann heißt es lakonisch in der Zentrumszeitung nach einem Drahtbericht vom 4. September: „Beim Schichtwechsel machten sich gestern Unruhen bemerkbar. Etwa 200 Arbeitswillige konnten nicht anfahren.“ Wenn 200 Arbeitswillige nicht anfahren können, müssen die „Unruhen“ gar nicht klein gewesen sein. Würde es sich um „sozialdemokratische Gewerkschaften“ handeln, die Zentrums- presse hätte sicherlich über alle Einzelheiten der „Unruhen“ breitspurig berichtet, wieder „sozialdemokratischen Terrorismus“ konstatiert. In der lothringischen Presse werden die „Unruhen“ ausführlich geschildert: es war eine förmliche Straßenschlacht zwischen christlichen Streikenden einerseits und Streikbrechern und Gendarmerie andererseits!

Wir folgen dem Bericht eines lothringischen Merikalen Blattes, dem wir entnehmen:

„Am Montag versperrten die streikenden christlichen Gewerkschafter den Arbeitswilligen den Weg zur Fabrik; auch Beamte wurden nicht durchgelassen. Mittags wurden die Essenträger angehalten, keiner durfte in die Fabrik. Der christlich organisierte Arbeiter Göß (Streikender) hatte die Führung, er „belaßte“ die Streikbrecher. Groß wurde von der Gendarmerie verhaftet und in das Gemeindehaus eingesperrt. Darauf zogen die Streikenden vor das Gemeindehaus und bombardierten es mit Steinen! Der Kreisdirektor erschien mit Gendarmen, war aber genötigt, den Verhafteten Groß freizulassen! Danach bemesse man den Grad der Erbitterung unter den christlich organisierten Streikenden. Der Kreisdirektor befohl die Schließung sämtlicher Wirtschaften von abends 6 Uhr an. Das gab wieder Anlaß zum Aufstand. Abends sammelten sich mehr als tausend Menschen an der Kanalbrücke. Was nun geschah, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Gendarmen die Säbel zogen und einhieben!

Mehrere Personen wurden durch Säbelschläge verletzt! Der Bezirksleiter des Gewerbevereins christlicher Bergleute, Streikführer Buchheit aus Saarbrücken, hatte jeden Einfluß auf die aufgeregte Masse verloren, nur wenige folgten seinen Witten, nach Hause zu gehen. Die Gendarmerie „säuberte die Straßen“, wie das „polizeitechnisch“ heißt. Für manche dürfte der Straßenkampf noch traurige Folgen haben, da die Behörde Anklagen wegen Landfriedensbruch erheben will.“

Uns fällt es nicht ein, die durch das scharfe Verhalten der Werkdirektion aufgeregten Arbeiter schuldig zu sprechen. Genau wie in Nürnberg die kapitalistischen Scharfmacher die streikenden Freiorganisierten erbittert haben, so sind in Saaralben die christlich organisierten in immer größerer Zahl verhetzt worden durch die Ablehnung ihrer bescheidenen Forderungen, wozu noch eine tatkräftige Unterstützung des Unternehmertums seitens der betreffenden Behörde kam. Wir berichten diese Vorgänge nur, um die Niederträchtigkeit der Zentrumsorgane und Gewerkschaftsagitatoren zu brandmarken, die anlässlich der Nürnberger „Unruhen“ die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ der Staatsanwaltschaft denunzierten, obgleich die Straßenschlacht im christlich organisierten Saaralben beweist, daß auch dort, wo keine Sozialdemokraten in Frage kommen, der Klassenkampf dank den herrschenden Gewalten zu „Unruhen“ ausartet.

Die Zentrums- und Gewerkschaftsagitatoren sollen nicht mit Steinen werfen, sie sitzen in einem Glashause.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Arbeiter in den Betrieben für gelackte Bleche kann jetzt als beendet gelten. Bei dem Streik selbst trat eine der merkwürdigsten Erscheinungen zutage, die eine Lohnbewegung überhaupt zeitigen kann. Es fanden nämlich gleich seit Ausbruch des Streiks fortgesetzt gemeinsame Verhandlungen mit den Unternehmern statt, die jedoch niemals zu einem Resultat führten. Die Herren erklärten und beteuerten stets, sie seien beim besten Willen nicht in der Lage, das Geforderte bewilligen zu können. Da so die gemeinsamen Verhandlungen ergebnislos verliefen, wandte sich die Lohnkommission schließlich an jede einzelne Firma, um werstattweise zu verhandeln. Und merkwürdig, da wurden die etwas modifizierten Forderungen meistens glatt bewilligt. Bis zum Donnerstagabend hatten von den sechs in Frage kommenden Firmen fünf die Forderungen einzeln unterschrieben anerkannt. Nur die Firma Zeiger mit 20 Arbeitern verhielt sich ablehnend. Nach diesem Ergebnis konnte die Arbeit bei den erwähnten fünf Firmen wieder aufgenommen werden. Es gilt für jene Betriebe jetzt ein vom Metallarbeiterverband festgesetzter Tarifvertrag auf die Dauer von zwei Jahren. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Der Mindestlohn beträgt: a) für Schlosser 50 Pf. pro Arbeitsstunde. Junggelesene erhalten bis ein Jahr nach beendeter Lehrzeit 47½ Pf. pro Stunde. Der Arbeitgeber ist berechtigt, bei Neueingestellten, welche wegen ungenügender Leistungen innerhalb der ersten 6 Arbeitstage entlassen werden, den Lohn auf 40 Pf. pro Stunde festzusetzen; b) für Locher. Anzulernende erhalten im ersten halben Jahr 40 Pf., für die nächsten 6 Monate 45 Pf., für das zweite Jahr 50 Pf., für das dritte Jahr 55 Pf. und vom vierten Jahre an 57½ Pf. Mindestlohn pro Stunde; c) Spanner erhalten im ersten Jahr 55 Pf., vom zweiten Jahr an 60 Pf. Mindestlohn pro Stunde; d) für Schmittmacher im ersten Jahr 50 Pf. und vom zweiten Jahre an 60 Pf. pro Stunde; e) für Hülsenarbeiter über 18 Jahre in den ersten drei Wochen ihrer Beschäftigung 35 Pf., von da an 40 Pf. pro Stunde. Die zurzeit im Betrieb Beschäftigten müssen durch vorstehende Mindestlöhne eine Erhöhung ihrer bisherigen Stundenlöhne um 2½—5 Pf. erhalten. Bei Akkordarbeit wird der Stundenlohn garantiert.

Der Streik bei der Firma Zeiger wird natürlich fortgeführt. Es ist daher Pflicht eines jeden Arbeiters, diesen Betrieb strenge zu meiden. Ebenfalls ist sorgsam darauf zu achten, ob irgendwo Streikarbeit für die Firma Zeiger angeboten wird. Ueber etwaige Angebote dieser Art ist der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes sofort Mitteilung zu machen.

Lohnbewegung der Drechsler.

Wie in einer am Donnerstag abgehaltenen Branchenversammlung der Drechsler ausgeführt wurde, sind die Erzeugnisse des Streiks im Jahre 1900 zum großen Teil wieder verlorengegangen, hauptsächlich deshalb, weil in der Möbelbranche infolge der neuen Stilrichtung nur noch wenig Bedarf an Drechslerarbeiten vorhanden ist. Eine Aufbesserung der gegenwärtig geltenden Löhne erscheint dringend notwendig. Nachdem die Frage der Lohnbewegung schon seit längerer Zeit in der Branche erörtert worden ist, beschäftigte sich in voriger Woche eine Vertrauensmännerversammlung mit derselben und beschloß, daß den Meistern Forderungen vorgelegt werden sollen, deren hauptsächlichste die folgenden sind: Der Mindestlohn pro Stunde, der bisher 50 Pf. betrug, ist auf 55 Pf. zu erhöhen, im übrigen sollen die Löhne nach dem durchschnittlichen Akkordverdienst der betreffenden Arbeiter berechnet werden. Die zurzeit gezahlten Löhne sind um 15 Proz. zu erhöhen. Akkordarbeiten unter 6 R. sind in Lohn anzufertigen. Nebenarbeiten sind in Lohn zu bezahlen. Der Akkordtarif soll ebenfalls um 15 Proz. erhöht werden. Die Positionen desselben gelten als Mindestlöhne für Kraftbetriebe, während in Werkstätten ohne Kraftbetrieb eine entsprechende Erhöhung eintritt.

Diese Forderungen sind, wie die Vertrauensmännerversammlung beschlossen hat, dem Vorstände der Freien Vereinigung der Drechslermeister eingereicht und ist auch bereits mit demselben verhandelt worden. Ein Ergebnis haben die Verhandlungen nicht gebracht, denn die Meister wollen nur 52 Pf. Stundenlohn und 10 Prozent Lohnerhöhung bewilligen. Die Freie Vereinigung der Drechslermeister wird am kommenden Sonntag über die Forderungen beraten. Die Arbeiter werden am Sonnabend, den 8. d. M., die Forderungen jedem Meister vorlegen. Am Montag findet eine öffentliche Versammlung der Arbeiter statt, die zu den Beschlüssen der Meisterversammlung Stellung nehmen wird. Sollte bis dahin eine Einigung nicht erzielt werden, so wird am Dienstag die Arbeit niedergelegt werden.

Zum Streik der Kohlenarbeiter.

Heute, Sonnabend, wollen die Großhändler sich darüber schlüssig werden, ob sie in Einigungsverhandlungen mit dem Zentralverband eintreten werden. Einige große Firmen dringen auf schnelle Erledigung des Streiks, da sie durch die längere Fortdauer zu großen geschäftlichen Schäden leiden. Die Streikbrecher nützen nicht viel; die Firmen brauchen ihre alten Leute notwendig. Die Streikenden sind sehr tätig, obgleich verpöbelter Polizeischuß überall in Tätigkeit tritt. Am Kohlenbahnhof Wedding sah man am Donnerstagabend 25 Polizisten zu Fuß und 4 Reiter, die über die Arbeitswilligen wachten. Bei der Firma Kupfer kam ein Automobil mit Streikbrechern an; das Auto stürzte um und die Streikposten nahmen sich der Insassen an und verschwanden mit ihnen. Bei G. Schulze verjurten die Streikposten, 25 Polen zu gewinnen, als in der höchsten Not Polizei geholt wurde, um die Polen vor weiterer Ausflucht zu bewahren. Der Verband hat 20 Galgler fortgeschickt und verpflegt 12 bis 15 im Gewerkschaftshause; er trägt die Kosten, denn in dem unabhängigen Konsulat wird die Sache hingezogen und die sofortige notwendige Hilfe nicht geleistet. Der Verband hat auch den Leuten, die von der Firma Schiebel ihre Koffer nicht erhalten konnten (wie gestern berichtet), zu ihrem Recht verholfen. Heute wird die wöchentliche Streikunterstützung ausgezahlt und am Montag vormittag um 10 Uhr versammeln sich die Streikenden wieder im Gewerkschaftshause.

Erklärung. Bezugnehmend auf die Notiz des Verbandes der deutschen Barbier u. s. w. vom 5. d. Mts. teile ich mit, daß ich sämtliche Forderungen der Organisation laut Unterschrift anerkannt habe und auch heute noch innehalte. Daß mein Gehalts die Beiträge nicht pünktlich bezahlt, ist doch nicht meine Schuld; ich kann die Bestrebungen der Organisation nicht fördern noch hindern. W. Potowski, Feiseur, Berlin S., Schönleinstr. 28.

Deutsches Reich.

Die in den südlichen Betrieben in Königsberg beschäftigten Arbeiter und Handwerker sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie beabsichtigen, Ende September oder Anfang Oktober ihre Lohnforderung durch die Arbeiterausgänge, soweit in den einzelnen Betrieben solche vorhanden sind, einzureichen. Gefordert wird ein Minimallohn von 3,50 M. pro Tag für ungelernete und ein Minimallohn von 4,00 M. für gelernte Arbeiter. Der Lohn soll von Jahr zu Jahr um 10 Pf. pro Tageslohn steigen. Wer jetzt schon einen höheren Lohnsatz erhält, dem soll er nicht gekürzt werden. Dann soll die Rubelgehaltsfrage zur Anregung kommen, damit die Arbeiter nicht von der Begünstigung der Direktionen und sonstiger Vorgesetzten abhängig sind. Gefordert wird weiter der Neunstundentag und Mehrbezahlung der Nacht- und Sonntagsarbeit.

Der Streik auf „Rote Erde“

scheint eine entscheidende Wendung zu nehmen. Vorgeföhrt fanden Verhandlungen zwischen der Direktion und einer aus 3 Mitgliedern bestehenden Kommission der Arbeiter statt, bei welchen über die Möglichkeit einer gegenseitigen Verständigung beraten wurde. Die Direktion gab darauf durch Anschlag bekannt, daß sie vom 1. November ab bereit sei, folgendes zu gewähren:

- 1. Lohnzahlung an drei Tagen des Monats, statt bisher an zwei, nämlich am 1., 11. und 22., wobei die erste Zahlung als Vorschuß dienen soll.
- 2. Die Verabfolgung des Lohnes erfolgt in Pöndeliten durch die Vorarbeiter und Meister, anstatt im Lohnbureau.
- 3. Den Arbeitern wird eine einstündige statt der früheren halbstündigen Mittagspause gewährt.

Die Stellungnahme der Arbeiter zu diesem Angebot ist noch nicht bekannt.

In der Luzuspapierfabrik Opatzer in München sind 14 Buchbinder und 90 Buchbindereiarbeiterinnen in den Ausstand getreten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Ungarn, Bergolder!

Die Bergolder von Budapest (Ungarn) befinden sich in einer Lohnbewegung. Zugang ist darum streng fernzuhalten. Der Hauptvorstand des Verbandes der Bergolder.

Die Bergarbeiter-Bewegung in Spanien.

Der Bergarbeiterstreik in Biscaya findet eine selten einmütige Beurteilung in der ganzen spanischen Presse, und zwar wird er fast durchweg als berechtigt anerkannt. Selbst die Behörden sind im allgemeinen der Ansicht, daß die Schuld an dem Streik bei den Unternehmern zu suchen sei. Die Arbeiter hätten sich gewehrt, als einer ihrer Kameraden von einem rohen und brutalen Kuffeher beleidigt und entlassen worden war. Sie hatten dessen Entlassung und die Wiederaufnahme des Arbeiters gefordert. Ferner verlangten die Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit vom Mai bis August; sie würden allenfalls auch auf eine zehnstündige Arbeitszeit eingehen, aber die Unternehmer bestehen auf der elfstündigen. Die Arbeiter verlangen 50 Proz. Lohnzuschlag für Ueberstunden; die Unternehmer bewilligen 25 Proz., doch ist das nur eine Scheinkonzession, da bei dem Elfstundentag Ueberstunden kaum noch in Frage kommen. Die Arbeiter fordern die Anerkennung ihrer Organisation, die Unternehmer bewilligen das, aber unter Bedingungen und Einschränkungen, die die Einwilligung wieder aufhebt. Die Regierung ging, trotzdem sie die Berechtigung des Streiks anerkannte, mit den schärfsten Maßregeln gegen die Streikenden vor. Der König sollte nach Bilbao kommen und da mußte wohl so schnell wie möglich „Ruhe“ geschaffen werden. Die Soldaten schossen auf die Streikenden und töteten zwei junge Burken von 15 und 16 Jahren und verwundeten 10 Mann. Trotzdem dehnte sich der Ausstand weiter aus und ergriff einige Dörfer der Provinz Santander. Die Arbeiter unterstützten die Streikenden mit allen Mitteln, worauf die Regierung die konstitutionellen Garantien aufhob und den Belagerungszustand verkündete. Das sozialistische Provinzialkomitee hatte ein Manifest zugunsten der Streikenden erlassen, ein zweites wurde auf Grund des Belagerungszustandes unterdrückt. Die Unterhandlungen, die der Marineminister mit den Unternehmern führte, hatten nur die vorerwähnten Konzessionen zufolge, auf welche die Arbeiter nicht eingingen. Sodann wurde von der Regierung der General Jappino nach Bilbao geschickt, und seine Unterhandlungen scheinen einige Erfolge gehabt zu haben, denn die Wiederaufnahme der Arbeit ist in mehreren Versammlungen beschlossen worden. Mittlerweile aber hat sich die Bewegung weiter ausgedehnt und es wird sicherlich immer wieder zu neuen Ausständen kommen, solange nicht den minimalen Forderungen der Bergleute stattgegeben wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bekämpfender Kampf gegen die Koalitionsfreiheit.
Straßburg i. E., 7. September. (B. Z.) Die Generaldirektion der Reichsständigen Eisenbahnen veröffentlichte an der Eisenbahnerwerkstätte in Bismarck eine Bekanntmachung, wonach die Ziele des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands sowie des süddeutschen Eisenbahnerverbandes als ordnungsfeindlich anzusehen seien. Die Teilnahme an dem einen oder anderen Verbands sowie die Unterstützung ihrer Bestrebungen sei mit der Beschäftigung im Dienste der Reichseisenbahnen unvereinbar und werde die Auflösung des Dienst- bzw. Arbeitsverhältnisses zur Folge haben. Der süddeutsche Eisenbahnerverband zählt in Bismarck 900 Mitglieder.

Aufgeschoben . . .

Wien, 7. September. Das „Neue Wiener Abendbl.“ meldet aus Petersburg, daß in Angelegenheit des geplanten Attentats auf den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch 6 Verhaftungen vorgenommen sind. Merkwürdigerweise gelang es 4 von den Verhafteten, während des Transportes zu entkommen. Bei den Verhafteten fand man einen Plan der Villa des Großfürsten und das gegen ihn von den Revolutionären gefällte Todesurteil.

Vom böhmischen Bergarbeiterstreik.

Prag, 7. September. (B. Z. B.) In den Kohlenbetrieben von Brüx und Dux ist die Lage ziemlich ungeklärt, jedoch scheint der Ausstand sich weiter auszubreiten. Ob der Ausstand ein allgemeiner wird, dürfte sich erst nach der am 9. September stattfindenden sozialdemokratischen Delegiertenkonferenz entscheiden. In den beiden Bezirken sind 33 Personen wegen Angriffe auf Arbeitswillige und wegen Aufbesserungen verhaftet worden.

Brüx, 7. September. (B. Z.) Der Ausschuß der österreichischen Bergarbeiterunion erließ einen Aufruf, worin die Arbeiter aufgefordert werden, jede Gewalttätigkeit der Anarchisten zu verhindern. Außer dem bereits inhaftierten Anarchisten Woltinger gelang es der Gendarmerie noch zwei andere Anarchisten sowie eine Agitatoren, welche auf Gendarmen geschossen hatte, zu verhaften.

Wieder einer.

Sewastopol, 7. September. (B. Z. B.) In der letzten Nacht wurde ein Gendarmesoffizier in einem Wagen der Straßenbahn ermordet. Zwei wie Arbeiter gekleideten Männern, die der Tat verdächtig sind, gelang es zu entfliehen.

Die russische Revolution.

Die blamierte Regierung.

Wir bilden uns nichts darauf ein, vorausgesetzt zu haben, daß die neumaladumme russische Regierung mit ihrem bauernfängerischen „Kommuniké“ keinen Hund aus dem Ofenloche locken würde. Es gehörte keine Sehergabe dazu, um das zu prophezeien.

Der „Russ. Kurier“ schreibt:

Die jüngste Kundgebung der russischen Regierung ist von den führenden Blättern Petersburgs und Moskaus (ausgenommen die regierungsfreundliche Presse) ziemlich kühl und mit verstedtem Mißtrauen aufgenommen worden; auch in der Gesellschaft werden Stimmen laut, daß die praktischen Resultate einer solchen Kundgebung nicht viel Ersprießliches bringen, dagegen die Leidenschaften der revolutionär gesinnten Elemente nur noch mehr steigern werden, da man befürchtet, daß die zur Unterdrückung der Revolutionäre eingeleiteten, mit unbeschränkter Vollmacht ausgestatteten Feldkriegsgerichte vielfach ihre Macht mißbrauchen und so blutige Ausschreitungen provozieren werden.

In den beteiligten russischen Kreisen ist die Kundgebung mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden und hat bei den nicht ausgesprochenen regierungsfreundlichen Russen eher Mißtrauen und Beforgnis als Verriedigung und Beruhigung hervorgerufen, da man nach dem in den letzten Tagen aufkommend siegreichen Vorgehen des Ministers Stolypin am Jarenhofs Jagendstände in weit bindenderer Form erwartet hat und in der Einrichtung besonderer Feldkriegsgerichte, denen gesetzlich unbeschränkte Vollmachten zugehandelt werden, ein Zeichen dafür erblickt, daß der Wille in Rußland nunmehr noch größerer Vorsatz geleistet wird. In der Art, wie es die russische Regierung in ihrer jetzigen Kundgebung beabsichtigt, findet ihr Appell an den besonnenen (!) Teil der Bevölkerung, soweit sich vorläufig feststellen läßt, nicht den gewünschten Widerhall. Dazu kommt noch, daß einige Führer der sozialistischen Parteien, die von der Kundgebung der Regierung schon vor deren Veröffentlichung Kenntnis erhalten hatten, sofort zu einer Gegenkundgebung geschritten sind, in der, wie nicht anders zu erwarten ist, alle gut gemeinten (!) Absichten der russischen Regierung, wie sie behaupten, „w puoh i prach“ („in Ruome“) zertrümmert werden, indem sie nachzuweisen suchen, daß die jetzige Kundgebung der Regierung lediglich ein Produkt der Furcht vor den kommenden Monaten September, Oktober, November ist, die ja der Minister Stolypin erst kürzlich selbst offen als diejenige bezeichnet hat, die der russischen Regierung am meisten Gefahr bringen können. Da aber die Regierung die Absicht hat, ihre jetzige Kundgebung durch die zahlreichen Regierungskommissare den Bauern entsprechend erklären (!) zu lassen, um so über die gefährliche Zeit hinwegzukommen, so ist eine starke Gegenagitation seitens der russischen Sozialisten zu erwarten, so daß, falls der jetzigen Kundgebung der russischen Regierung nicht bald entsprechende Taten folgen, die Verurteilung Rußlands nicht in dem Maße gefördert wird, wie es in der Absicht der jetzigen russischen Regierung liegt.

Wolffs Bureau meldet:

Petersburg, 7. September. Von „Rossija“ abgesehen äußern sich die rechts stehenden Organe wie „Kowoje Wremja“ über das veröffentlichte Regierungsprogramm sehr zurückhaltend. „Kowoje Wremja“ spricht von einer Aktion des Kabinetts auf zwei Fronten und bezeichnet es als Gewinn, wenn auch nur die Agrarreform durchgeführt werde. Im übrigen leuchtet aus den kurzen Bemerkungen des Blattes eine pessimistische Auffassung bezüglich erfolgreicher Durchführung des Regierungsprogramms hervor. „Russkoje Snaamja“, das Organ des Schwarzen Hundes, dagegen vertritt das Programm als ganz untauglich zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung; hierzu seien nicht Reformen, sondern Kampfe nötig.

Die linksstehenden Blätter, die in dem Reformprogramm wenig Neues finden und gegenwärtig keine besondere Einwirkung auf die Lage durch die Durchführung des Programms voraussetzen, wenden ihre Aufmerksamkeit besonders der Einführung des Ständerechts zu. Sie sprechen die Ueberzeugung aus, daß das nun überall zur Anwendung gelangende Ständrecht ebenso geringe Erfolge zeitigen werde wie bisher in den baltischen Provinzen. „Wieschewija Wjedomosti“ meint, der Regierung erscheine dieser Teil ihres Programms viel wichtiger als Reformen und begreiflicherweise, weil Reformmaßnahmen leichter durchführbar seien als Reformen. „Nischni“ nennt das Regierungsprogramm eine vereinfachte Ausgabe der Erklärung Goremjins vom 25. Mai „Do“ beglückwünscht Stolypin, daß erst die Reichsduma aufgelöst und dann sein Programm veröffentlicht sei, da im anderen Falle dieses in der Duma dieselbe schlechte Aufnahme wie das Goremjins gefunden haben würde.

Die verlogene Hinterhältigkeit, mit der die russische Regierung in ihrem „Kommuniké“ eine Reihe von leeren Versprechungen in die Welt schleudert, wird treffend charakterisiert durch folgendes Telegramm des „W. S.“:

Petersburg, 7. September. Eine der Regierungstreuen besonders nahestehende Persönlichkeit erklärte, die Regierung sei keineswegs von der Reformbedürftigkeit des Landes überzeugt; sie werde mit den Reformen durchaus nicht eilen. Auch in der Zwischenfrage dürfe man keineswegs eine wesentliche Besserung erwarten, allerhöchstens (!) werde man nötigenfalls die Einberufung der Duma ein wenig beschleunigen.

„Bäterschens“ Truppen.

Lemberg, 7. September. (W. S.) Nach Meldungen aus Warschau ist unter den Festungstruppen in den Festungen Modlin, Dumblin und Jęzgarz und anderen Meuterei ausgebrochen. Bereits in den letzten Tagen haben zwischen meuternden Artilleristen und treu gebliebenen Infanteristen blutige Zusammenstöße stattgefunden. Es besteht der Verdacht, daß ein Teil der Offiziere die revolutionäre Bewegung unterstützen. Aufgehört wird die Soldateska durch das revolutionäre Blatt „Soldatskaja Dschja“. Die Lage ist bedrohlich. Viele Offiziersfamilien verlassen bereits ihre bisherigen Wohnungen in den Festungsstrassen.

Genua, 7. September. (W. S.) An Bord des russischen Kohlen-schiffes „Alexander Kamburow“ meuterten die Heizer und mehrere Matrosen. Der Hafenpolizei gelang es, die Meuterer zu verhaften.

Geldnot.

Der letzte Niesenpump der russischen Regierung hat nicht vermocht, das drohende Gespenst des Bankrotts von der Schwelle des Reiches zu bannen. Die französischen Millionen haben nur zur Anschaffung gepanzerter Automobile, neuer Maschinengewehre, zur Anstellung von mehr Polizei und Gendarmen, zur Auflösung der Duma und zur Aufrechterhaltung einer notdürftigen „Ordnung“ ausgereicht.

Ein feineres Ohr vernimmt zwar das Dröhnen der Militär-revolution, ein scharfes Auge sieht die lodernen Quisthöfe, sieht die Tausende und Abertausende wotlofer Arbeiter und hungernder Bauern, sieht den Strom von Handel und Gewerbe in Stöcken geraten, aber die offizielle und halb-offizielle Presse entblödet sich nicht, in die Welt hineinzuposaunen, daß die ökonomische und finanzielle Lage Rußlands eine zufriedenstellende sei! Wie glaubwürdig solche Behauptungen sind, zeigt u. a. eine interessante Betrachtung, die die Zeitung „Towaritsch“ über das Budget von 1906 und den unlängst herausgegebenen offiziellen Bericht über die laufenden Einnahmen vom 1. Januar 1906 anstellt. Danach ergibt sich, daß das Jahr 1906 5 1/2 Millionen Rubel Ueberschuß der

ordentlichen Einnahmen gegenüber der Veranschlagung gebracht hat. Wenn man sich aber die einzelnen Posten näher ansieht, so entrollt sich folgendes Bild: Im Jahre 1905 hat das Branntweinmonopol infolge der Preiserhöhung und des gesteigerten Konsums 65 Millionen Rubel Ueberschuß gebracht, Bankoperationen des Reichsschatzamt 5 1/2 Millionen Rubel, die Erhöhung der Wankelsteuern auf Zündhölzer 3 Millionen Rubel. Das sind lauter Posten, aus denen in bezug auf die ökonomische Lage des Landes keinerlei günstige Schlüsse gezogen werden können.

Das gleiche Bild bietet das Jahr 1906: Ueberschuß aus dem Branntweinmonopol und der Zuckerkasse, letzteres deshalb, weil die bereits am 1. Dezember 1905 fällige Zahlungsfrist bis zum 1. März verschoben wurde. Dagegen weisen alle diejenigen Budgetposten, die mit Handel, Gewerbe, Industrie in engster Verbindung stehen, ein Zurückbleiben hinter dem Vorausgeschlagenen auf: Für das Jahr 1906 haben z. B. die Eisenbahnen ein Minus von 23 Millionen Rubel ergeben, in den ersten drei Monaten des Jahres 1906: 10 Millionen, also beinahe ebenso viel! Zölle, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Auslösungsgelder der Bauern bleiben alle hinter dem Vorausgeschlagenen zurück. Das ist das trostlose Bild eines wirtschaftlichen Niederganges, eines Ruins der Volkswirtschaft, das diese trockenen Ziffern vor uns aufstellen lassen.

Und nun erst das Budget für 1906! In demselben Artikel rechnet der „Towaritsch“ ein Defizit von mindestens 500 Millionen Rubel heraus: Im laufenden Jahre müssen für 235 Millionen Rubel kurzfristige Wechsel im Auslande geillt, ferner 50 Millionen Rubel für die Unterstützung hungernder Bauern und 150 Millionen Rubel für vorjähriges, durch die letzte Anleihe noch ungedecktes Defizit hergegeben werden. Dabei ist eine Verringerung der ordentlichen Einnahmen zu erwarten, was alles in allem 500 Millionen Rubel ausmacht.

Zu demselben Ergebnisse kommen — wenn auch auf anderen Wegen — fast alle laarblühenden Propaganda. Man sieht: man mag rechnen, wie man will — die Geldnot steht wieder vor der Tür, und demgemäß ist die Regierung wieder auf der Suche nach klingendem Metall. Darf man sich da wundern, daß wieder die unglücklichsten Gerüchte durch die Luft schwirren: Konfessionen auf eine zweite sibirische Eisenbahn, auf einen Kanal „Baltisches—Schwarzes Meer“, Pfändung der russischen Eisenbahnen und nicht zuletzt Verwanderung der Reichsbank in eine private Aktiengesellschaft! — Selbst der halb-offizielle „Temp“, der bekanntlich zur französischen Regierung recht nahe Beziehungen unterhält, kann nicht umhin, diesem letzten Plane Aufmerksamkeit zu schenken, und er bringt darüber Einzelheiten, die die Ansicht als berechtigt erscheinen lassen, daß es sich hier keineswegs um eine Bärenente, sondern um eine ernst erwogene Kombination handelt.

Nebenfalls muß man dessen stets gewärtig sein, daß die russische Regierung, ehe sie zu einer so überaus anstößigeren Maßregel greift, nichts unversucht lassen wird, um doch vielleicht eine neue Anleihe zu „machen“. Mit dieser Möglichkeit ist stets zu rechnen, und selbst ein eingeleiteter Optimist wird nicht zu behaupten wagen, daß eine neue Anleihe unter keinen Umständen zustande kommen wird. Zwar wird die völlige ökonomische und politische Berrüttung Rußlands, die Unfähigkeit der Bürokratie, dem alten Rußland neues Leben einzubringen, kaum noch von einem Unparteiischen bezweifelt, aber die europäische Bourgeoisie, die darüber zu entscheiden hat, ob dem Zariismus wieder einmal aus der Klemme geholfen wird, ist nicht weniger als unparteiisch. Außer der einfachen kapitalistischen Profitgier, der zu Liebe sie die Interessen des nach Freiheit ledgenden russischen Volkes für einen hohen Preis auf den Zariismus verkauft, liegt es in ihrem ureigensten Klasseninteresse, den Zusammenbruch der Selbstherrschast möglichst zu verzögern. Der Absolutismus ist der Hort der europäischen Reaktion, und die europäische Bourgeoisie, die ihre liberalen Ueberzeugungen längst zum alten Eisen geworfen hat, weiß ganz gut, daß eine Demokratisierung Rußlands eine Demokratisierung Europas und einen nicht abzuschätzenden Aufschwung der proletarischen Klassenbewegung zur Folge haben wird. Daher werden die bürgerlichen Klassen trotz des ungeheuren Risikos für ihre Kapitalien stets bestrebt sein, der russischen Revolution Steine in den Weg zu wälzen. Die Hilfe, die sie dadurch der russischen Regierung bieten, ist aber nichts mehr, als die Gewährung einer Kalkulationsfrist: zwar mächtig genug, um die Entwidlung der russischen Revolution langsamer und später-reicher zu gestalten, ist das europäische Gold doch machtlos, den Zusammenbruch des Absolutismus für ewige Zeiten zu verhindern. Vielleicht mehr als in irgend einem anderen Falle gilt hier das alte Sprüchwort: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!“

Das Hungergespenst.

Am 2. September wurde in Moskau der Kongreß der Semstwo-vertreter eröffnet, die an der Semstwoorganisation zur Bekämpfung der Hungernot teilnehmen. Infolge der großen Miernte dieses Sommers wird nämlich eine fürchterliche Hungernot erwartet.

Der Kongreß begann die Beratungen über die Hilfsorganisation für Samen- und Lebensmittelbeschaffung. Die Regierung hat der Organisation 100 000 Rubel zur Verfügung gestellt; über weitere Staatshilfe soll später beschlossen werden. Die Organisation besah noch 250 000 Rubel. Die Organisation berechnet aber, daß für Beschaffung und Lebensmittel 150 Millionen Rubel (hundertfünfzig Millionen) erforderlich sind! Es sind nämlich 83 Gouvernements von der Miernte betroffen und in 25 davon ist auch außer Samen- und Lebensmittelbeschaffung eine umfangreiche Hilfsstätigkeit erforderlich! —

Briefe.

„Unterwegs nach Turukansk“ werden die Briefe heißen, die Leo Deutsch über seine Erlebnisse veröffentlichten wird. Der erste Brief ist bereits im „Towaritsch“ (5. September) erschienen, datiert 28. August aus dem Ostsibirien bei Kasan.

Am 15. Januar, so berichtet er, wurden 24 Personen in einer Wohnung in St. Petersburg verhaftet; am folgenden Tage wurde Deutsch festgenommen; man konstatierte, daß er mit Personen, die am 15. verhaftet worden waren, in Verbindung gestanden hatte; daraus konstatierten die Behörden eine „Verschwörung“. — Von jenen 24 wurden 20 später freigelassen; sie waren ebenso schuldig oder schuldlos wie die übrigen, die man nicht freiließ. Vorwärts (Helfhand), Beskin, Goldmann, Kränkel und Deutsch sind Juden, und die Regierung ist der Ueberzeugung, daß die Juden „die Revolution machen“. Der Staatsanwalt Kamyschanski hat das gerichtliche Verfahren gegen diese fünf eingestellt, aber die Administration hat sie nach Ostsibirien verschickt. Deutsch wandte sich an die Gerichtskammer mit einer Eingabe, in der er darauf aufmerksam machte, daß er als Entlastungszeuge im Prozesse des Arbeiterdeputiertenrates am 2. Oktober auftreten solle. Trotzdem wurde er (ebenso Vorwärts) am 22. August nach Moskau befördert; dort trafen sie Beskin, Goldmann und Kränkel an; weiter wurden sie nach Rjasan-Kowogorod gebracht und dann auf dem Lastschiffe transportiert. Damit schließt der erste Brief.

Dravo!

Am 4. September ist die Moskauer Zeitung der Schwarzen Bande, „Wieschje“, nicht erschienen, da sich die Server weigerten, für dieses Blatt zu arbeiten. („Kowoj Ruij“, 5. September.)

Soziales.

Hosprediger Stöder als Arbeitgeber.

Die Geschäftsführung des „Vereins für innere Mission“, einer Gründung des Hospredigers Stöder, erfährt eine eigenartige Beleuchtung in einer Verhandlung, die gestern vor der vierten Kammer

des Kaufmannsgerichts stattfand. Als Kläger trat der Geschäftsführer Fritz Engert auf, indem er einen Gehaltsanspruch von 600 M. geltend machte. Engert war am 20. Dezember v. J. zum sofortigen Eintritt von Herrn Stöder für das Hospiz in der Königgräberstraße engagiert, mit der Aufgabe, daß er bis Ende des Monats umsonst arbeiten müsse, da er diese Zeit zum Einarbeiten brauche. Bald nach seinem Eintritt kam es zwischen ihm und der Vorstandsdame des Hospizes, Fräulein Fischer, zu Mißverständnissen. Fräulein Fischer suchte die Maßnahmen und Anordnungen, die er als selbständiger Geschäftsführer im Interesse des Ansehens des Hospizes vorzunehmen für richtig hielt, bei jeder Gelegenheit zu durchkreuzen. So fand zum Beispiel der Kläger bei seinem Eintritt, daß über dem Eingange an der Haustür ein Haussegel befestigt war mit der Aufschrift: „Gelobt sei der Herr Jesus Christus“, während von innen an einem Schilde zu lesen war: „Bis früh um fünf“. Er wollte das Innenschild, weil es einer Verböschung des religiösen Gefühls gleichkam, entfernt wissen, Fräulein Fischer indes, daß es hängen bleiben sollte. Der Kläger schiederte des weiteren die ganze Geschäftsführung des Vereins als eitel Lug und Trug. Die Zimmerpreise waren angeblich feste Preise, und es waren auch in den Zimmern Preistafeln angeschlagen. Im Januar zog der als wohlhabend bekannte Landrat von Bränning mit seiner Familie zu. Fräulein Fischer verlangte vom Geschäftsführer, daß er die Preistafeln entfernen lasse und höhere Preise stelle. Als der Kläger einwandte: „Aber das vertritt sich doch nicht mit den Prinzipien unseres Hauses! Wir haben doch schon den höchsten Zimmerpreis eingestellt“, erwiderte ihm die Vorstandsdame: „Sie haben es so zu tun, wie ich Ihnen sage. Es vertritt sich sehr wohl mit den Prinzipien unseres Hauses!“ Wenige Wochen später bemerkte der Kläger nach seiner Darstellung, wie in den Geschäftsbüchern eine Fälligkeit be-gangen wurde. Eine Frau Baronin v. Wolfersdorf hatte ein größeres Schuldkonto bei dem Verein. Mit Hilfe des Fräulein Fischer gelang es ihr, das Kontobuch in die Hände zu bekommen, und mit Wissen des Fräulein Fischer sie die Schuldsumme dergestalt, daß ihr Schuldbetrag um ein Bedeutendes erniedrigt wurde. Dem Kläger wurde über diesen Vorfalle Schweigen geboten, er erklärte jedoch sofort, sich nicht zum Mitschuldigen eines so gemeinen Betruges machen zu wollen. Die Sache kam zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft, die sofort die Väter beschlag-nahmte. Das Untersuchungsverfahren in dieser Angelegenheit schwebt zurzeit noch. — Am 23. März sollte dann Kläger, weil er angeblich Fräulein Fischer eine Vägerin nannte, sofort das Haus verlassen. Er weigerte sich indessen, dem Folge zu geben, weil er Fräulein Fischer nicht als seine Vorgesetzte ansah. Gegen 10 Uhr abends erschienen darauf mit einer von Herrn Stöder persönlich geschriebenen „Aus-weisungsbefehl“ zwei Kriminalbeamte, die den Kläger aus dem Hause wiesen und ihm Bücher und Schlüssel abnahmen. Kläger durfte sich noch nicht einmal seinen Hut und Mantel mitnehmen und mußte die Nacht über als Obdachloser auf einer Bank zubringen.

Der gestern für den vertriebenen Herrn Hosprediger erschienenen Vertreter des klagenden Vereins erhob gegen die schweren Beschuldigungen des Klägers keine Einwendungen, erkannte vielmehr 20 M. auf Vorhalt des Vorstehenden an. Wegen der Restforderung beschloß das Gericht, den Herrn Landrat von Bränning zu verurteilen, der behnden solle, wie sich der Vorfalle am Tage der Entlassung abgespielt hat.

Weshalb wollte er auch einen Arbeiter retten!

Im Betriebe der bekannten Großfirma Thyssen in Mühlheim kam vor einiger Zeit ein Ingenieur H. zu Tode, als er einen durch Gasausströmung bewußtlos gewordenen Arbeiter unter einer Gasmaschine hervorziehen wollte und zu diesem Zwecke in eine unter der Maschine befindliche Grube sprang. Beide, der Ingenieur und der Arbeiter, erstickten. Die Witwe des Ingenieurs machte nun auf Grund des Haftpflichtgesetzes Anspruch auf Zahlung einer Jahresrente in Höhe von 8000 M., wurde aber abgewiesen mit der Begründung, daß der Tote an seinem Unfall selbst schuld sei, da er die Gefahr, in die er sich bei dem Rettungsversuche begeben, gekannt habe! In formaler Hinsicht stellte sich die millionen-reiche Firma Thyssen auf den Standpunkt, daß der Monteure, welcher die Gasmaschine in Betrieb gesetzt, hierzu nicht befugt war. Für die dienstlichen Verhältnisse des lediglich mit der Montierung der Maschine beauftragten Monteurs brauche der Betriebsunternehmer nicht zu haften. Das Landgericht Duis-burg erkannte jedoch auf Grund des § 2 des Haftpflichtgesetzes die Forderung der Klägerin im Prinzip als begründet an, da der Betriebsunternehmer für das schuldhafte Vorgehen des Monteurs haftbar sei. Dem Ingenieur, der sich einer Gefahr aus-gesetzt habe, um ein Menschenleben zu retten, könne dies unmöglich als ein schuldhaftes Verhalten angesehen werden.

Es kennzeichnet die Anschauungen von der Wertung eines Arbeiterlebens durch das Unternehmertum, wenn der Versuch zur Rettung eines in Todesgefahr schwebenden Arbeiters dem Retter als ein „schuldhaftes Verhalten“ angesehen wird. Dieser Kapitalisten-moral wird wohl auch das Reichsgericht seine Zustimmung ver-sagen.

Mangelhaftigkeit der Unfallverhütungsmaßregeln.

Dieser Tage wurde in Hannover ein Prozeß wegen fahrlässiger Tötung gegen einen Arbeiter verhandelt, der ein großes Schlaglicht auf die Mängel in den Unfallverhütungsmaßregeln warf. Am 17. April verunglückte in der de Haas'schen Fabrik in Seelze bei Hannover der Arbeiter Wulfe, Vater von fünf Kindern. Wulfe war mit dem Arbeiter Grimpe beim Entlaugen von Kobaltherzen tätig. Der Produktionsprozeß bestand darin, daß der bezug, die Arbeiter auf die in einem Wottisch befindlichen Erze erst einen Ballon Salsäure schütteten, dann aus einem höher gelegenen Reservoir Schwefelsäure zulaufen ließen und diese Prozedur in späteren Stadien des Prozesses, wenn auch in geringerem Maße wiederholten. An dem fraglichen Tage nun, als der Arbeiter Grimpe mit Wulfe auf der Weiche stand, um gemeinsam dem Wottisch aufs neue Salsäure zuzuführen, bemerkte Grimpe plötzlich einen üblen Geruch, lehnte den Kopf zurück, sank aber fast gleich-zeitig, den gemeinsam mit Wulfe angefaßten Ballon loslassend, bewußtlos in die Arie. Nach wenigen Sekunden wieder zu sich gekommen, springt er auf und sieht nun zu seinem Entsetzen seinen Arbeitskollegen bewußtlos an der Wand lehnen. Er hält sich den Mund mit der Hand zu, sucht den Wulfe mit sich zu zerrn, da erntet auf einmal eine hundertfache Explosion, Klammern loden empor. Jetzt ist für ihn kein Halten mehr: er flieht. Mit Hilfe eines anderen Arbeiters holt Grimpe gleich darauf seinen Kollegen aus der verderblichen Atmosphäre. Aber es ist zu spät — alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Wider alles Erwarten erhielt Grimpe eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung. Die Anklage legt ihm zur Last, daß durch sein Verschulden eine übergroße Menge von Schwefel-säure (400 Liter) in den Wottisch gelangt und dann durch Hinzuschütten einer zu großen Menge von Salsäure die Bildung von Schwefelwasserstoff hervorgerufen und dadurch das Unglück verschuldet worden ist.

Aus den Aussagen mehrerer Zeugen geht hervor, daß sie zum mindesten außerordentlich mangelhaft instruiert worden. Während laut der Anklageschrift der Angeklagte gegen seine Anweisung gehandelt haben sollte, ergab die Beweisaufnahme das Gegenteil. Laut angeblicher Anweisung sollte beim Einleiten der Salsäure nur ein wenig Wasser haltender Eimer benutzt werden. Uebereinstimmend aber bekundeten zwei Zeugen, daß sie von dem Dr. Weichenborn dahin instruiert seien, die Säure aus dem Ballon hinzuzuschütten und erst gegen Ende

des Prozesses des Eimers sich zu bedienen. Sie bekunden ferner, daß sie auf die Gefährlichkeit des Prozesses nicht aufmerksam gemacht wurden. Viele bestimmten Aussagen hatten zur Folge, daß Dr. Weihenborn aus der Reihe der geladenen Sachverständigen ausschied und laut Beschluß des Gerichts als Zeuge vernommen wurde. Dr. Weihenborn will den Arbeitern gelogt haben, im Anfange könnten sie den Ballon, gegen Ende aber sollten sie den Eimer nehmen. Einmal hat er beobachtet, wie Grimpe direkt aus dem Ballon Salzsäure hinzugeschüttet. Ob er ihn gewarnt, wisse er nicht mehr. Auf die Fragestellung des Verteidigers hin gibt Zeuge die Möglichkeit zu, daß die Arbeiter keine Instruktion falsch aufgefaßt, daß er nur a n n e h m e, die Arbeiter instruiert zu haben.

Geradezu vernichtend, und zwar nicht nur für die Anklage war das Gutachten des Gewerbeinspektors Dr. Rasch: Aus der Beweisführung geht hervor, daß die Instruktion der Arbeiter eine wenig eingehende gewesen; sie hätte eine viel sorgfältigere sein müssen. Nach dem Stande seiner Kenntnisse wäre der Angeklagte über die Gefährlichkeit seiner Operation gar nicht klar gewesen. Die starke Entzündung der Dämpfe hätte auch eintreten können, wenn er sich des Eimers bediente.

Ohne sich zurückziehen, erkannte das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf Freisprechung. Der Angeklagte habe nicht genügend Instruktionen erhalten, während er pflichtgemäß auf das Gefährliche des Prozesses hätte hingewiesen und aufmerksam gemacht werden müssen. Von dem Angeklagten könne nicht verlangt werden, daß er der Gefährlichkeit des Prozesses sich bewußt wäre.

Von der Verurteilung des Zeugen Dr. Weihenborn war, weil er der Lächerlichkeit verdächtig, Abstand genommen worden.

Bemerkt sei noch, daß nach unwidersprochener Aussage des Angeklagten die Arbeitsschicht bei diesem gefährlichen Prozesse eine 24 stündige ist. Am dem Unglücksstöße hätte Grimpe bereits von morgens 6 bis abends 8 Uhr einschließlich der Pausen gearbeitet.

Charakteristisch ist für unseren Gegenwartsstaat, daß bei dieser Sachlage eine Anklage gegen den Arbeiter überhaupt erhoben werden konnte — warum nicht gegen die Zeitung des Werkes und ihre höheren Beamten? Mangel an Instruktion und die übermäßig lange Arbeitszeit haben den traurigen Unglücksfall herbeigeführt. Nicht die strafrechtliche Verantwortlichkeit, sondern die Frage: wie sind betriebsartige Unfälle nach Möglichkeit zu verhüten? ist für uns das wesentlichste Ergebnis des Prozesses. Würden Arbeiter bei der Festsetzung und Überwachung von Unfallverhütungsvorschriften — zu solchen gehört in erster Linie das Verbot übermäßig langer Arbeitszeit, die die Spannkraft des Arbeiters schwer beeinträchtigt — hinzugezogen werden und würde unsere Unfallgesetzgebung nicht die Ausnahmevorschrift enthalten, daß die verunglückten Arbeiter und ihre Hinterbliebenen um ein Drittel ihres Schadenersatzanspruches gekürzt werden und daß der Unternehmer persönlich selbst der Berufsgenossenschaft gegenüber für den vollen Schaden nicht verantwortlich ist, so würden Tausende von Unfällen alljährlich verhütet werden. Um wie viel höher aber von Unternehmern der eigene Profit geschätzt wird als das Leben und die Gesundheit ihrer Mitmenschen, zeigen erst unlängst die Verhandlungen des deutschen Gewerbe- und Handelskammertages, über die wir am Donnerstag berichteten.

Zum Schulunterricht.

Eine begründetste Neuierung hat nach der „Frankf. Ztg.“ die städtische Schulverwaltung in Augsburg eingeführt. Sie gibt an die Eltern der in die Volksschulen aufzunehmenden Kinder Fragebogen hinaus, um Auskunft über etwaige von den Kindern überstandene Krankheiten, Unfälle und sonstige geistige und körperliche Schwächen zu erlangen. Diese Angaben, die streng vertraulich behandelt werden, sollen im erzieherischen Interesse dem Lehrer die Möglichkeit gewähren, auf die etwaigen Fehler und Schäden der Kinder in der Schule gebührend Rücksicht nehmen und ungerechtfertigte Anforderungen und Bestrafungen hintanhalten zu können.

Bildungsfeindlichkeit des Zentrums.

Ein großer Bildungshunger scheint unter den Eltern der heranwachsenden Jugend der Stadt Bamberg nicht vorhanden zu sein. Der Magistrat beschloß die Errichtung einer achten Schulklassen, deren Besuch fakultativ sein soll. Zu der Klasse wurden aber aus der ganzen Stadt nur 12 Schüler angemeldet. Bamberg ist eine sehr fromme Stadt die stamm Zentrum wählt; für einen richtigen Zentrumswähler ist auch allzuviel Bildung nicht möglich.

Aus Industrie und Handel.

Moderne Völkerverwanderung.

Obwohl die diesjährigen Ziffern die früheren hinter sich zurücklassen, dürfte die Wiedergabe einiger im Gesundheitsbericht des preussischen Kultusministeriums für das Jahr 1904 enthaltenen Angaben über den Umfang der Sachsendängerei doch einiges Interesse beanspruchen. Aus dem Regierungsbezirk Danzig wanderten ab nach dem Westen 3596 männliche und 2060 weibliche Personen, es zogen zu 1724 männliche und 1508 weibliche Ausländer. Eine Welle von 30 896 Proletariaten, darunter 11 173 weibliche, warf der Regierungsbezirk Posen nach dem Westen, um dafür selbst 3726 männliche und 3054 weibliche Ausländer aufzunehmen. Der Kreis Kilehne im Regierungsbezirk Bromberg stieß von seinen rund 25 000 Einwohnern 2500 als Saisonarbeiter für den Westen ab; der Kreis Groß-Wartenberg (48 000 Einwohner) stellte 3275 Saisonarbeiter. Im Regierungsbezirk Breslau wurden 13 014 ausländische Saisonarbeiter gezählt, darunter 2298 Russen und 10 594 Oesterreicher. 796 Russen und 1339 Oesterreicher waren im Regierungsbezirk Köslin als Saisonarbeiter tätig. In 4 Kreisen des Regierungsbezirks Magdeburg wurden 691 Ausländer gezählt und in 4 Kreisen des Regierungsbezirks Merseburg 301. Für den Regierungsbezirk Hildesheim wird die Zahl schätzungsweise auf 4000 angegeben.

So wirbelt die moderne Industrie die Menschen durcheinander in einem Umfang, der die größten Völkerverwanderungen in den Schatten stellt. Nicht nur von Land zu Stadt und umgekehrt, von Provinz zu Provinz flutet die Masse durcheinander, aus allen Ländern Europas holt das nach Ware Arbeitskraft hungernde Kapital die Proletarier zusammen. In diesem Jahre hat man sogar aus Asien und Afrika ein Quantum Arbeitskraft importiert. Vielleicht war das nur ein schicksalvoller Anfang, dem in den nächsten Jahren eine Forcierung des Imports speziell an Negern und Negerinnen folgen wird. Teilweise wiederholen sich die Wanderungen Jahr für Jahr, es ist ein zu bestimmtem Zeiten wiederkehrendes Hin- und Herschieben großer Arbeitermassen. Es sind das die Saison-Arbeiterinnen und Arbeiter, die teils in landwirtschaftlichen Betrieben, vornehmlich in der Zuckerindustrie und in der Ziegelfabrikation unterkommen finden. Andererseits handelt es sich bei den Abwanderungen aus den Orten um dauernde Verlegung des Wohnsitzes. So entstehen im Herzen der Großindustrie, in Schlesien und Rheinland-Westfalen, große Polenniederlassungen, die der ganzen Gegend eine neue Physiognomie aufdrücken. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stößt man weiter auf große Kolonien, die fast ausschließlich von Oesterreichern bewohnt sind. Stark durchsetzt ist die Bevölkerung weiter von Holländern und Russen, sämtliche Vaterländer Oesterreich-Ungarns sind vertreten; einen großen Prozentsatz des ausländischen Elements hier und in ganz Deutschland stellen die Italiener.

Das Kapital heuet aus, ohne Zahl. Je widerstandloser die Verkäufer von Arbeitskraft ihm gegenüberstehen, desto höher schlägt das Herz — in Dividendenhoffnung. Das Kapital betätigt sich patriotisch, als Schlichterin der nationalen Arbeit — durch Ausnützung billiger ausländischer Arbeitskräfte. Ja, ausländische Streikbrecher gelten als die nützlichsten Elemente zur Pflege nationaler Kultur, denn sie fördern das Wohlbestehen des ausbeutenden Kapitals, sie helfen ihm den nationalen Landesgenossen niederzuknüppeln. Wenn aber die Arbeiter versuchen, auf der Basis internationaler Verständigung sich der unbehinderten Ausbeutung durch das internationale Kapital in etwas zu erwehren, dann heult die kapitalistische Preßmeute in allen Vaterländern über „vaterlandslose Gesellen“ und „Landesverrat“. Wenn das Kapital moralisiert oder gar das Kapitel der Ideale anscheidet, dann heuchelt es jedesmal; für es lösen alle Begriffe und Empfindungen sich auf in das eine Wort: Profit!

Geschäftsergebnisse. 12 Proz. Dividende, 1 Proz. mehr als das Vorjahr erbrachte, sollen diesmal die Aktionäre der Harlorschen Bergwerke und chemischen Fabriken erhalten. — Die A.-G. Wieler u. Hartmann-Danzig erzielte einen Gewinn von 318 000 M. Es werden aber nur 6 Proz. Dividende verteilt, 120 000 M. sollen in Bereitschaft gehalten werden zur Deduktion von event. Ansprüchen, die sich aus schwebenden Prozessen ergeben. — Die Aktionäre der deutschen Werkzeugmaschinenfabrik in Chemnitz, die im vorherigen Jahre leer ausgingen, erhalten für das letzte Jahr 6 Proz. — Der Aufsichtsrat der Oberhessischen Chamottefabrik A.-G. in Gleiwitz schlägt, bei reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen, die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. vor. Für das Jahr 1904/05 wurden 9 Proz. ausgeschüttet. — 7 Proz. gegen 5 Proz. im Vorjahr sollen für 1905/06 die Aktionäre der Elektrizitäts-A.-G. in Chemnitz erhalten. — Die Nürnberger Lederfabrik A.-G. stößt diesmal 12 Proz. Dividende ab, 2 Proz. mehr als im Vorjahr.

Fleischkonsum in Mittelstädten. In zahlreichen Handelskammerberichten über das Jahr 1905 wird für eine Reihe von Städten ein bemerkenswerter Rückgang des Fleischverbrauchs festgestellt. Die Handelskammer für den Kreis Konstanz weist darauf hin, daß unter der Verteuerung der Lebensmittel vor allem die Arbeiterbevölkerung zu leiden habe. Der Bericht macht Angaben über Fleischpreise und Fleischkonsum in der Stadt Konstanz, die wir folgen lassen. Es kostete das Kilo in Markt

	Anfang 1905	Mai 1906
Rindfleisch	1,54	1,68
Kalbfleisch	1,60	1,90
Schweinefleisch	1,52	1,70
Schafffleisch	1,50	1,70
Ziegenfleisch	1,15	1,40

Der Fleischverbrauch ist erheblich zurückgegangen. Während im Jahre 1904 noch 66,10 Kilogramm Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung kamen, ging diese Menge auf 62,51 Kilogramm im Jahre 1905 zurück. Wenn noch in Betracht gezogen wird, daß auch der Aufwand für Wohnung, Bekleidung und Heizung durchweg Mehrausgaben verursacht hatte, so dürfte kaum zu hoch gegriffen sein, wenn der Bericht die Steigerung der Haushaltskosten in Konstanz für eine Familie von vier Köpfen auf zehn Prozent schätzt.

Tabakbau und Ernte im Jahre 1905. Im dritten Vierteljahresbericht zur Statistik des Deutschen Reiches, Jahrgang 1906, wird eine Uebersicht gegeben über den deutschen Tabakbau und die Ernte im Jahre 1905. Danach hatten insgesamt 93 141 Tabakpflanzler 188 904 Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 14 111 Hektar mit Tabak bepflanzt (1904: 106 713 Pflanzler, 100 022 Grundstücke mit 15 883 Hektar). Von den Pflanzern hatten 33 997 je eine Gesamtfläche bis zu 1 Ar, 5606 über 1 bis 5 Ar, 13 100 über 5 bis 10 Ar, 24 098 über 10 bis 25 Ar, 14 883 über 25 Ar bis 1 Hektar und 1381 über 1 Hektar mit Tabak bebaut. Die Ernte ergab einen Ertrag von 318 770 Doppelzentner Tabak in dachreifem, trockenem Zustande, also auf 1 Hektar einen Durchschnittsertrag von 23 Doppelzentner (1904: 343 809 Doppelzentner bzw. 22 Doppelzentner). Der Gesamtwert der Tabakernte, einschließlich der Tabaksteuer, wurde auf 27 537 825 M. (1904: 26 650 074 M.) ermittelt; der mittlere Preis für 1 Doppelzentner Tabak betrug demnach 86,39 M. (1904: 77,51 M.).

Handelsvertrag mit Deutschland. Die Jahresversammlung des Verbandes der Apfelsportreue in den Vereinigten Staaten erklärte sich einmütig für das Zustandekommen eines Vertrags mit Deutschland, auf Grund dessen amerikanische Äpfel unter Entrichtung eines Zolls von 50 Cents das Maß (3,20 M. für 100 Kilogramm) in Deutschland Eingang finden sollen. Eine Kommission erhielt Auftrag, im Kongreß für das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Deutschland zu wirken. Es wurde anerkannt, daß die in der Payne'schen Vorlage eingeräumten Zugeständnisse Deutschland nicht befriedigen könnten. Es soll daher auf weitere Zugeständnisse gedrungen werden.

Vom Bierkrieg. Eine Birte-Versammlung in Duisburg beschäftigte sich mit der Frage der Bierpreiserhöhung. Das Angebot der Brauereien, einen Aufschlag um 1 Mark eintreten zu lassen, wozu zugunsten der Birte der Flaschenbierpreis um 1 Pf. für die Flasche erhöht werden solle, wurde abgelehnt. Vier ringfreie Brauereien haben sich verpflichtet, auf den Neuausschlag zu verzichten, sie machen folgende Angebote: Dortmund Brauhaus zu 19 M. mit 2 Proz. Rabatt, Wulfener Brauhaus u. Co. zu 18 M., Niederhessisches Brauhaus Emmerich zu 16 und 18,50 M. mit 2 Proz. Rabatt, Rotweilbrauerei Reuß zu 17 und 19 M. mit 2 Proz. Rabatt. Eine Ringbrauerei soll die Absicht haben, aus dem Ring auszutreten und die Konventionallsteuer von 3000 M. zu bezahlen, wenn die Birte die Versicherung geben würden, mindestens 10 000 Hektoliter Bier jährlich zu entnehmen. Zum Schluß fand eine gegen den Steueraufschlag gerichtete Resolution einstimmige Annahme.

Verfammlungen.

Ueber: das Schulprogramm des Proletariats

sprach am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung des Zimmerer-Verbandes der Genosse Dr. Laurenz Brecher. Einleitend wies Redner darauf hin, daß die Schulfrage keineswegs eine rein parteipolitische Frage sei, sondern daß sie auch in hohem Maße die Gewerkschaften angehe, weil doch die Kinder der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bereits berufen seien, den proletarischen Klassenkampf weiterzuführen und ihre Eltern schon deshalb ein lebhaftes Interesse an der Hebung der Jugendbildung haben müßten. In seinen weiteren, recht anschaulich und gemeinverständlich gehaltenen Ausführungen ging der Referent dann hauptsächlich auf die Forderungen ein, welche die Arbeiterklasse zur durchgreifenden Verbesserung der Volksschulzustände an den Staat stellt und was sie in dieser Hinsicht vom Staat zu erwarten hat. Treffend schäuferte er dabei den klaffenden Unterschied des Lehrsystems auf den Gymnasien und in der Volksschule, wie er besonders in dem Unterricht über Religion und Geschichte zum Ausdruck kommt. In der verschiedenartigen Behandlung gerade dieser beiden Unterrichtsfächer gegenüber den Kindern der Reichen und den Kindern des Proletariats zeige sich zur Evidenz, daß der Staat und mit ihm die herrschenden Klassen die Volksschule lediglich als ein Herrschaftsinstrument betrachten, um die heranwachsenden Arbeiterkinder nicht zu selbständigen Charakteren und freien Persönlichkeiten, sondern zu unterwürfigen, autoritätsgläubigen Kreaturen zu erziehen. Da auch die Abrihtung der Lehrer auf den Seminaren nur in diesem Sinne betrieben werde, so müsse eine der Hauptforderungen des Proletariats lauten: Universitätsbildung der Volksschullehrer- und Lehrerinnen und: fort mit der Klassencheidung im Schulwesen nach Armut und Reichum.

Freilich seien die Erziehungsideale der Arbeiterklasse nur dann durchzuführen, wenn das Proletariat die entsprechende Macht dazu besitze, denn an eine freiwillige Aenderung der heutigen Volksschulzustände seitens der herrschenden Klassen sei nicht zu denken, weil diese sonst ihrem eigenen Klasseninteresse entgegen handeln müßten. Aus diesem Grunde, abgesehen von vielen anderen, müsse auch jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einsehen lernen, daß auch die politische Betätigung für ihn zur Notwendigkeit werde. Gerade aus dem Umstand, daß sich die herrschenden Klassen der Volksschule als Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft bedienen, müsse das Proletariat die entsprechende Nutzenanwendung ziehen und dahin wirken, die Volksschule zu dem zu machen, was sie sein soll: zu einer Bildungsanstalt zur freien Entfaltung der Persönlichkeit des Kindes. Dann werde auch ein proletarischer Nachwuchs entstehen mit Freiheitsdrang, Selbständigkeit und Ehrgefühl. Dieses Ideal werde für Preußen aber nicht eher verwirklicht werden können, als bis das Dreiklassenwahlrecht gefallen ist. Deshalb sei der Wahlrechtsfrage nach wie vor das Hauptaugenmerk zu widmen. Soviel siehe fest: Der Weg zum proletarischen Schulprogramm gehe über den preussischen Landtag.

Dem Referenten wurde allseitiger lebhafter Beifall gesendet. Die recht rege Diskussion bewegte sich denn auch durchweg im Sinne des Vortrages. Mehrfach wurde dabei die Aufforderung an die Anwesenden gerichtet, als Antwort auf die Schulreaktion den Austritt aus der Landesliste zu vollziehen.

Der Zentralverband der Handlungsgehülfen hatte am Mittwoch eine öffentliche Versammlung einberufen, welche Stellung nahm gegen gewisse Bestrebungen des Verbandes deutscher Warenhausbesitzer, wie sie in dem kürzlich vom „Vorwärts“ veröffentlichten vertraulichen Rundschreiben zutage traten. In dem Rundschreiben werden bekanntlich die Warenhausbesitzer aufgefordert, dem Vorstande Mitteilung zu machen von Erkrankungen und Krankheitsimulationen des Personals. — Gegen die bedrückende Unterstellung, als ob die Handlungsgehülfen Krankheiten simulieren, um den Chef zu schädigen und sich selbst den Nutzen des Weiterbezuges ihres Gehalts während der Krankheit zu beschaffen, wandte sich der Referent Julius Kaliski. Die Warenhäuser seien mehr wie die kleinen Kaufleute in der Lage, den Angestellten günstige Gehalts- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Dessen ungeachtet werde das Personal in den Warenhäusern in der weitgehendsten Weise angepannt, und es sei die selbstverständliche Folge, wenn Krankheiten, durch Überanstrengungen verursacht, eintreten. Es sei eine frivole Beleidigung der Angestellten, wenn man sie insgesamt der Simulation verdächtig halte und eine Annahme sondergleichen sei es, wenn die Warenhausbesitzer sich herausnehmen, eine Simulation als vorliegend zu behaupten, wo der Arzt eine Krankheit bescheinigt hat. Uebrigens hätten doch die Warenhausangeestellten kein Interesse zu simulieren, da ja in ihrem Anstellungsvertrage in den meisten Fällen die Vergütung des § 63 Absatz 1 des Handelsgesetzbuches, welcher die Weiterzahlung des Gehalts bestimmt, aber als nicht zwingendes Recht betrachtet wird, ausschließt. Auch werde ein großer Teil der Warenhausangestellten nicht dauernd, sondern immer nur prozweise auf drei Monate mit einjähriger Kündigung angestellt. So hätten es die Warenhausbesitzer verstanden, die sozialen Verpflichtungen, die der § 63 festsetzt, von sich abzuwälzen, sie hätten also gar keinen Anreiz, wenn Angestellte erkrankten, und trotzdem diese allgemeine Verdächtigung der Simulation. Es handle sich bei dem Rundschreiben augenscheinlich nur darum, scheinbares Material zusammenzubringen gegen die Bestrebungen, dem ersten Absatz des § 63 S. 1. den Charakter zwingenden Rechtes zu geben.

Wie gewöhnlich in Versammlungen des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen, so trat auch diesmal ein Antisemit auf, der die ebenso rüchändigen wie beschränkten Ansichten seiner Partei bezüglich der Warenhäuser vortrug, vom Referenten aber in derber Weise abgefertigt wurde. Von allen Schichten der Arbeitnehmer, sagte Kaliski, halten die Antisemiten nur die Handlungsgehülfen für so dumm, um sich für die antisemitisch-kleinbürgerlichen Bestrebungen einzusetzen zu lassen. Dabei habe die Vertretung der Antisemiten noch nie etwas für die Angestellten getan. Es gehöre die ganze Kurzsichtigkeit eines Antisemiten dazu, um Uebelstände, die sich als ein Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht der Unternehmer darstellen und durch energisches, solidarisches Vorgehen der Angestellten abgewehrt werden könnten, den Warenhäusern als einer wirtschaftlichen Erscheinung aus dem Konto zu schieben. — Nach dem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung weist im Anschluß an die Ausführungen des Referenten, die in einem vertraulichen Rundschreiben des Verbandes der Warenhausbesitzer aufgeschickte Behauptung, daß Warenhausangeestellte in zahlreichen Fällen Erkrankungen simulieren, als grundlose Unterstellung mit Entrüstung zurück. Die Versammlung erklart in dem Bestreben, für diese beschimpfende Behauptung durch vertrauliche Befragung von Unternehmern Material, das natürlich jeder Kontrolle entbehrt, herbeizuschaffen, den Versuch, den geringen Schutz, den die Handlungsgehülfen in Erkrankungsfällen bisher genießen, noch weiter einzuschränken und verlangt gegenüber diesem Treiben, daß durch reichsgesetzliche Maßnahmen schleunigst der Absatz 1 des § 63 des Handelsgesetzbuches als zwingendes Recht erklärt werde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentlich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstab und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

2. 26. Es genügt, wenn Sie in einem Interventionsprozeß beweisen, daß die Sachen bereits vor der Ehe Ihr Eigentum waren. Ein notarieller Vertrag würde noch jetzt zweifelhaft sein, den Beweis aber nicht erheben — **2. 5.** Weder Sie dürfen die Biere Ihrer Frau, noch Ihre Frau die Biere ohne Genehmigung des anderen Teils öhnen. — **Laubenkolonien.** Au Verlangen des neuen Generalpräsidenten müssen Sie räumen, können aber von Ihrem Verpächter vollen Schadenersatz (Rückgabe des Pachtzinses usw.) verlangen. — **G. R. 83.** Es steht Ihnen als Weiterverleiher frei, zu wählen, welche Klasse der Unvollkommenen Sie lieben. — **C. 2. 10.** 1. Ja, falls Erwerbsunfähigkeit vorliegt. 2. Versicherungsanstalt, Rüsscher Part. — **Schulz.** Es nichts anderes vereinbart, so steht dem Schlichter oder dem Chambregarnisten bei monatlichen Monatszahlungen frei, bis am 15. zum Erlaß (nicht umgekehrt bis am Erlaß zum 15.) zu kündigen. — **M. W. 100.** Nein. — **B. A. 56.** Ja. — **2. 24.** 1. Ja. Ein Antrag an die Steuerdeputation, der unter Schlichterung der Sachlage Erlass beantragt, kann aber genehmigt werden. 2. Ja. — **7. 10.** Sie sind für die Summe mithaftbar. Strafbarkeit scheint nicht vorzuliegen. — **7. 13. Ober-Zahnweibe.** Wenn das Haus am 1. Oktober gebrauchsfähig (nicht nur gebaut) ist, so ist der Vertrag gültig, sonst steht Ihnen Anspruch auf Schadenersatz zu. Ob Gebrauchsfähigkeit vorliegt, erfahren Sie bei der Polizeibehörde. — **Dapf Rom 1886.** 1. Sie brauchen Ihre Absicht nur dem dortigen evangelischen Geistlichen mitteilen. Die Bekräftigung, daß Ihrer Heirat nach österreichischem Rechte nichts im Wege steht, ist erforderlich. Wenden Sie sich an Ihr Konsulat. — **A. B. 55.** Zum direkten Unterhalt (nicht Zahlung von Alimenter) sind die Eltern minderjähriger solange verpflichtet, bis diese erwerbsfähig sind. — **H. G. 100.** Sie können Strafantrag stellen. — **M. W. 30.** Nein. Verlangen Sie vom Birt unter Stellung einer kurzen Frist Entwertung des Ungelesenen, drohen Sie ihm an, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf die Entwertung als keine Kosten bewirken lassen würden und führen Sie die Drohung dann durch einen Kammerjäger aus. — **Unterchied 10.** Ein Hohlraum befindet sich unter dem Eis. — **100 R. 1.** Vierz. Rosenhalesterie 57. 2. Baumgart, Schillingstr. 16. — **H. 3. 14-21 R.** und **W. 100.** — **G. R. 45.** Sie können sich an das Gericht wenden. — **C. 2.** Und nicht bekannt, wenden Sie sich schriftlich oder mündlich an das österreichische Konsulat. — **M. 2. 25.** 1. Das ist von Fall zu Fall zu entscheiden. 2. Nein. — **Tr. 2.** — **7.** Wenden Sie sich direkt an den Magistrat. — **H. R. 1906.** 1. Ja. 2. und 3. Nein. — **3. 53 R. 1.** und **2. Ja.** 3. Ja. einem Antrage auf Uebernahme in Zwangsverziehung vermögen wir nicht zu raten, da die Zwangsverziehung in der Regel mehr verschleiert als befreit und überdies die Kosten den Eltern zufallen. — **2. 37.** 1. Solange Ihre Frau ohne berechtigten Grund der häuslichen Gemeinschaft sich fern hielt, sind Sie zu Ihrem Unterhalt nicht verpflichtet. 2. Die durch ordnungsmäßigen Gebrauch entstandene Verschlechterung haben Sie nicht zu ersetzen. 3. Sie sind berechtigt, das Kind an sich zu nehmen.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Vorzugs-Preise

bis Dienstag, den 11. September cr., so lange Vorrat.

Colonialwaren

Einmache-Zucker in Broden, bisheriger Preis	23 Pf.	jetzt Pfd.	20 Pf.
Einmache-Zucker in Spitzen, bisheriger Preis	24 Pf.	jetzt Pfd.	22 Pf.
Tafel-Reis Rangoon	bisheriger Preis 18 Pf.	jetzt Pfd.	14 Pf.
Tafel-Reis Java	bisheriger Preis 23 Pf.	jetzt Pfd.	19 Pf.
Tafel-Reis Carolina-Art	bisheriger Preis 28 Pf.	jetzt Pfd.	23 Pf.
Weizengries	bisheriger Preis 18 Pf.	jetzt Pfd.	14 Pf.
Hartgries	bisheriger Preis 20 Pf.	jetzt Pfd.	17 Pf.

ZUCKER	Pfund 19 Pf.
	5 Pfd. 90 Pf.

Prima graue Essbirnen weich	3 Pfd.	25 Pf.
Aepfel gross und rotbackig	5 Pfd.	48 Pf.
Pflaumen	5 Pfd.	28 Pf.
Holländer Schlangengurken	2 Stck.	15 Pf.

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Heute
 Sonnabend, den 8. Sept. cr.
Schluß
 der 90 Pfg.-Woche.

Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsbergerstrasse • Frankfurter Allee 109-112 • Ecke Königsbergerstrasse

Gardinen, Stores, Bettdecken

Engl. Tüll-Gardinen, weiss und crème . . .	Meter	25, 38, 50 Pf.	1.10 Mk.
Engl. Tüll-Gardinen, weiss und crème . . .	Fenster	1.75, 2.95, 3.75, 5.50 Mk.	
Engl. Tüll-Stores, weiss und crème	Stück	1.65, 2.25, 2.95, 3.75 Mk.	
Erbstüll-Stores, goldfarbig	Stück	4.50, 6.50, 8.25, 9.75 Mk.	
Engl. Tüll-Bettdecken (1 Bett), weiss u. crème	Stück	2.25, 2.85, 3.50, 5.00 Mk.	
Engl. Tüll-Bettdecken (2 Betten), weiss u. crème	Stück	4.00, 5.50, 7.00, 9.00 Mk.	
Scheibenschleier, Engl. Tüll, weiss und crème	Stück	25, 48, 60, 75 Pf.	
Scheibengardinen, Engl. Tüll, weiss und crème	Meter	27, 40, 50, 65 Pf.	
Congressstoffe, weiss u. crème, glatt u. gestreift	Meter	38, 50, 65, 75 Pf.	
Cöper-Spachtel-Vorhänge, ein- u. zweltellig	Stück	1.75, 2.75, 3.25, 4.00 Mk.	
Cöper-Spachtel-Vorhänge, weiss und crème	Stück	1.85, 2.50, 3.50, 4.25 Mk.	
Rouleaux-Stoffe, gestreift, weiss und crème	11 cm Meter	60 Pf.	1.00 Mk.
Rouleaux-Stoffe, Damast, crème und altgold	Meter	80 Pf.	1.25 Mk.

Portièren, Tischdecken, Steppdecken

Portièren-Shawls, gestreift u. mit Bordüre . . .	Stück	95 Pf.	1.50, 1.95, 2.75 Mk.
Portièren - Garnituren (3 Shawls u. 1 Lambrequin), reich bestickt, in Filatuch u. Filisch	Garnitur	3.65, 4.50, 6.00, 8.25 Mk.	
Portièren - Rundstangen (mit allem Zubehör)		1.85, 2.50, 3.00 Mk.	
Gardinen-Stangen (nussbaum oder mahagoni)		27, 48, 75 Pf.	vers. 1.25 Mk.
Tischdecken, Filatuch, reich bestickt	Stück	1.75, 2.50, 3.25, 4.25 Mk.	
Tischdecken, Mohairplüsch, reich bestickt	Stück	5.00, 7.50, 10.50, 12.75 Mk.	
Chaiselonguedecken, Fantasie- u. Pernermuster	Stück	4.75, 7.25, 8.50, 10.50 Mk.	
Steppdecken, Satin, mit Seidenglanz	Stück	3.25, 4.25, 5.00, 6.00 Mk.	
Steppdecken, Satin, mit Seidenglanz, Handstepperei	Stück	6.90, 9.00, 10.50, 13.50 Mk.	
Bettdecken, Waffel, Ripa, Piqué	Stück	1.75, 2.50, 3.25, 4.50 Mk.	

Teppiche, Vorleger und Läuferstoffe

Jute-Smyrna St. 4.00, 7.50, 11.50 Mk.	Desgl. Vorleger St. 68, 85, 150 Mk.
Axminster IV Stück 4.50 Mk.	Desgl. Vorleger St. 90, 120, 150 Mk.
Axminster III St. 7.50, 11.50, 18 Mk.	Desgl. Vorleger St. 250, 375, 500 Mk.
Axminster II St. 10.50, 17.50, 24 Mk.	Desgl. Vorleger St. 275, 375, 450 Mk.
Axminster I St. 15.00, 24.00, 34 Mk.	Tapestry-Läufer Mtr. 1.75, 2-2.75 Mk.
Velour Stück 11.75, 19.50, 35 Mk.	Velour-Läufer Mtr. 3.25, 4-4.75 Mk.
Linoleum-Läufer Mtr. 70, 85 Pf., 1.05 Mk.	
Jute-Läufer Meter 30, 45, 60 Pf.	
Jute-Läufer dr. Mtr. 70 Pf., 1.05, 1.50 Mk.	

Bettstellen, Matratzen, Bettfedern

Polsterbetten mit Fernlabenzung	Stück	5.50, 6.50, 7.50, mit Drellbezug 8.75, 9.75 Mk.
Polsterbetten, Drellbezug, Sprungfedern und verstellbarem Kopfteil	Stück	13.50 Mk.
Harmonika-Bettstelle „Patent“	Stück	9.75 Mk.
Eiserne Bettstellen mit doppeltem Spiralfederboden		7.50, 8.50, 11.50 Mk.
Eiserne Bettstellen, extra stark, Rohr und Verzierung		14.75 Mk.
Chaiselongue mit prima Satin-Moltonbezug und Rollen		27.00 Mk.
Matratzen ca. 80/190 cm	Jute Drell Drell m. Indulfaserfüllung	4.75, 5.25 7.50 10.50
Strohsäcke	Stück	1.50, 1.75, 2.00 Mk.
Federn und Daunen, gereinigt	Pfund	40 Pf. bis 8.50 Mk.
Stand Betten, fertig gestopft (Oberbett, Unterbett, Kopfkissen)		15.50 bis 75.00 Mk.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Sonntag, den 9. September, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.

Tages-Ordnung: 1. Rassenbericht und Bericht der Revisionen. 2. Neuwahl des zweiten Bevollmächtigten, des ersten Kassierers, zweier Revisoren und eines Beisitzers. 3. Bericht der Kommission über die Rat-Angelegenheit. 4. An die Verwaltung gelangte Anträge. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 153/2

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Drechsler.

Montag, den 10. September, abends 7 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler Berlins

und Vororte. Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Meisterversammlung. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Kollegen! Jede Werkstatt muß vertreten sein, wo Drechsler beschäftigt sind. J. H.: A. Pattloch.

Achtung! Drechsler.

Montag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Vertrauensmännerversammlung der Drechsler.

Tages-Ordnung: Unsere Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Beschlusseführung. Hierzu sind alle in Drechslerereien sowie Tischlereien beschäftigten Drechsler eingeladen. Der Einberufer. Aug. Pattloch.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin. — Sektion I (Brauer). Geschäftsstelle Berlin C. 54, Lindenstr. 19, I. Fernsprecher Amt VII, 13837.

Sonntag, den 9. September, vorm. 10 Uhr:

Bezirks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- für Moabit u. Gesundbrunnen in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 103.
- für Norden bei Wernau, Schwedertstraße 23-24.
- für Nord-Osten bei Mann, Straußbergerstraße 3.
- für Rixdorf u. Hasenheide bei Kliem, Hasenheide 13-15.
- für Kreuzberg u. Schöneberg bei Göbmann, Kreuzbergstraße 48.

Die Erhöhung des Lokalbeitrages.

Jedes Mitglied kann nach Belieben diejenige Versammlung besuchen, die es von seiner Wohnung am bequemsten erreichen kann. In Einbetracht der hochwichtigen Tages-Ordnung ist es strengste Pflicht jedes Mitgliedes, in den Bezirks-Versammlungen zu erscheinen. 42/5 Die Zweigvereins-Verwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Bureau: Lindenstraße 215. Geöffnet von 6-1 u. 4-8 Uhr. Teleph. Amt 3, 909

Sonntag, den 9. September 1906, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale „Musiker-Säle“, Kaiser Wilhelmstr. 16 m:

Außerordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Diskussion. NB. Bei der Wichtigkeit der in Leipzig gefassten Beschlüsse ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Durch legitimiert. Die Ortsverwaltung. 64/19

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sektion der Putzerträger.

Am Sonntag, den 9. September, mittags 11 Uhr, findet unsere regelmäßige

Mitglieder-Versammlung

in Lokal von Wernau, Schwedertstraße 23/24, statt. Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zahlreichen Besuch erwartet. 46/6 Die Sektionsleitung. J. H.: Karl Bogdahn.

Die Ortsverwaltung.

Lichterfelder Kranken- u. Sterbekasse für sämtl. Ber. (E. S. 54.) Rixdorf.

Sonntag, den 9. September cr., vormittags 10 Uhr, im Restaurant Kerger, Zietenstr. 81:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Errichtung einer Verwaltungsstelle für Rixdorf und Umgegend usw. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Gäste willkommen! Zutritt nur bei Ausweis durch Jul. Thiemann, Hermannstraße 168, und im Restaurant Kerger, Zietenstraße 81. 275/16

Los nur 1 Mark.

Ziehung am 4. Oktober

Schneidemüller Pferde-Lotterie

3087 Gewinne, W. Mark:

83 000

darunter 5 komplet bespannte 4-, 2-, 1-spännige Equipagen und 47 Reit- und Wagenpferde, W. Mark

59 000

3000 Silbergewinne und 36 Damen- und Herrenfahräder, W. Mark

24 000

Hauptgewinn W. Mark

10 000

Los 4 Mk. 11 nur 10 Mk. Porto und Liste 20 Pfg. empfiehlt das Generaldebit

H. C. Kröger

Berlin SW., Friedrichstr. 250.

Zu haben in allen

Lotteriegeschäften und vielen

Zigarrenhandlungen.

Altes Schützenhaus

Lindenstr. 5

empfiehlt seine Säle.

Sonnabende

sind noch frei!

Herbst-Anzüge



Herbst-Paletots

Unübertroffene, vollendete Auswahl in aparten, reichhaltigsten Sortimenten.

Vielseitigste Ausmusterungen vornehmster Moden und Fassons.

Viele Tausende Exemplare neuester Herbst-Moden.

Viele Tausende Exemplare auserlesenster Farbestellungen.

50.—, 45.—, 40.—
36.—, 33.—, 30.—
27.—, 24.—, 21.—, 18.—

50.—, 45.—, 40.—
36.—, 33.—, 30.—
27.—, 24.—, 21.—, 18.—

15.— Mk.

15.— Mk.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes

Chausseestraße 24a/25 • 11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 29 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Größtes Spezial-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116

Kein Laden (am Oranienplatz).



Weiche Herrenhüte von M. 1.50-7.00 Stelle Herrenhüte von M. 1.25-7.00

Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.

Egros. Filzhüte, Cylinderhüte, Mützen u. Pelzwaren. Export.

Garnierte Damenhüte Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl! Einzelverkauf zu au-fallend billigen aber streng festen Preisen.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige [2008L]

Herren-Garderobe

— Ersatz für Maß. —

Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,

Große Frankfurterstraße 37, II. Eingang Straußberger Platz.

Zwei Herzen

Sie freuen sich wenn Sie unsere überraschend reichhaltige Auswahl kennen lernen.



ca. 100 compl. Einrichtungen angeordnet. An jedem Gegenstand 2 feste Preise 1 Cassapreis 1 Teilzahlungspreis.

Berlins neuestes u. vornehmstes Möbel-Kaufhaus für einfache und vornehme Einrichtungen M. Luckhardt Nachf. Spandauerstrasse 36-38 vis-a-vis Rathaus

Verkauf gegen Cassa. Auf Wunsch sehr bequeme Teilzahlungsbedingungen.

Ein grossartiger Gedanke!

Ist es daher, wenn Sie bevor Sie Möbel kaufen unsere Ausstellung besichtigen! Kein Kaufzwang.

Aufgepaßt!

Nach immer die billigste Bezugsquelle für Herren-Anzüge, Paletots u. Hosen, von Hefenden und feinsten Kanallieren angefertigt, ebenso neue, sehr solide u. modern gearbeitete, in neuesten Stoffmustern vorhandene Herren- und Knaben-garderoben. Große Auswahl in Paletots und Einlegungsanzügen. Ein großer Vorrat einzelne Radets, einzelne Westen und einzelne Hosen zu sehr billigen Preisen. Sie haben bei

Moldauer

Prinzenstraße 64

Edle Amentstraße, im Laden.

Ausschneiden!

94 Kottbuser Damm 94

Verkauf von

Militär-Hemden,

Drellhosen, weißleinenen Hosen, Tuchhosen, Litwaken, Handschuhen, Unterhosen, Mänteln etc.

Spezialität!

Militär-Stiefel und

Schnürschuh alt und neu

in großer Auswahl.

Berufskleidung für jedermann in reichlicher Auswahl! Stoffhosen, engl. Lederhosen, Manchester-Hosen, Maurer-Anzug, Socken etc. 1764L

Alles sehr billig! Feste Preise!

Der sechste Verbandstag des Photographengehilfen-Verbandes

tagte in Hannover und sohte dort eine Anzahl für die Entwicklung des Verbandes ebenso wichtige wie für die Arbeiterschaft allgemein interessante Beschlüsse.

Die Tätigkeit des Verbandsvorstandes wurde kritisiert und von mehreren Rednern lebhaft angegriffen. Es werden Klagen von fast allen Abteilungen vorgebracht, daß ihre Wünsche keine Berücksichtigung fanden, daß über diese und das Statut hinweggegangen wurde.

Nun folgten die Berichte des Verbandskassierers, des Redakteurs, der Rechtskommission und des Geschäftsführers. Das hielt ein Referat über den Ausbau der Stellenvermittlung.

In Anwesenheit des Vertreters der Generalkommission, des Genossen Sassenbach, gelangte dann der Antrag des Hauptvorstandes auf Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Veratung.

Weitere Anträge der Abteilungen werden angenommen, zum Teil durch das Statut erledigt und dem Wunsche der Abteilung Zürich Rechnung getragen.

Ein Dringlichkeitsantrag, die Geschäftsberichte des Vorstandes in Zukunft dem Verbandstag vervielfältigt vorzulegen, wird einstimmig angenommen.

Rachdem Kollege Schmelschhaus dem nunmehr seines Amtes entledigten, früheren Hauptvorstand für seine Tätigkeit gedankt, wird in die Statutenberatung eingetreten, um wenigstens die von der vorbereitenden Kommission durchberatenen Paragrafen zu erledigen.

Auch die Unterstufungssache (§ 5) werden gemäß dem Vorschlage der Kommission angenommen und bleiben demnach die Tagesjahre der alten Statuten bestehen, nur wird die Dauer von 36 Tagen auf 30 Tage gekürzt.

Die weiteren Beratungen der Statuten werden einer von der Abteilung Berlin zu wählenden Kommission und dem Hauptvorstande übertragen.

Gerichts-Zeitung.

Bermitteltes Manko Entlassungsgrund?

Die schwierige Stellung der Kassiererinnen in Warenhäusern wurde in einer Verhandlung beleuchtet, die am Donnerstag vor der 2. Kammer des Kaufmannsgerichts stattfand. Die Klägerin Selene S. war im Warenhause von H. Greifenhagen Kassiererin mit einem Monatsgehalt von 75 M.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Firma zur Zahlung von 150 M. Die Beklagte habe die Pflicht wahren lassen, die bei einem so schwierigen Posten wie dem der Warenhauskassiererin menschenmöglich sei, zumal sie nicht nur die Beträge zu kassieren, sondern auch noch die Rabatmarken zu verteilen hatte.

Sonderbare Einwände gegen jugendliche Arbeiter.

Der Inhaber der Firma Vosekel machte vor der Kammer 3 des Gewerbegerichts gegen die Lohnentschuldigungsfrage des Louisburgen M., der plötzlich entlassen worden war, verschiedene Einwände geltend.

Kündigungsausschluß, wenn Beklagter dem jungen Menschen für den Fall der Unzuverlässigkeit die Lösung des Arbeitsverhältnisses in Aussicht stelle. Auch sei sogenannte Bummeligkeit an sich noch kein Grund zur Entlassung.

Zwei Duzend arbeitswilliger Gewerkschafter

soß Genosse Grösch in Dresden als verantwortlicher Redakteur des „Vollfreunds“ durch eine Kotiz beleidigt haben, in der geschilbert wurde, wie die Hirsch-Dunderscheren-Kausreißer der Firma Gschewach in Radeberg bei einem Saufgelage einem Klempner namens Seifert Schnaps in das Bier gegossen und ihn derart betrunken gemacht hätten, daß er völlig sinnlos geworden und sich schließlich durch einen Sturz von der Treppe des betreffenden Wirtschaftes tödlich verletzt habe.

Gerechtigkeits?

1. Die Maximalstrafe von drei Monaten Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung diktiert das Schöffengericht in Duisburg einem Fabrikarbeiter R., zu weil dieser während des glänzend verlaufenen Fabrikarbeiterstreiks in Duisburg einen sogenannten arbeitswilligen beleidigt haben sollte.

2. Ein gemeiner Schwindler, der Arbeiter Martin Dabich, hatte den Fabrikarbeiterstreik in Duisburg dadurch für sich auszunutzen verstanden, daß er mit gefälschten Sammelstücken umherging und den Erlös seiner Betrüchungen nahtlich in die eigene Tasche verschwinden ließ.

Die Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung auf der Pfingstvergnügungsfahrt.

Der Hausbesitzer Karl Daus stand unter der Anklage der Majestätsbeleidigung, der Gotteslästerung und der Beschimpfung der Landeskirche vor der in Reusettin detachierten Strafkammer des Landgerichts zu Ködlin. — Der 40jährige Angeklagte ist Hausbesitzer in einem nördlichen Vororte Berlins.

Verfammlungen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am 6. September im Gewerkschaftshause eine Sitzung ab, zu der auch Vertreter der Konsumvereine erschienen waren, da unter anderem auf der Tagesordnung stand: Bericht über die Verhandlungen der Konsumvereine mit dem Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Zentralvorstand der sozialdemokratischen Partei Berlins.

Als Vertreter der Genossenschaften erhält Goppe das Wort: Aus allen größeren Deutschlands höre man fortwährend Klagen, daß die Berliner in der Genossenschaftsbewegung soweit zurückstünden. Diese Klagen seien durchaus berechtigt.

geht er näher ein, um rechnerisch darzutun, daß das Publikum auf der einen Seite doppelt gekropft werden müsse und gekropft werde, wenn es den einen oder anderen Gegenstand beinahe zum Selbstkostenpreis erstehe. Das ergebe schon die im „Konfessionär“ erfolgte Feststellung (auch vom „Vorwärts“ mitgeteilt), daß die Warenhäuser mit einem Unkostensatz von 25 Proz. rechnen, der auf die Waren geschlagen werde.

Reichstagsabgeordneter v. Elm erinnerte daran, daß in Berlin anfangs auch die Parteibewegung nicht habe vorwärts gehen wollen. Dann plötzlich habe Berlin drei Abgeordnete gewählt. Und mit der Berliner Gewerkschaftsbewegung sei es genau so gewesen; sie habe auch erst nicht vom Fleck gewollt.

Die Konsumgenossenschaften einzubürgern. Wie man nach den großen Städten Englands, Erst seien sie da verkratzt. Nachdem man aber nach Jahren mit großer Energie wieder den Versuch gemacht habe, sei etwas daraus geworden.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am 6. September im Gewerkschaftshause eine Sitzung ab, zu der auch Vertreter der Konsumvereine erschienen waren, da unter anderem auf der Tagesordnung stand: Bericht über die Verhandlungen der Konsumvereine mit dem Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Zentralvorstand der sozialdemokratischen Partei Berlins.

Genosse A. S. D. r. e. w. in betriebsleitend auf das den Delegierten zugestellte Protokoll der betreffenden Konferenz vom 4. August 1906, über die im „Vorwärts“ bereits berichtet worden ist. In jener Konferenz wurde bekanntlich beschlossen, daß eine besonders energische Propaganda zur Förderung des Konsumvereinswesens in Berlin notwendig und zu diesem Zwecke eine Kommission zu bestellen wäre, die aus Vertretern der Genossenschaften und Gewerkschaften bestehe.

Genosse Giesel: Nachdem sich die Ansichten über das, was man von den Genossenschaften erwarte, geklärt hätten, seien der Bewegung in der Partei nicht nur laue Freunde, sondern auch wirkliche Anhänger gewonnen worden. Das hätte v. Elm auch erwidern müssen.

Genosse Kayenstein trat gleichfalls lebhaft für die Propaganda zugunsten der Konsumgenossenschaften ein, wobei er der Gewerkschaftskommission das Beispiel des Hamburger Kartells zur Nachahmung empfiehlt.

In die auf der Konferenz vom 5. August beschlossene Propagandakommission delegierte die Versammlung dann die Genossen Eugen Brückner, Rudy, Giesel, A. Ritter und Derschold.

In den Ausschuss der Gewerkschaftskommission wurde an Stelle des ausgeschiedenen Bauarbeiters Heidemann der Buchbinder Schade gewählt.

Von den Gastwirtsgehülfen ist folgender Antrag eingegangen: In Erwägung, daß die Arbeitsverhältnisse der Gastwirtsgehülfen außerordentlich ungünstig sind und die Agitation für die Organisation ganz besonders erschwert ist; in weiterer Erwägung, daß festgestellt ist, daß im Gastwirtsgebetriebe Stellenwucher und Kommissionsanfragen in einer Weise ausgebreitet, wie in keinem anderen Berufe, beschließt die Berliner Gewerkschaftskommission, die Gastwirtsgehülfen in ihrem schweren Organisationskampfe dadurch zu unterstützen, daß die Delegierten in ihren Gewerkschaften dahin wirken, die Vergütungs-kommissionen, die Vorstände der Organisationen sowie die Vertrauenspersonen anzuweisen, bei Abmachungen von Vergütungen und Verammlungen die Gastwirte schriftlich zu verpflichten, organisierte Gastwirtsgehülfen zu beschäftigen, die dem Verband deutscher Gastwirtsgehülfen (Ordnungsverwaltung Berlin, Dirschstraße 30, I - Amt III 1813) zu entnehmen sind. Es ist Ehrenpflicht der berufenen Vertreter der Organisationen, sich bei Beginn der Vergütungen und Verammlungen davon zu überzeugen, ob der Gastwirt den getroffenen Vereinbarungen nachgekommen ist.

Genosse Zeiske begründete den Antrag mit den bekannten Schwierigkeiten, die der Organisation und Agitation der Gastwirtsgehülfen erwachsen und die in neuerer Zeit noch dadurch vermehrt worden sind, daß sich unter Führung von Wirten ein „Gastronomischer Verband“ gebildet habe, der die Einrichtungen des Gastwirtsgehülfenverbandes (Legitimationskarte usw.) zu Täuschungszwecken nachahme. Verschiedene Gewerkschaften seien bei Beforgung von Sälen dadurch schon hineingelegt worden. Die Herren Wirte veranlaßten zum Teil auch ihre Kollegen, sich Wahlvereinsbücher zu besorgen und sich damit als organisiert auszugeben. So läßt sich die zielbewußten Gastwirtsgehülfen gezwungen, den über die bisherigen Beschlüsse etwas hinausgehenden Antrag zu stellen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es folgten einige Mitteilungen. Im Oktober finden die Gewerkschaftswahlen zum Erfolge des ausschlaggebenden einen Drittels der Beisitzer statt. Die Gewerkschaften sollen ihre Kandidaten möglichst binnen 14 Tagen dem Ausschuss mitteilen, damit rechtzeitig festgestellt werden kann, ob sie die Bedingungen erfüllen.

In einer Sitzung am 14. September wird die Gewerkschaftskommission zur Frage der Zentralisation der Klassenstellen Stellung nehmen.

Die Färber und Färbereiarbeiter Berlins hielten am Sonnabend, den 1. September, bei Reklawski in der Andreasstraße eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der Gauleiter Franz Köhle über die wirtschaftliche Lage der Färber und Färbereiarbeiter Berlins und Umgegend sprach. In seinem einstündigen Vortrage erlebte sich der Referent seiner Aufgabe in glänzender Weise und beleuchtete die elende Lage der Färber. Er führte den Zuhörern die jämmerlichen Löhne, welche in der Branche gezahlt werden, vor Augen, und aus den wiederholten zustimmenden Zurufen aus der Mitte der Versammlung konnte man entnehmen, wie treffend seine Ausführungen waren. Stundenlöhne von 22

bis 25 Pf. sind keine Seltenheiten, solche von 30 bis höchstens 35 Pf. sind das höchste der Gefühle für Strangfärber. Um die wirtschaftliche Lage zu verbessern, werden dann natürlich Ueberstunden gemacht, und das ist es bezeichnend, daß eine Firma, die ihren Arbeitern 30 Pf. pro Stunde zahlt, für die Ueberstunden 25 Pf. berechnet. Jedenfalls, wie der Referent meinte, um die Leute, die schon eine eifrigere Arbeitszeit hinter sich haben, dafür zu bestrafen, daß sie noch länger arbeiten wollen. Er wies ferner auf die Gefahren der Infektion bei den chemischen Wäschern hin und stellte fest, daß auch hier die Löhne zu den Leistungen in keinem Verhältnisse ständen.

Im zweiten Teile seines Vortrages beschäftigte sich der Referent mit dem Vernehmen der Färber und chemischen Wäscher. Sie Halle a. Saale, welcher sich über Deutschland, Oesterreich und die Schweiz erstreckt und es in den Jahren seines Bestehens schon auf 500 Mitglieder gebracht haben will. Aus den Ausführungen der Vorstandsmitglieder dieses Vereines, welche dieselben in einer am 12. August d. J. in Berlin abgehaltenen Versammlung machten, geht hervor, was Geistes Kind dieser Verein ist. Wer etwa glaubt, ohne Streits, und mit diesen will die Vereinsleitung auf keinen Fall zu tun haben, etwas zu erreichen, der irrt wohl ganz gewaltig. Aus dem ganzen Statut geht hervor, daß dieser Verein unter dem Protektorate der Arbeitgeber steht. Als Beweis dafür führte Köhle an, daß eine Firma dem Verein 100 M. überwiesen habe und verlas in seinem Schlusswort eine Stelle aus der Zeitung des betreffenden Vereines, in der ein Chef wörtlich sagt: „Ja, wenn Sie nach Ihrem Statut handeln, so kann man seinem Personal nur zureden, Ihrem Verbands beizutreten.“ Kommentar überflüssig. Ferner führte der Referent noch an, daß der Verein von Beigeretreten den Beitrag für drei Monate mit 3 M. im voraus per Nachnahme erhoben habe. (Hoffentlich sind darauf nicht zu viele reingefallen, sondern haben kurz und bündig die Zahlung verweigert.) Die ganze Richtung des Vereines, ferner daß Reiter im Verein seien und sogar mit im Berliner Sektionsvorstand sitzen, müßte den Kollegen zeigen, daß bei diesen Leuten kein Platz für sie sei und eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur möglich ist, wenn sie sich dem Deutschen Textilarbeiterverbande anschließen.

In der Diskussion sprachen Stahl, Blume und Pinkert im Sinne des Referenten. Großmann erging sich in längeren Ausführungen. Die Frage: „Was hat der Textilarbeiter-Verband für die Färber getan?“ beantwortete er dahin, daß derselbe bis jetzt sehr wenig für dieselben unternommen habe. Er machte dann Vorschläge zu einer weiteren Agitation. Pinkert führte unter anderem aus: In der „Färber-Zeitung“, dem Organ des obengenannten Vereines, sei ein „Eingekleidet“ veröffentlicht, in dem behauptet wird, die zur Versammlung am 12. August erschienenen Sozial vom Deutschen Textilarbeiterverband hätten nach gründlicher Abfertigung unter dem Gelächter der Versammlungsteilnehmer den Saal verlassen. Demgegenüber erklärte er: Es ist eine bewusste Unwahrheit, wenn von dem Einfiederer so etwas behauptet wird. Nach Schluß jener Versammlung fand noch eine Sitzung statt und vor Eröffnung derselben forderie der Vorsitzende diejenigen, die nicht Mitglieder seien und speziell die Herren vom Textilarbeiterverband auf, den Saal zu verlassen, da ihre Anwesenheit nicht erwünscht sei. Das sei der Sachverhalt. — Ferner beteiligten sich an der Diskussion noch Köffel und Fränlein

Soppe, letztere richtete speziell an die erschienenen Damen die Bitte, unter ihren Kolleginnen auflärend zu wirken und dieselben zu veranlassen, sich unserem Verbands anzuschließen. — In seinem Schlussworte ging der Referent auf die Ausführungen von Großmann näher ein, rief demselben die großen Färbereibewegungen in Glaucha, Reetane usw. ins Gedächtnis zurück und versprach, daß seine Beizutragen, damit die Färbereibewegung in Berlin nicht einschlafe. Nachdem er nochmals auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für Jedermann. SW., Alexandrienerstr. 28. Geöffnet täglich von 5 1/2 - 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 - 1 und 3 - 6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Berein ehemaliger Gütergüter und Bucher zur Befämpfung der Tuberkulose. 9 Uhr im Rasthof, Kaiser Wilhelmstr. 18m.
Chorverein Charlottenburger Buchdrucker. Sonntag, den 9. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3; Vortrag: „Freiwillige Gemeinnützigkeit.“ Sonntag, den 9. September, vormittags 10 1/2 Uhr im Rathsaal (Eingang Lindenstraße), Saal 109; Versammlung, freiwillige Beteiligung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Prof. Dr. A. Gebhardt über: „Was wir achten und pflegen müssen.“ Herren und Damen als Gäste sehr willkommen. — Montag, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Sebaltskirchstr. 39; Beschlüssende Versammlung (nur für vollberechtigte Mitglieder mit weicher Quittung).

Sozialdemokratischer Diätikerklub Freie Zusammenkunft. Heute Sonnabend, pünktlich 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Zimmer 16; Sitzung.

Berein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend. Abt. VIII. Heute Sonnabend, den 8. d. M., abends 8 Uhr, bei Friedrich Witz, Kristianstraße, Ecke der Schulstraße; Versammlung.
Die Abteilung Lichterberg-Nummernberg des Vereines der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend hält heute Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Seckelau, Nummernberg, Goethestr. 9, eine Versammlung ab. Die Karten und Gewerkschaftsgeldern werden gegeben, ihre Köhne und Löhne auf diese Versammlung aufmerksam machen zu wollen.

Vermischtes.

Wieder ein Eisenbahnunfall. Der Pariser Schnellzug stieß gestern nachmittags bei der Einfahrt in den Hafenbahnhof Dieppe so heftig auf einen Brellbock, daß zahlreiche Reisende, die im Aussteigen begriffen waren, auf den Bahnsteig stürzten. Gegen 20 Personen haben Verletzungen davongetragen.

Waldbrände. Beim italienischen Städtchen Tronofine wütet ein großer Waldbrand. Das Feuer hat auch das Dörfchen San Michele ergriffen, das wahrscheinlich verloren ist. Militär versucht vergeblich, dem Brande Einhalt zu tun. — Paris, 7. September. In Grenoble dauern die Waldbrände fort. In der Nähe der Stadt sieht ein Waldbestand in der Ausdehnung von mehreren Kilometern in Flammen. Mehrere Truppenabteilungen sind zur Löschung des Feuers abkommandiert.

Die liebe Polizei.

Franzenöbald, 7. September. Der Polizeikommissar Ulrich aus Seib in Bayern hat sich angeblich wegen Unterschlagung von Amtsgeldern erschossen.

Für den Inhalt der Anzerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonabend, 8. September. Anfang 7 1/2 Uhr.

Opernhaus. Samson und Dalila. Schauspielhaus. Goldfische. Neues Opernhaus. Geschlossen. Deutsches. Ein Sommernachts-traum.

Westen. Der Opernball. Anfang 8 Uhr.

Vossing. Rosmersholm. Vortrag. Der Freischütz. Berliner. Sperlhof Holmes.

Schiller O. (Waller-Theater): Hasemanns Töchter. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häußel-Theater): Weh' dem, der lügt!

Neues. Sganarell. Der bürgerliche Edelmann. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Metrop. Die Hölle des Löwen. Trianon. Die Rotbrüder. Spieltheater. Spanienliebe. Zentral. Der Fingerring. Kleines. Ein idealer Gatte. Carl Welh. Adele. Deutsch-Amerikanisches. Im milden Westen.

Walhalla. Spezialitäten. Metropol. Auf ins Metropol. Das Neue Bild. Spezialitäten. Thalia. Wenn die Bombe platzt. Usien. Rosenmüller und Finke. Refus. Alexander der Große. Festes Caprice. Der General-Konul. Sünden der Väter. Wintergarten. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

Sternwarte. Javalienstr. 57/52. **Ferdinand Bonns Berliner Theater.** Heute und folgende Tage: **Sherlock Holmes.** Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater. (Cyrette). 8 Uhr: Zigeunerbaron. Sonntag 3 Uhr: Zigeunerbaron. Abends 8 Uhr: Fiesermaus.

Luisen-Theater Reichenbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: **Rosenmüller und Finke.** Sonntag nachm.: Hochzeit v. Salent. Abends: Eine Nacht in Berlin. Montag: Rosenmüller und Finke.

Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr **Die Höhle des Löwen.** Schwan in 3 Akten v. M. Demmequin und P. Althaus. Gaston Chalandry: Mich. Alexander.

Neues Theater.

Heute abend 8 Uhr: **Sganarell.** Der bürgerliche Edelmann. Sonntag u. Montag: Frost im Frühling. Dienstag zum erstenmal: Eine — Der Stammgast. Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.

Am 72. Male: **Ein idealer Gatte.** Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtaeyl. Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte. Montag: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.

Heute abend 8 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.** Sonntag nachmittag und abends: Hoffmanns Erzählungen. Montag zu volkstümlich. Preisen: Hoffmanns Erzählungen.

Lortzing-Theater

Bella-lianacostr. 7/8. **Der Freischütz.** Abonnement gültig. Morgen Sonntag nachm. 3 Uhr: Zar und Zimmermann. Abends 7 1/2 Uhr: Der Troubadour.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: **Spanienliebe.** Nachm. nachm. 3 Uhr: Der Familiengast.

Deutsch-Amerikanisches

THEATER, Köpenickerstr. 67-68. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philippus: **Im wilden Westen.** Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Ueberr großen Teich.“

Metropol-Theater

Henry Bender. Josef Giampietro. Fritz Massary. **!Auf — in's Metropol!** Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollander. **Anfang 8 Uhr.** Rauchen überall gestattet.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger** Anfang Sonntag 8. Sonntag 7 Uhr.

Stettiner Sänger

Anfang Sonntag 8. Sonntag 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Waller-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: **Hasemanns Töchter.** Volkshaus in 4 Akten v. A. W. Arrange. Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Frau Inger von Oestrot.** Montag, abends 8 Uhr: **Frau Inger von Oestrot.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Witz, Th.) Sonnabend, abends 8 Uhr: **Weh' dem der lügt.** Lustspiel in 5 Akten v. F. Grillparzer. Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Jugend.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Hasemanns Töchter.** Montag, abends 8 Uhr: **Hasemanns Töchter.**

Castans Panopticum Friedrichstraße 165. **Schreckenskammer — Hennig** 1892. **Berliner Allerlei.** Volkstümliche Vorträge aller Art.

Apollo-Theater

10 Uhr! **Größter Lacherfolg!** **Berlin im Omnibus.** Im zweiten Bilde: **Der Omnibus-Teufel.** Vorher 8 Uhr: Die erstklassigen neuen Attraktionen.

Carl Weiß-Theater.

Or. Frankfurterstr. 132. **Vorlesung Woche!** Täglich 8 Uhr: **Adele.** Sonntag, 9. Sept., nachm. 3 Uhr: **Adele.** Kleine Preise. Im Garten täglich: **Spezialitäten - Vorstellung.** Anfang 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16. **Größer Lacherfolg!** **Der Vetter in tausend Aengsten.** Lebensbild in 4 Akten v. Rod. Benedt. Vorher: **Der Weg durch's Fenster.** Anf. 6 Uhr. Kaffeeküche 3 Uhr. Volk. Bei schlech. Wet.: Vorstell. im Saale.

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 58. Heute Sonnabend, 8. September cr.: **Geschlossen.** Morgen Sonntag: **Eine Gefallene** oder: **Ein Kind der Liebe.** Volkshaus mit Gesang in 3 Akten von Schwarz Reisingen. Außerdem das großartige September-Spezialitäten-Programm. II. a.: **Paul Coradnl.**

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20 am Rosenthaler Tor. Nur eine Stimme des Lobes berührt über **Chevalier Thorn.** „Im Traumlande“. **Adele Moran** Soubretten-Diva vom L. I. Josef-härdter Theater in Wien. **8 Germanias** Damen-Orchester in seinen schönsten militärisch. Evolutionen. **13 erstklassige Spezialitäten.** Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gest.

Rixdorfer Theater

Bergstr. 147. Leitung: Julius Türk. **Eröffnungs-Vorstellung** Mittwoch, den 19. September cr. **Beginn der Volksvorstellungen** Sonntag, den 7. Oktober.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater 8 Uhr: **Der jüngste Ausbruch des Vesuv.**

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 5 Uhr: **Großes Militär-Doppel-Konzert.** Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater.

Gastspiel **Josefine Dora** in der Komödie **„Riecke“** mit dem Schlager **„Emil du bist eene Pflanze“.** Außerdem **14 erstklassige Spezialitäten!**

Kasino-Theater

Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr **Alexander der Große** von Emil Thomas und Adolf Selig. Vorher das Eröffnungsprogramm. Sonntag nachm. 4 Uhr: **Madame Bonivard.**

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhaarder Allee 148. Täglich: **Vorstellung und Tanz.** Neue Spielfolge. **Figliola. X Jean Hofer.** **Crown Dolly** mit letzter unkomischen Pierlante. Täglich: **Großer Tanz.** Anfang 4 1/2 Uhr. X Eintritt 30 Pf.

Gustav Behrens Theater.

Berlin O., Frankfurter Allee 85. **Kolossaler Erfolg** des sensationellen neuen **September-Programms.** 22 Nummern. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9. Täglich: **Zwischen Himmel u. Erde** Großes Ausstattungsstück. **The Three Spoons,** Jongleur-Pantomime. **In der Küche.** Spezialitäten. X Ball. Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Dehm- u. Bellermannstr.) Täglich: **Konzert, Theater u. Spezialitäten.** Das neue September-Programm. Gebr. Marconi, Henry Sago, Monte Christo, der Reichenhölzer; Kascha Rosaka. **'s Eiserie.** Niederst. in 1 Akt von J. Neill. J

Kolossaler Erfolg

des sensationellen neuen **September-Programms.** 22 Nummern. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

Einsegnungs-Anzüge



ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochelegant u. tadellos sitzend. Beste Verarbeitung. Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.

- Die Preise sind je nach Größe.
- Anzüge in Satin-Kammgarn von 12 M. an
 - Anzüge in Rips-Kammgarn von 15 M. an
 - Anzüge in schmalgeripptem Kammg. od. Kammgarn-Cheviot von 17 M. an
 - Anzüge in Rips-Kammgarn oder Satin-Kammgarn . . . von 20 M. an
 - Anzüge in Corsow-Kammgarn . . . von 22 M. an
 - Anzüge in sehr gut. Kammgarn-Cheviot oder Ripskammgarn von 25 M. an
 - Anzüge in feinstem Tuch-Kammgarn oder hocheleg. Twill von 30 M. an

Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung und zu streng festen Preisen statt.
Carl Stier
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
Berlin SO. Oranienstr. 166.
Berlin W. Potsdamerstr. 113a.
Potsdam, Nauenerstr. 23.
Nach außerhalb sende Muster und Maßanleitung.

Hurra! Eingetroffen

sind große Posten Herren-Anzüge und Paletots. Zur Eröffnung der Winter-Saison bringen die weltbekannten Konfektionshäuser



- Herren-Anzüge, Marke Blitz 6.90 8.50 9.75 12.50 Mk. bis zum feinsten
- Herren-Paletots, Marke Blitz 7.40 8.75 10.25 12.75 " " "
- Herren-Rosen, Marke Blitz 1.40 2.20 3.30 4.10 " " "
- Sin Posten eleganter Winter-Paletots mit gestepptem Futter von 13.50 Mk. an.



Gr. Frankfurterstr. 137 Chausseestr. 80 Rosenthalerstraße 9
zwischen Koppen- u. Fruchtstraße. Ecke August-Straße 41.

Vor Täuschung gleichlautender Firmen wird gewarnt.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das dritte Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Räumungs- und Verkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt; Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 uvm. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125, nahe Koppenstr.

Tüllbedecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 uvm. Vordachgardinen, weich, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus.

Räumungs- und Verkauf! Möbelstoffe, Möbelstücke und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.

Japanner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 18188*

Große Posten echte Plüschteppiche mit Reatern, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 18188*

Räumungs- und Verkauf! Einen Posten Tüllbedecken 1,95, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,25 uvm. 18208*

Blüschbedecken, wert das Doppelte: jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00: 10 Proz. Rabatt. 18218*

Stieppdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85. 18228*

Tuch- und Wollvorhänge mit Querbedachung 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 uvm. mit 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125, Hallestraße nahe Koppenstr. 18238*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 17

Bettenlagerer. Gardinenverkauf, Stieppdecken, sportlich Plüschbedecken Weidenweg neunzehn. 742*

Bauernbetten. Gardinenverlag, Kustentischische, sportlich Weidenweg neunzehn. 742*

Brautbetten, Bettinette, Gardinenverlag, Tischdecken, Teppiche, Raumverleget, Weidenweg neunzehn. 742*

Bettenverkauf. Wanduhren, Taschenuhren, Uhrketten, Festgefeste, Plüschbedecken Weidenweg neunzehn. 742*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichgeschäft, Dadescher Markt 4, Babubel Straße. 206/14*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstr. 28, Stahlstr. 40. 16638*

Biederbetten. Stand 10,50, große 15 Mark, Bälche, Gardinen, Teppiche, Federn, Uhren, Goldschmuck, sportlich Plüschbedecken Kälcherplatz 7.

Kinderwagen, Kinderbestellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt sportlich. Schneider, Kurparkstr. 172. 9625*

Geschäftsbetrieb. Auerst Babl, 50,00, Holz, Kammernstr. 39 b.

Herrenrad, Damenrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstr. 36 b. 18148*

Stieppdecken billigst Hebril Große Frankfurterstr. 9, parterre. 742*

Restaurations sofort zu verkaufen, Vormann, Kitzdorf, Böhmische Str. 48, Mühladen. 7119*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gedrucktengänge von 12,00 an, Brads von 2,50 an, sowie für fertige Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Wandlungen verteilte Sachen, kauf man am vorzüglichsten bei K. H. Kaufstr. 14. 10375*

Partikel. Zahlstellen, Vereine frankfurter 1600 Mark zu verkaufen Anglerstr. 5. 10925*

Hochovernahme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 28,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Verlandhaus, Jägerstr. 63, 1 Treppe.

Möbelräumungs-Verkauf. In meiner Möbelfabrik (Annenstr. 15 am Halleschen Tor, neben viele Wohnungs-Einrichtungen, verließen gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigen Preisen. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. Ich liefere gebogene Einrichtungen für 200, 300, 400 Mark, hochelegante 500 bis 10 000 Mark. Bestenfalls empfehlenswert ist der große Vorrat verließen gewesener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleider- und Sofa mit Aufsatz 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschelsofa 25, Vertikal 34, Säulenarmen 36, Kuschelgarnitur 105, Kuschelbettstelle mit Matratze 36, gefülltes Büffet 115, Vaseisella 80, Schreibtisch 28, englische Schlafzimmern, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Geleistete Möbel werden drei Monate kostenfrei ausbezahlt, durch eigene Gespanne geliefert. Wasserdruck gratis. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. 17998*

Teppiche mit Gardinenfabrik niedrigerlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 742*

Restaurations, Fabrikgeschäft, höhere Existenz, in Konfektionsgeschäft sofort zu verkaufen. Rag Eising, Bernauerstr. 101. 18258*

Monatsanzüge, Sommerpaletots von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Bauj Jänsch, nur Rosenhägerstr. 10. Kein Laden. Habe keine Füllien. 289/4*

Gaslocherhaus! Zweislocherlocher! 3,00. Geschlossene Gaslocher! 5,00. Gasheizapparate! Gasplättchen! 3,00. Dreiflamme Bronze-gaslocher! 1,00. Gasgaslocher! 1,00. Schenkelstühle! sportlich. Behlauer, Wallnerstr. 32 (Beleuchtungshaus). 17908*

Abfrierlampen von 8,00 bis 100,00. Gartenbrunnen aller Art, Schläuche, Erdbohrer umsonst, Pumpen, wahl. Aderstr. 81. 18228*

Bergütigung bis 15,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft, nachweislich. Täglich Systeme. Alle Maschinen in Zahlung. Postkarte. Brauer, Tüfstr. 90. 742*

Brautleute! Nur Grünerweg 81, Spinden, Spiegel, Sofa, bessere Bettstellen, weiche Matratzen, enorm viele Auswahl vollständiger Wohnungs-Einrichtungen, belannt billig! Hermann Dornbach. 17158*

Gasföhrer, Petroleumföhrer ohne Anzahlung, Woche 1,00. Kiefenlager. Böttcher selbst - Vorlagenerstr. 32 (Stadtbahn, Hochbahn: Barföhrerstr.). 17888*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Füllien. 16838*

Teppiche, Gardinen, Wanddecken, Sofastoffe, Stieppdecken, Ausfertstoffe, Kuschelsofa, Brautbetten, sportlich billige Gelegenheiten Potsdamerstr. 100, Pöcher. 17458*

Kleiderpind 20 Mark, Kommode 21, Bettsofa 29, gemietetes Kleiderpindverkleid, modern 40, Säulen-schrank 54, Garderobenschrank 38, Kuschelsofa 21, Kuschelbett 27, Schlafsofa 28, Kuschelbettstelle, englische Schlafzimmern, Küchenschemel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Weststr. 81. 155/19

Bringend Rindbaumpind, Kuschelbaumpind, 38,00, Kuschelbaumpind 18b, parterre rechts. 10905*

Kinderkrabbelstühle, neu, billig verlässlich Grüner Weg 50/51, Tel. I.

Restaurant, Vorgarten, Regeldahn, schöne Wohnung, billig zu verkaufen. Wilmersdorf, Schrammstr. 10. 7140

Radfahrer (20), Einlegungs-Anzug, Grammophon mit Platten verlässlich Wilmersdorf 37, Lokal.

Schmuckgeschäft, acht Jahre bestehend, verlässlich, Erfragen Expedition Wilmersdorfstr. 3. 743*

Gemüsegeschäft, Obst, Materialwaren mit Rolle, 13 Jahre bestehend, verkauft sofort billig Pariserstr. 47.

Sofa, Bett mit Matratze, Schüge, Kitzdorf, Friedelstr. 21 IV. 7119

Hunkendelhaber Kuschelbaum wie neu, Sofa, Kuschelbaum, Verschlebens, Sportpreis. Pantow, Drehmeisterstr. 52, Hauswirt. 10665*

Kücheneinrichtung billig zu verkaufen. Götter, Vorlagenerstr. 41, angustreihen Sonntagvormittag. 7100

Piano, kreuzsaitig, 140,00, Turmstr. 8, parterre. 155/20

Vandleihe, Prinzenstr. 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 16678*

Verein! Saal, Vereinszimmer Sonnabend frei. (Weidner!) Klubhaus, Annenstr. 16. 244/13*

Altes Kleiderpind, Schlafsofa, Küchenschemel, kauft Verwalter, Pall-ladenstr. 95. 155/8*

Aufpöhrerung, Bettmattchen 4,00, Sofa 5,00, auch auöerm Hause. Postmann, Neue Königstr. 30, 244/17

Tanzunterricht! Gruppe, Annenstr. 16, zweimonatliche Anlänger-Sonntagskurse. Herren 4,00, Damen 3,00 monatlich. Spezial Balkenunterricht. 244/12

Handwäscheri. Laten, Bettwäsche, Leibwäsche 10 Pfennig. Ohne schärfe Mittel. Trockene im freien. Abholen nach Wunsch. Rede, Köpenick, Gartenstr. 15. 10865

Vereinszimmer frei Pariserstr. 47, Kaufeldt. 743*

Klavierspieler Sonnabend, Sonntag verlangt Mr. Stahlstr. 69.

Provisions-Reisende, welcher Gastwirte und Preise besucht, verlangt. Fahren engros. Offerten erbitte. R. 2. Hauptexpedition dieses Blattes. 10385

Beleuchter zum sofortigen Antritt gesucht. Meldungen 7 bis 8 Uhr abends. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestr. 1/2. 18328*

Tüchtige Arbeiter für Bau und Möbel sucht Tischlerei, Tellowstr. 53. 10975

Mahenschneider, geübt an der Kreiseläge, der auch zusammensehen kann, suchen sofort Gebrüder Schniger, Ritterstr. 71. 10895

Marmorsteiner verlangt Graf, Steglitz. 211/12

Botenfrau findet sehr lohnende Beschäftigung (Tour Wilhelmstr.). Meldungen Schützenstr. 22. 155/10*

Jackets- und Rockarbeiterin auöerm Hause verlangt Pajay, Holzmarktstr. 72. 10985

Sortiererinnen verlangt Gustav Schröder, Hochstr. 43. 9935*

Tuchreinerinnen verlangt Gustav Schröder, Hochstr. 43. 9945*

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung (Tour Wilhelmstr.). Meldungen Schützenstr. 22. 155/10*

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Schiffbauerdamm 1.

2 Lehrlinge verlangt gegen Vergütung zum 1. Oktober. 211/11
Cregel- und Cröcherfabrik Levetowstr. 23.

Deutsch. Buchhinderverband (Zahlstelle Berlin).
Folgende Firmen sind, weil Einzahlungen nach dem abgelaufenen Verträge nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt:
Xaver Külle, Reichenbergerstr. 26.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstr. 16.
F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Ad. Schob, Sülzamerstr. 19 und Dejanerstr. 14.
Karlsonfabrik Ad. Lesser, Kranstr. für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma **Aloys Sak,** Reanderstr. 4.
Vor Arbeitsaufnahme in den Verbandsbetrieben, auch durch den verlässlichen Sachverständigen ist Information am dem Bureau, Engelstr. 15 II, Zimmer 21, einzuholen. 24/12 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Töpfer!
Der Bau Auguste Victoria-Klee, Ecke Schillingstr. in Reinickendorf, Werk des Bauereimeisters Gust, ausführender Töpfermeister Karl Rodlich, ist wegen Lohnsfall gesperrt. [201/14 Die Verbandsleitung.

Achtung! Achtung! Schildermaler!
Gesperrt sind folgende Firmen:
Otto Grund u. Co., Wassergr. 3
Paul Voigt, Neue Königstr. 42
V. Schmiedel, Köhlerstr. 28
V. Kaufmann, Neue Friedenstr. 4
V. Rönning, Straußbergerstr. 12
V. Teichert, Auguststr. 21
V. Boret, Wolkenmarkt 1
V. Gausler, Alexandrinenstr. 45
V. Rogosch, Herderstr. 17
V. Teuch, Brunnenstr. 29
V. Sonntag u. Co., Rosenhägerstr. 9
V. Rumpf, Pirnitzer. 154a
V. Spilnius, Neue Schönhauserstr. 12
N. Spilnius, Bismarckstr. 7
Frechner (Znd. Glas), Alt-Reinickd. 114
Hühner, Neue Köhlerstr. 15
Grünlein u. Gottlieb, Prinzenstr. 43
Weiche, Friedenstr. 16
Zugung ist fernzubalten!
Arbeitsnachweis nur Ballstr. 36.
Die Verwaltung.

Achtung! Achtung! Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von **Holl & Co., Hindenburgstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. 141/16*
Zugung ist fernzubalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Partei-Angelegenheiten.

Königs-Wusterhausen. Am Mittwoch, den 12. September, abends 8 Uhr, findet bei Wedhorn die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Erheben eines jeden Genossen ist Pflicht. Gleichzeitig sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein am Sonntag, den 9. September, in dem gepflanzten Solal von Köchel ein Sommerfest abhält. Das festliche Zeichen dieser Zeute zur Genüge. Daß kein Parteigenosse dahin geht, ist selbstverständlich.

Neuenhagen an der Ostbahn. Am Sonntag, den 9. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Saale des Gastwirts Alfred Schulz in Nadebrück eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Wofür kämpfen wir?“ Referent: Genosse Mietzke-Berlin. 2. Diskussion. Um recht zahlreiche Beteiligung eruchtet Der Vorstand.

Schönwalde in der Mark (Bezirk Pankow). Am morgigen Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr findet im Restaurant von Schulz, Schönwalde, die Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Bernuth-Berlin über: Kapital und Arbeit. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Regen Besuch erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

„Anatomieleichen“.

In den alljährlichen Verwaltungsberichten des städtischen Kuratoriums für das Bestattungswesen wird regelmäßig auch mitgeteilt, wieviel Arbeit der Leichenverbrennungsofen zu leisten gehabt hat, der bei der Leichensammelstelle in der Diefelmeyerstraße besteht. Verbrannt werden dort nicht ganze Leichen, sondern nur Reste, die von den in der Anatomie zerstückelten Leichen übrig bleiben, und Körperteile, die Kranken amputiert wurden. Auch zerstückelte Leichen, deren Individualität noch erkennbar ist, werden nicht verbrannt, sie werden vielmehr gleich anderen Leichen in der Erde beigesetzt. Die zur Verbrennung bestimmten Körperteile und Leichenreste werden teils in Kisten, teils in Särgen in den Verbrennungsofen eingeführt. Der neueste Bericht des Kuratoriums erzählt uns, daß im Etatsjahr 1905 dort 381 Kisten von je 2 Zentner Gewicht und außerdem 30 Särgen eingekäschert worden sind. Von wie vielen Verstorbenen die Leichenreste herrühren, wird in dem Bericht nicht gesagt. Die Annahme, daß nur in den 30 Särgen sich Reste zerstückelter Leichen befunden hätten, die 381 Kisten aber nur mit amputierten Körperteilen gefüllt gewesen seien, wäre (wie aus dem Bericht ersichtlich ist) falsch. Es werden ja auch nicht in den Berliner Krankenhäusern soviel Glieder amputiert, daß man in einem Jahre hieraus 762 Zentner zusammenbekäme.

Die Frage, wie viele Leichen alljährlich in der Anatomie so gründlich zerstückelt werden, daß ihre Individualität völlig verloren geht, ist nicht ganz nebensächlich. Doch wichtiger noch ist freilich die andere Frage, wo die Anatomie all die Leichen herkriegelt, die dort zerstückelt werden. Wir hätten nichts dagegen einzuwenden, daß sämtliche Leichen, von derjenigen eines heimlos auf der Landstraße umgekommenen Bettlers bis hinauf zu den erlauchtesten Leichen der in seidenen Kissen verstorbenen Throninhaber, zu Studienzwecken hergegeben werden müßten. Aber solange es so etwas nicht gibt, wird man sich nicht wundern dürfen, daß niemand gern die Leichen seiner Angehörigen in der Anatomie zersehen und die einzelnen Teile wer weiß wohin verschleppen lassen mag. Wir haben einmal nachgewiesen, daß die Anatomie mitunter auch eine Leiche kriegen kann, die eigentlich nicht dazu bestimmt war, zerstückelt zu werden. Wenn Dir ein Angehöriger in einem Krankenhaus unerwartet stirbt und ein Krankenhauswärter bei der Abführung der Todesnachricht zufällig seine Gedanken nicht zusammennimmt, so daß die Nachricht als unbestellbar zurückgeht, so kann Dir's passieren, daß Du bei Deinem nächsten Besuch erfährst, der Kranke sei inzwischen gestorben, die Leiche sei an die Anatomie abgeliefert worden, man habe sie dort zerstückelt, ihre Reste seien zusammen mit den Resten anderer Leichen verbrannt worden, die Asche habe man auf dem Friedhof zu Friedrichsfelde vergraben, eine besondere Grabstelle könne man Dir dort nicht zeigen. Diese Schilderung klingt wie ein Phantasiestück, fast wie ein Stück aus dem Tollhaus, aber sie ist leider nächtliche Wirklichkeit.

Wohl infolge der Mitteilungen, die hierüber im „Vorwärts“ veröffentlicht worden sind, wird in dem neuesten Bericht des Bestattungskuratoriums den Angaben über ein zwischen der Anatomie und der Stadtgemeinde bezüglich der Bestattung von Anatomieleichen getroffenes Abkommen der Satz angefügt: „Die Verantwortung und Entscheidung darüber, ob Individualleichen oder nicht mehr individualisierbare Leichenteile zu bestatten sind und hiernach die Erd- oder die Feuerbestattung vorzunehmen ist, hat die königliche Anatomieverwaltung auf Grund ihrer sachverständigen Kenntnis und Erfahrung sowohl der Staatsaufsichtsbehörde als auch der Stadtgemeinde Berlin und dem Publikum gegenüber übernommen.“ Nun, das verheißt sich ja von selber, und das Kuratorium hätte wirklich nicht ernstlich nötig gehabt, in dem Bericht hierauf hinzuweisen. Das Bestattungskuratorium sollte lieber mal mitteilen, unter welchen Umständen eine Leiche überhaupt an die Anatomie abgeliefert werden darf bezw. muß, und wer hierüber zu entscheiden hat und hierfür die Verantwortung übernimmt. Oder vielleicht könnte über diesen Punkt sich besser die Krankenhausdeputation äußern. Möge sie einmal in ihrem Vermittlungsbericht die hierfür geltenden Bestimmungen veröffentlichen, damit die Bevölkerung genau erfährt, was man für seine in Krankenhäusern verstorbenen Angehörigen eventuell zu gewärtigen hat.

Der Winterfahrplan Groß-Berlins liegt jetzt in seiner endgültigen Gestalt vor. Ueber die in Aussicht stehenden Zugvermehrungen wird uns in Ergänzung unserer früheren Mitteilungen noch folgendes berichtet: Auf der Stadtbahn werden vom 1. Oktober dieses Jahres ab drei neue Züge verkehren, und zwar: Warschauerstraße ab 12.40 nachts (nach Vichtenberg-Friedrichsfelde), Vichtenberg-Friedrichsfelde ab 11.26 vorm. und 9.36 nachm. (nach Charlottenburg). Auf dem Nordring sind für den Werktag, insbesondere den Arbeiter-Verkehr die folgenden acht neuen Züge vorgesehen: Gesundbrunnen ab 5.10, 5.28, 5.50 vorm. und 6.20 nachm. (nach Weihensee), Weihensee ab 5.51, 6.08, 6.21 vorm. und 7.08 abends

(nach Gesundbrunnen). Auf dem Südring wird ein neuer Nachtzug eingelegt, der von Hermannstraße 1.07 abfährt und 1.26 nachts auf dem Schleißchen Bahnhof endet. Die Züge zwischen Grundwald (Stadtbahn) und Grünau werden um vier vermehrt: Charlottenburg ab 12.38 und 1.38 nachm. (nach Nieder-Schöneweide-Johannisthal), Nieder-Schöneweide ab 1.58 und 2.58 nachm. (nach Warschauerstraße bzw. Charlottenburg). Auf den Strecken Berlin-Tegel und Berlin-Bernewalden werden, wie schon kurz gemeldet, ebenfalls mehrere neue Züge verkehren; sie gehen ab Stettiner Vorortbahnhof 1.00 nachts, Tegel an 1.32, ab Tegel 1.50, an Berlin 2.22 nachts; Schleißcher Bahnhof ab 10.50, Bernewalden an 11.45 vorm., Bernewalden ab 12.10, Schleißcher Bahnhof an 1.05 nachm. Der Zug 682 (bisher 680) wird 1 Stunde 53 Minuten später gelegt: Bernewalden ab 6.45, Berlin an 7.40 vorm.

Der gestrigen Magistratsitzung lagen mehrere Eingaben wegen Aufhebung der Berliner Jahrmärkte bzw. Verbeibaltung dieser vor. Die eine Eingabe war vom Bunde der Handel- und Gewerbetreibenden an den Polizeipräsidenten wegen gänzlicher Aufhebung der Märkte gerichtet und von diesem an den Magistrat weiter gegeben worden. Die Händler u. a. hatten eine entgegengesetzte Eingabe an den Magistrat gerichtet. Der Magistrat hat die Aufhebung der Märkte abgelehnt. — Die Toren für den Abbruch der alten Waisenskirche an der Ecke der Neuen Friedrichstraße und Waisenbrücke sind vom Magistrat genehmigt und soll nunmehr mit dem Abbruch der alten Kirche und dem Neubau des Verwaltungsgebäudes für die städtischen Werke begonnen werden. Ferner wurden die Pläne für eine direkte Zufahrt zur Pumpstation in der Schornhorststraße durch das dortige Schulgrundstück genehmigt. Die Ausführung wird von der Schulverwaltung selbst übernommen. — Am 17. d. M. findet die feierliche Einweihung des neubauten Rudolf-Virchow-Krankenhauses statt, zu der vom Magistrat an die Stadtverordneten sowie Behörden Einladungen ergehen werden.

Von der Universität sind den Studenten Martin Voelkel (theol.), Ludwig Lewifohn (mod.) und Arnold Euden (phil.) je ein städtischer Preis für die von ihnen gelieferten Preisaufgaben zuerkannt worden.

Die Einweihung des Virchow-Krankenhauses. Das neue vierte Krankenhaus der Stadt Berlin, das Rudolf Virchow-Krankenhaus, ist jetzt seiner Vollendung so nahe gerückt, daß es am 1. Oktober in Benutzung genommen werden kann. Die Eröffnung selbst findet ohne jede Feierlichkeit dadurch statt, daß eine größere Anzahl Betten belegt wird. Dagegen soll, wie gemeldet wird, beschlossene worden sein, das Rudolf Virchow-Krankenhaus durch eine größere Feier am Mittwoch, den 17. Oktober einzuwöhnen. Einladungen, die vom Oberbürgermeister ausgehen, sollen nicht nur an Mitglieder der städtischen Behörden, sondern auch an die Spitzen der in Betracht kommenden Staatsbehörden ergehen, an das Kultusministerium, die Universität und Vertreter der medizinischen Wissenschaft. Die Festteilnehmer werden Gelegenheit haben, einen erheblichen Teil der richtigen Krankenzahl bereits im Betriebe zu sehen und so einen vollen Eindruck von der Zweckmäßigkeit und künstlerischen Ausgestaltung der gesamten Anlage gewinnen können.

Bürgerliche Zeitungsschreiber haben glücklicherweise herausgefunden, daß auch in der Familie des zweiten Kaiserjohannes, des Prinzen Siegel, der Storch bald einschlagen wird und beilen sich nun, dieses bevorstehende Familienereignis in die Welt hinauszuposaunen. Sie wissen sogar, daß das Ereignis im Dezember eintritt. Was das andere Leute angeht!

Zur Bierfrage.

Die Antwort der Ringbrauereien (Vaherisch-Bier) auf das Ultimatum der Gastwirteversammlung bei Keller ist jetzt erfolgt. Sie enthält eine glatte Ablehnung des Angebots neuer Verhandlungen. Das Schreiben des Vereins der Brauereien, das an den Hauptvorstand des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut:

„Auf Ihr gest. Schreiben vom 20. v. M., das erst am 1. d. M. in die Hände des unterzeichneten stellvertretenden Vorsitzenden gelangte, teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß der Vorstand des Vereins der Brauereien in einer inzwischen zusammenberufenen Sitzung von der übermittelten Resolution Kenntnis genommen hat. Das Ergebnis unserer Beratung geht dahin, daß — so wenig wir auch die Schwierigkeiten verkennen, unter denen gegenwärtig Brauer und Gastwirte infolge der ungünstigen Befestigung zu kämpfen haben, und so gern wir auch bereit wären, mit Ihnen über gemeinsame Maßnahmen zur Erleichterung dieser Schwierigkeiten zu beraten — wir uns doch einen Erfolg von diesen Verhandlungen nicht versprechen können. Die sich aus der Resolution ergibt, wünschen Sie durch diese Verhandlungen auf eine Abänderung der von den Brauereien getroffenen Vereinbarungen hinzuwirken. Die Brauereien aber, die sich, nachdem alle Bemühungen, die Erhöhung der Pölle und der Braupreise zu verhindern, leider gescheitert sind, nur ungerne der zwingenden Notwendigkeit folgend zu einer Erhöhung der Bierpreise entschlossen haben, sind aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen zu einer Abänderung ihrer Vereinbarungen nicht in der Lage. Die äußerste Grenze, zu der sie auf dem Wege der KonzeSSIONen gehen könnten, haben wir mit ausführlicher Begründung bereits in dem Schreiben an das Aktionskomitee vom 14. Juli gekennzeichnet. Nachdem das Aktionskomitee diese Vorschläge abgelehnt hat, mühten wir befrüchten, durch Wiederaufnahme von Verhandlungen und dem Vortwurf der Verschleppung, der — allerdings unbegründet — uns bei früheren Gelegenheiten seitens der Herren Gastwirte gemacht worden ist, wieder auszuweichen. Indem wir uns der Hoffnung hingeben, daß die angenehmen Beziehungen der Gastwirte und Brauereien die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation überdauern werden, zeichnen wir uns.

Die Folgen dieser Ablehnung erneuter Verhandlungen werden für die Ringbrauereien recht fühlbare werden können.

Eine städtische Beamtenversammlung hat sich mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise die Berliner Beamtenchaft ihren Einfluß geltend machen kann, um Verwirklichung ihrer Wünsche durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu erreichen. Man ist da auf einen sonderbaren Weg verfallen. Man will Beamtenvertreter ins Rathaus schicken und zur Unterstützung der Wahl solcher Beamtenvertreter die mittleren und unteren Staatsbeamten heranziehen. Im Nordosten, Südwesten, Osten und Nordwesten Berlins befinden in einigen Bezirken die Beamten die gegebene Majorität, ganze Strahlenzüge seien fast ausschließlich von Beamten bewohnt. Diese Massen werde man jetzt mobil machen, was bei der strengen Organisation der Beamten ein Leichtes sei. Die Vorarbeiten seien schon im besten Gange. Es wurden sofort Vertreter für das Wahlkomitee gewählt. Die Versammlung beschloß einstimmig, sich an der Bewegung zu beteiligen und die Kosten im Umlageverfahren aufzubringen.

Die städtischen Beamten scheinen unserer Ansicht nach einen sehr verkehrten Weg einzuschlagen. Bisher waren es immer die Sozialdemokraten, die es sich angelegen sein ließen, neben der Wahrnehmung der Interessen der städtischen Arbeiter auch die Wünsche der unteren und mittleren Beamten zu vertreten, obwohl die Beamten bei der Wahl dem Freiwahlgesetz ihre Stimme gaben und somit gegen ihr eigenes Interesse handelten. Daß sie auf dem jetzt beschriebenen Wege wirksamer ihr Ziel erreichen, als durch die Wahl von Sozialdemokraten, bestreiten wir ausdrücklich.

Töblich verbrannt. Eine folgenschwere Spiritus-Explosion, die allgemein zur Warnung dienen sollte, ereignete sich in der Wielandstraße 7. Das bei einem dortigen Mieter angestellte Dienstmädchen Maria K. hatte in der Küche Wäsche gebügelt und dabei das stark angeheizte Plättchen einer Spirituslampe zu nahe gebracht. Durch

das Ausströmen der großen Hitze wurde die Flasche berartig erwärmt, daß ihr Inhalt plötzlich zur Explosion kam. Die Stichflammen trafen die Kleidung des jungen Mädchens und im nächsten Augenblick stand die K. in hellen Flammen. Die Bedauernswerte erlitt am ganzen Körper so schwere Brandwunden, daß sie jetzt hoffnungslos daniederliegt.

Durch einen brennenden Güterwagen wurde auf der Vorortstation Dangelberg eine mehrstündige Verkehrshörung hervorgerufen. Der um 4 Uhr dort eintreffende Güterzug führte einen lichterlos brennenden, mit Preßstroh beladenen Wagen mit sich. Der Waggon mußte ausgeschaltet werden und verbrannte vollständig. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht ermittelt werden.

Opfer des Verkehrs. Von einem Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern nachmittags das 4jährige Söhnchen des Rufflers Lehmann aus der Münchenerstraße 48. An der Kreuzung der Jar- und Münchenerstraße wurde der Knabe von einem Fuhrwerk der Firma Karl Meißner umgerissen und das rechte Vorderrad ging ihm über den Kopf hinweg. Schwerverletzt wurde das verunglückte Kind nach der Unfallstation in der Seimnischstraße gebracht. — Zum Krüppel gefahren wurde der 42 Jahre alte Kutscher Hermann Kienbaum aus der Uhländstraße in Charlottenburg. K. war in dem Augenblick, als er sein Fuhrwerk besteigen wollte, an einen Straßenbahnwagen herangeraten, zu Boden gestürzt und zwar so unglücklich, daß ihm die Näder über die rechte Hand hinweggingen und diese vollständig zermalnten. — Von einem Pferde geschlagen wurde gestern abend der Kutscher Albert Krüger, Unter den Linden 72 wohnhaft. K. hatte einen Geschäftswagen der Firma Jordan gefahren, und als er in der Turmstraße am Geschäft etwas in Ordnung bringen wollte, schlug das Pferd plötzlich aus und traf K. mit solcher Gewalt, daß er einen komplizierten Unterschenkelbruch erlitt. Der Schwerverletzte fand im Krankenhaus Moabit Aufnahme.

Lotterieschwinder überfallen wieder die Stadt, namentlich den Westen. Eine Firma Münchener u. Co. in Arnheim in Holland betreibt durch einen jungen Mann Anteilsscheine einer Spielgesellschaft für preussische Klassenlose. Die Prospekte sind sehr verlockend und sichern den Unternehmern bei unzulänglichen Leuten einen guten Abzug. Kleine Gewinne werden auch ausgezahlt, weil das noch mehr wirkt. Die Auszahlung größerer Gewinne aber scheitert schon daran, daß die Gesellschaft selbst unter Umständen gar nicht im Besitze der Gewinnlose ist. Die Kriminalpolizei hat neuerlich festgestellt, daß eine Anzahl Nummern, die die Gesellschaft angeigt, nicht von dieser, sondern von Privatleuten gespielt wird. Es kann daher vor den Losen der Firma Münchener u. Co. und ihren Vertretern nur gewarnt werden. Das gilt auch von den Leuten, die namentlich im Westen der Stadt die Hintertreppen aufsuchen, um an Dienstmädchen Türkenlos-Anteilsscheine zu verkaufen. Diese Lose werden bis 1914 gezogen. Die Mädchen glauben nun, daß sie für 4 M., die man ihnen abnimmt, ein für allemal Aussicht auf die verprochenen Gewinne haben, während sie im ganzen 50 mal 4 M. zu zahlen haben. Ob sie dann aber das Ende der Ziehungen erleben, ist eine andere Frage. Die Scheine werden angeblich für die Danmarksbank in Kopenhagen verkauft. Die Rückzahlungsaussicht, die sie enthalten, ist wertlos, der Tageskurs ist immer so niedrig, daß die Käufer zwei Drittel ihres Geldes verlieren. Ob die Verkäufer der Anteilsscheine die Lose besitzen, ist auch sehr zweifelhaft, läßt sich aber nicht feststellen, weil es sich um ausländische Lose handelt.

Am hellen Tage „gelebbert“. Ein dreifach Diebstahlstückchen ist einem Langfinger auf dem Reuterplatz in Rixdorf gelungen. Dort war der Arbeiter Wilhelm G., Reichbergerstraße 55 wohnhaft, auf einer Bank eingeschlafen. Als er wieder erwachte, machte er die überraschende Entdeckung, daß ihm während des Schlafes von einem Klebberer das Jackett ausgezogen und samt Portemonnaie und Brieftasche gestohlen worden war. G. hatte einen so tiefen Schlaf gehabt, daß er von seiner Verabreichung nichts merkte.

Aus der Selbstmordchronik. In der vergangenen Nacht hat sich ein unbekannter, etwa 25jähriger junger Mann auf einer Droschkenfahrt das Leben genommen. Der Selbstmörder bestieg am Potsdamer Platz einen Taximeter und forderte den Kutscher auf, nach der Panstraße 3 zu fahren. Beim Einbiegen in die Radstraße hörte der Wagenlenker plötzlich einen Schuß hinter sich fallen; sein Fahrgast hatte sich aus einem schließlichen Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt. Der Kutscher fuhr nach dem nächsten Polizeibureau, und als er dort ankam, war der junge Mann tot. In seiner Rocktasche fand man eine Sammlung von Photographien hübscher junger Mädchen. An Vermitteln hatte der Lebensmüde, der elegant gekleidet war, noch 5 Pf. aufbewahrt. Eine Uhr besaß er nicht mehr. — Auf offener Straße erschossen hat sich gestern ein unbekannter Mann. Der Lebensmüde, der in den mittleren Jahren stand, hatte sich in der Wladimirstraße an der Kirche „Zum heiligen Kreuz“ auf einer Bank niedergelassen, zog plötzlich einen Revolver aus der Tasche und jagte sich eine Kugel in den Kopf. Noch bevor ein Arzt hinzugerufen werden konnte, war der Unbekannte eine Leiche. Im Besitze des Toten, der nach dem Schauhaus gebracht wurde, fand man eine größere Geldsumme. — Wegen Geldverlusten erschossen hat sich gestern der 25jährige Handlungsgeselle Emil G. aus der Goldstraße 30. Der junge Mann hatte vor längerer Zeit ein Geschäft gegründet, Geldverluste gehabt und schließlich sein kleines Kapital in das Geschäft hineingesetzt. Anscheinend in besserer Laune erschien er gestern in seinem Stammlokal in der Berlinerstraße 161/62 in Wilmersdorf und bog sich, nachdem er ein Glas Bier getrunken, nach der Toilette. Plötzlich fiel ein Schuß und als einige Gäste hinzueilten, fanden sie den Lebensmüden eisenfoll vor. G. hatte sich eine Kugel in die Schläfe gejagt und war sofort tot. In der Tasche des Selbstmörders fand man einen Abschiedsbrief an die Frau.

Als Kautionschwinder treibt schon längere Zeit ein Franz Hoppe, der in der Bergstr. 57 wohnte, sein Unwesen. Dieser Mann erlöst in den Zeitungen Inserate, in denen er Kassierer oder Kassentoten mit 500—800 M. Kautions oder mit Bareinlage sucht. Hat er glücklich das Geld von den Bewerbern erhalten, so können sie sehen, wie sie es wiederbekommen. Auf diese Weise hat dieser Mann schon zahlreiche Opfer gefunden. Schon Ende Mai haben eine ganze Anzahl Geschädigte Anzeige erstattet und Anfang Juni erfolgten noch weitere Meldungen von Betroffenen an die Polizei. Gehört hat man bis heute noch nichts, was aus der Sache geworden ist. Längere Zeit war der Herr Hoppe von der Bildfläche verschwunden, jetzt ist er wieder aufgetaucht und hat von neuem sein skandalöses Treiben aufgenommen. Im „Volks-Anzeiger“ sucht der laubere Patron wiederum gegen Kautionskassierer mit 500—800 M., natürlich unter entsprechender Chiffre. Gewöhnlich läßt er sich diese Offerten nach Postamt 54 oder 24 schicken. Es sei daher dringend vor dem Schwindler gewarnt.

Vom Duellauszug. Ein Pistolenduell ist gestern früh im Grundwald in der Nähe von Zehlendorf ausgefochten worden. Als Duellanten fanden sich ein 45 Jahre alter Gutbesitzer aus der nächsten Nähe Berlins und ein Berliner Dr. med. im Alter von 40 Jahren gegenüber. Beide Herren waren früher die besten Freunde, wegen geringer Meinungsverschiedenheiten gerieten sie in Konflikt. Zu dem Streite der Freunde, die beide unverheiratet sind, gab eine Frau die Ursache. Die Spannung zwischen den beiden nahm vor einigen Tagen derart scharfe Formen an, daß der Mediziner seinen ehemaligen Freund kontrahierte. Der Gutbesitzer ist Referentoffizier; am selben Tage unterbreitete er Ehrenhandel und Forderung dem Ehrentat, in der kurzen Frist von einem Tage machte sich dieser über den Fall schlüssig und stimmte dem Pistolenduell zu. Für den Zweikampf wurden sehr scharfe Bedingungen festgesetzt: Kugelmehel bis zur

Abfuhr. Gestern morgen um 1/2 Uhr sollte das Duell stattfinden. Der Gutsbesitzer verspätete sich aber eine halbe Stunde; schon beim ersten Kugelwechsel erhielt er von seinem Gegner, dem Mediziner, einen Schuß in die Lunge. Der anwesende Arzt konstatierte eine sehr schwere Verletzung; in äußerst bedenklichem Zustande wurde der verwundete Gutsbesitzer in eine Klinik geschafft, wo er hoffnungslos darniederliegt. Auf dem Schouplah des Duells erschienen bald darauf Wendormen; aber der Duellant und die Sekundanten waren bereits verschwunden.

Das besonders geardete Ehrgefühl des Referentens bestimmt bekanntlich, Streitigkeiten mit dem Revolver auszusprechen. Nur mit Blut kann in diesen Kreisen eine Beleidigung gesühnt werden, und so knallten sich die Stützen von Thron und Altar gegenseitig nieder.

Tödtlicher Abfuhr vom Gerüst. Bei einem bedauerlichen Unglücksfall hat gestern der Arbeiter Franz Herend sein Leben eingebüßt. Er war auf einem Neubau in der Wilhelmstraße (unmittelbar an der Leipzigerstraße) beschäftigt und hatte auf dem Seitengerüst mit Aufzugarbeiten zu tun. Dabei wurde er plötzlich von einem Unwohlsein befallen, fiel um und stürzte in die Tiefe. Der Bedauernswerte zog sich einen schweren Schädelbruch zu und starb bereits auf dem Transport nach der Unfallstation in der Kronenstraße.

Straßensperrungen. Die Königin Augustastrasse vom Hasenplatz bis zur Lützowstraße wird vom 7. d. M. und die Lützowstraße von der Königin Augustastrasse bis zur Potsdamerstraße vom 10. d. M. ab behufs Ausführung der Kanalisierungsarbeiten; die Trauerstraße von Frankfurter Allee bis Valten-Platz wird behufs Umpflasterung vom 7. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Wiederbefunden hat sich der gestern vermißte 18jährige Wilhelm Schmidt, der einer Gemütsdepression zum Opfer gefallen war und sich von Hause entfernt hatte.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 5 Uhr kam in einem Keller Prinz Eugenstraße 20a Feuer aus. Brechlofen hatten sich dort entzündet. Kurz vorher hatte die Wehr einen Kofenbrand auf dem Anhalter Bahnhof zu löschen. In der Alten Schönhauserstraße 42 brannten Leisten, Wilderrahmen u. a. und auf dem Erzierplatz an der Schönhauser Allee eine Pappel. Ferner wurde die Wehr noch nach der Auguststraße 8a, wo in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war, nach der Matternstraße 2, Behrenstraße 54 und anderen Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Ueber eine Revolteratte eines Hausverwalters wird berichtet: Ein aufsehender Vorfall spielte sich gestern vormittag auf dem Hofe des Hauses Steinwegstr. 98 zu Rixdorf in Anwesenheit zahlreicher Mieter dieses Hauses ab. Es war hier zwischen dem Hausverwalter Oberpostkassierer Karl Meyer und dem Bureauvorsteher Max Buchholz wegen rückständiger Miete ein Wortstreit entstanden, in dessen Verlauf sich die beiden Gegner auf das heftigste erregten. Plötzlich stürzte sich Buchholz mit erhobenen Fäusten auf Meyer, aber blühschnell zog der Postkassierer einen scharfgeladenen Revolver hervor und feuerte zwei Schüsse auf Buchholz ab, deren einer den Bureauvorsteher in die rechte Hand traf. Meyer, vor dem jetzt alles erschrocken zurückwich, begab sich in seine Wohnung, während Buchholz sich verbünden ließ. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Schöneberg.

Die Kinderferienspiele, die in diesem Jahre von einer Anzahl opferwilliger Frauen eingeführt wurden, haben nach ihrem mit dem Wiederbeginn der Schule erfolgten Abschlusse ein recht gutes Resultat gezeigt, so daß die Veranstalter mit dem ersten Versuche wohl zufrieden sein können. In den vier Wochen ihres Bestehens sind täglich im Durchschnitt bis 65 Kinder im Alter von 3 bis 12 Jahren unter der Leitung von Frauen nach dem Grunewald, Station Fischlamp, geführt worden, wo sie mit Spielen unterhalten und mit Milch versorgt wurden. In einer großen Anzahl von Fällen wurde das Fahrgeid aus den gesammelten Mitteln bestritten. Im ganzen wurden hierfür sowie für Milch 104 M. ausgegeben, wozu in opferwilliger Weise aus Genossenschaftlichen 120 M. zusammengebracht wurden. Ein Fonds von 16 M. verbleibt in den Händen der Vertrauensperson, der sich hoffentlich bis zum nächsten Jahre, nachdem in die Agitation hierfür beizeiten eingetreten werden soll, noch stattdlich vergrößern wird.

Dries-Duckow.

In der am Dienstag stattgefundenen Wahlvereinsversammlung hielt Genosse Wilhelm Nieche einen interessanten Vortrag über: „Politischer Rassenstreit“, hierbei gleichzeitig das Thema „Partei und Gewerkschaften“ in eingehender Weise behandelnd. In der Diskussion vertrat Genosse Schröder die Ansicht, daß auf Vorgänge, wie solche sich in Breslau, Nürnberg usw. in letzter Zeit abgespielt haben, seitens der Arbeiterschaft dieser Städte mit dem Waffenstreik geantwortet werden müsse. Genosse Händel ist im Gegenwitz zum Referenten der Meinung, daß sich die „Einigkeit“ mit der Veröffentlichung des Protokolls kein Verdienst erworben habe. Die Stellungnahme der Gewerkschaftsführer auf der Konferenz zur Frage des Waffenstreiks hält er nach den Vorgängen in Köln für nicht auffällig. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten erstattete Genosse Krummrig einen ausführlichen Bericht von der letzten Generalversammlung des Zentralwahlvereins. — Die Abrechnung von der mit den Tempelhof- und Mariendorfer Genossen gemeinsam veranstalteten Urania-Vorstellung zeigte einen kleinen Ueberschuss. Es wurde der Wunsch laut, daß möglichst bald wieder eine solche Vorstellung veranstaltet werde.

Rummelsburg.

Ein gewaltiger Brand kam am Freitagnachmittag aus bisher noch nicht ermittelter Ursache in Rummelsburg zum Ausbruch. Dort stand um 1/2 Uhr die Fabrik der Aktiengesellschaft für Anilin-fabrikation in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten in kurzer Zeit eine solche Ausdehnung erreicht, daß die Dampferwehren aus Vorchagen, Rummelsburg, Stralau und anderen Vororten dem verberbenden Elemente machtlos gegenüber standen. Der Amtsvorsteher und die Direktion wandten sich deshalb an die Berliner Feuerwehr um Hilfe, die daraufhin die Löschzüge 6 und 7 mit zwei Dampfspritzen usw. entsandte. Als diese an der entfernten Brandstelle eintrafen, war die Situation eine sehr bedrohliche. Wasser griffen die Löse an und gaben lässig Wasser.

Nach mehrstündiger vereinter Anstrengung von 10 Wehren aus Berlin, Karlshorst, Nieder- und Ober-Schöneweide, Treptow, Friedrichsberg, Lichtenberg usw. gelang es, den Menschenbrand auf das Hauptgebäude, einen mächtigen vierstöckigen Bau auf dem rechten Ufer der Spree gegenüber dem Plänterwalde, nahe dem Rummelsburger See, zu beschränken und die übrigen Gebäude zu schützen. Das Hauptgebäude ist mit allen Maschinen, Apparaten usw. und großen Vorräten an Säuren für die Anilin-fabrikation ein Raub der Flammen geworden. Nur die Umfassungsmauern standen um 8 Uhr noch. Leider ist gleich beim Ausbruch des Brandes gegen 4 Uhr der verheiratete dort schon 7/8 Jahre tätige Arbeiter A. Wehne verbrannt. Seine Leiche war am 9 Uhr noch nicht gefunden. Sie liegt entweder unter dem Schutt oder ist von den Säuren, die in allen Stockwerken lagerten, verzehrt worden. Die Entstehung des Brandes wird auf eine Explosion zurückgeführt, die weithin vernehmbar war. Wie diese entstanden ist, weiß man nicht. Die meisten Arbeiter retteten sich durch eilige Flucht über die am Hause angebrachten eisernen Treppen, nur dem vermissten Wehne war dies nicht mehr möglich. Vermutlich ist er schon infolge der Explosion tödlich verletzt worden. Im Ru stand dann das

große Gebäude in Flammen. Zwanzig Minuten später waren schon mehrere Wehren zur Stelle. An eine Rettung des Mannes oder des Gebäudes war aber nicht mehr zu denken. Bald darauf stürzte der Dachstuhl in die Glut und nun mußten sich die Wehren auf die Löschung der Flammen und den Schutz der angrenzenden Gebäude beschränken. Der Schaden ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb der großen Fabrik der Aktiengesellschaft für Anilin-fabrikation soll keine Unterbrechung erfahren. Die Ortswehr von Rummelsburg wird auch während der Nacht noch tätig sein und morgen die Leiche des A. zu bergen suchen.

Groß-Vichtersfelde.

Der Drucksetzer Josef, von seinen Ferien anscheinend sehr gekräftigt zurückgekehrt, hat sich als Opfer seiner schäumenden Kraft die heilige Zerkriegsgesellschaft erkoren, die er in geistiger Verwirrung zu einer Prozentsigen Landabgabe verdonnert. Gegenüber diesem nahezu an Konfiskation grenzenden frechen Einbruch in das heilige Privateigentum sei konstatiert, daß es sich nur um eine Prozentsige Landabgabe handelt.

Sanktitz.

Verdammender Kirchendienst. Der Nachbarort Sanktitz ist seit einiger Zeit ohne Kirchendienst. Seit Sonnabend abend ist der an der dortigen Dreifaltigkeitskirche tätig gewesene Otto Kros verschwunden. Da man anfangs glaubte, daß K. bei Ausübung des Dienstes in der Kirche von einem Unglücksfall betroffen worden sei, nahm man eine eingehende Durchsichtung des Gotteshauses vor, aber ohne Erfolg. Weder die Angehörigen, noch die Vorgesetzten des Kirchendienstes können sich die Ursache seines rätselhaften Verschwindens erklären. K. ist etwa 1,50 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, braun gebranntes Gesicht, kleinen Schnurrbart und ist mit weihem Wäscheputz, weißer Weste, schwarzen Hosen und schwarzem steifen Hut bekleidet.

Steglitz.

Zur Gemeindevahl. Ein eigenartiges Ergebnis hatten die Gemeindevahlen der dritten Klasse im März dieses Jahres. In beiden Bezirken brachte erst die Stichwahl die Entscheidung und zwar mit Hilfe der Hausbesitzer zugunsten des Mietervereins. Auf Protest des Gemeindevorstandes erklärte jedoch die Gemeindevorstellung die Wahlen der Herren Dendewitz im ersten und Tempelner im zweiten Bezirk für ungültig. Der sozialdemokratische Protest gegen die Wahl im ersten Bezirk wurde mit allen gegen die Stimme unseres Vertreters abgewiesen. Gegen diesen Beschluß wurde von unserer Seite Klage erhoben. Das Resultat der Wahlen vom März ist also, daß bis jetzt erst einem der vier Gewählten des Mietervereins sein Mandat sicher ist, während zwei der Herren der Eintritt in unser Dorparlament endgültig verweigert wurde, und der vierte zwar vorläufig sein Mandat ausübt, aber doch stets gewärtig sein muß, daß ein ihm ungünstiges Urteil auch seinem Wirken im Rathause ein Ziel setzt. Wie zur endgültigen Entscheidung unserer Klage dürfte voraussichtlich noch eine geraume Zeit vergehen. Man wird sich deshalb entschließen müssen, in absehbarer Zeit die Ersatzwahl im zweiten Bezirk vorzunehmen. Vor einiger Zeit berichtete denn auch die Lokalpresse, daß die Wahl im September stattfinden werde. Inzwischen scheint man sich die Sache auf dem Rathause aber anders überlegt zu haben, denn es verlautet neuerdings, daß erst im Oktober gewählt werden soll. Das wäre natürlich sowohl für uns als auch für den Mieterverein höchst nachteilig. Da die Wahl nach den im Januar ausgelegten Listen stattfindet, ist es erklärlich, daß der April- und Oktoberumzug für die Parteien, deren Wähler fast ausschließlich Mieter sind, einen erheblichen Stimmenverlust bedeutet. Wenn auch die nach außerhalb verzogenen Wähler ihr Wahlrecht dadurch noch nicht verloren haben, so ist es doch begreiflich, daß dieselben nur schwer oder gar nicht zur Wahlurne gebracht werden können. Aber auch unter den im Orte Verbliebenen ist die Agitation sehr erschwert und dadurch ein Stimmenverlust ziemlich sicher. Für die Hausbesitzer würde dies natürlich einen doppelten Vorteil bedeuten — aus diesem Grunde glauben wir auch gern, daß die Wahlen tatsächlich erst nach erfolgtem Umzuge stattfinden. Für unsere Parteigenossen sei das Räuber aber ein deutlicher Wink, schon jetzt bei jeder Gelegenheit im persönlichen Verkehr auf die bevorstehende Wahl aufmerksam zu machen. Auch ist dringend zu wünschen, sich die neuen Adressen von verzehenden Genossen sorgfältig zu notieren, um das Wahlkomitee zu gegebener Zeit zu unterstützen. Unsere Lösung muß sein: „Auf einen Schelm an dert halbe!“

Spandau.

Zu einer großen Kundgebung gegen den Reichstagsabgeordneten Pauli hat sich eine öffentliche Versammlung gestaltet, die von der Kommission der Gastwirte zu Donnerstagabend einberufen und außerordentlich stark besucht war. Es handelte sich um eine Versammlung, die gegen die von der Ringkommission beschlossene Erhöhung der Bierpreise Stellung nehmen sollte. Als Referenten fungierten der Redakteur Friedrichs-Berlin und Genosse Litzin-Berlin, die in großzügigen Referaten die durch die Steuerpolitik der Regierung und die Beschlüsse der Ringbrouer geschaffene Situation, in welche Gastwirte wie auch das konsumierende Publikum gedrängt worden sind, beleuchteten. In der sich an die Referate anschließenden ausgiebigen Diskussion legten unsere Genossen Trampler, Wieser und Pieper den Standpunkt der Arbeiterschaft dar, den Gastwirte ihre Haltung den Arbeitern gegenüber vor Augen führend. Ihr Verhalten durch Verweigerung von Versammlungsräumen, bei Auslegung der Listen bei Wahlen und Boykottierung der Arbeiterpresse sei nicht sehr geeignet, die Sympathie der Arbeiter für die Gastwirte wachzurufen.

Es gelangte schließlich folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute im „Roten Adler“ in Spandau tagende große öffentliche Versammlung spricht nach Anhörung der Referenten ihre Empörung über die maßlose Verteuerung des Bieres durch den Brauereiertrag aus. Sie erklärt, daß sie unter keinen Umständen es billigen kann, wenn die Brauereien den Versuch machen, die Brausteuer als Vorwand für eine ungerechtfertigte Erhöhung der Bierpreise zu benutzen. Die Versammlung spricht ihre Genehmigung darüber aus, daß die Gastwirte versuchen, trotzdem eine Bierpreisverteuerung den Konsumenten gegenüber zu vermeiden und fordert die Bürgergesellschaft Spandaus auf, die Gastwirte in dem ihnen aufgebungen Kampfe zu unterstützen.“ Der Vorsitzende gibt bekannt, daß gestempelte Plakate mit der Aufschrift „ringfreies Bier“ zum Aufhänge in den Restaurationen ausgegeben werden. Der „Voyant“ sei nicht so zu verstehen, daß man nun die bisher besuchten Lokale meide, weil sie Ringbier führten; man solle dort ruhig weiter verkehren, aber man solle den Genuss des Ringbieres meiden und andere Getränke, Selters usw. verzehren.

Von besonderem Interesse waren die Mitteilungen des Redakteurs Friedrichs über die Stellung des Reichstags-Abgeordneten Tischlermeisters Pauli in der Brausteuerfrage. Der Redner erzählte, von den Berliner Gastwirtsvereinigungen sei nach der großen Protestversammlung in der „Neuen Welt“ zu Berlin ein Aktionskomitee eingesetzt worden; zu einer der Sitzungen des Komitees sei auch Herr Abgeordneter Pauli geladen worden und erschienen. Herr Pauli habe da in einer längeren Rede die Brausteuer zu verteidigen gesucht. Seinen Ausführungen und Berechnungen sei man von den verschiedensten Seiten entgegengetreten. Und nach Schluß der damaligen Sitzung habe Herr Pauli erklärt, er habe jetzt ein ganz anderes Bild von der Sache gewonnen und werde seine Fraktion in diesem Sinne auflösen; er rief auch dem Komitee, mit anderen Fraktionsmitgliedern in Verbindung zu treten. Nach einiger Zeit habe er, Redner, Herrn Pauli im Reichstage getroffen; dieser habe ihm mitgeteilt, daß er mit seinen Ausführungen in der Fraktion nichts erreicht habe; auch sei es ganz unnütz, daß sich das Komitee weiter bei der Fraktion bemühe. Kurz darauf sei es zur Abstimmung gekommen, und Herr Pauli, der noch wenige Tage vorher ein

ganz anderes Bild bekommen hätte, habe für die Erhöhung der Brausteuer gestimmt.

Das „Spandauer Tageblatt“ ist über den Verlauf der Versammlung nicht sehr erbauend und gibt selber zu, daß sich dieselbe zu einer „sozialdemokratischen Aktion“ gegen den Abgeordneten Pauli, seinen Schützling, gestaltet habe. Es tröstet sich mit der Bemerkung, daß der Vorstand des Spandauer Gastwirtsvereins mit der Versammlung nichts zu tun habe, und läßt sich resigniert:

„Die Sozialdemokratie benutzt eben jede Gelegenheit, unter dem Deckmantel der bürgerlichen Parteien in öffentlichen Versammlungen Propaganda für ihre sozialdemokratischen Forderungen zu machen. Hier hat ihr wieder einmal die Vierkommission des Gastwirtsvereins die Wege geebnet und Gelegenheit gegeben, agitatorisch in einer öffentlichen Versammlung aufzutreten zu können. Zum großen Vorteil wird es diesmal nicht sein, sie hat höchstens das damit erreicht, daß unter die Mitglieder des Gastwirtsvereins die Brandfäden geworfen worden sind. Hoffentlich werden auch hier die bürgerlichen Elemente die Oberhand über die „Roten“ behalten.“ Wir verstehen den Schmerz des „Tageblatt“ zu würdigen, denn es scheint im Geiste schon zu liegen, daß die Zeit abläuft, wo ein Herr Pauli den Kreis Potsdam-Disbellenland im Reichstage vertritt. Was an unsren Genossen liegt, dieses Ziel zu erreichen, wird gelingen.

Den deutschen Staat von den Füßen geschüttelt hat ein Soldat der Disziplinarteilung des Gardekorps, der vor 12 Tagen aus dem Fort Hakenberg entwichen ist und sich zur Erleichterung seiner Flucht mittels Einbruchs in die Militärbadanstalt die Uniform eines Feldwebels vom 5. Garderegiment z. F. verschaffte. Er hat in einem hiesigen Belohnen aus dem Auslande geschrieben, daß er dort wohlbehalten angekommen ist.

Potsdam.

Der sozialdemokratische Wahlverein nahm in seiner letzten Versammlung den Bericht des Gen. Stöbeffand von der Kreisgeneralversammlung in Rauen entgegen, der ja durch die Parteipresse bereits veröffentlicht ist. Die Mitdelegierten Gen. Förster und Krafau gaben noch besondere Aufschlüsse über die Spandauer Prefsangelegenheit und den Potsdamer Antrag betr. die Prüfung des Kreisvorstandsberichtes resp. die sog. Kartemittglieder. Bei der Kürze der Zeit sei es der Kommission nicht möglich gewesen, den Bericht über diese Angelegenheit schon der letzten Kreis-Generalversammlung zu geben. Es sei notwendig, daß die künftigen Kreis-Generalversammlungen schon um 10 Uhr morgens begünnen, um die Tagesordnungen ordnungsmäßig erledigen zu können, namentlich auch, um die Diskussion nicht zu sehr kürzen zu müssen. — In der Diskussion über den Bericht sprachen die Genossen Stoop und Bittendeker die Ansicht aus, daß sie in der Behandlung des Antrages 1 eine Verschleppungsaktion sehen. Genosse Stoop erklärt dazu, daß eine Erledigung der Frage im Plenum nicht möglich gewesen sei, trotz der Vertretung der Potsdamer Delegierten. Nach einer längeren Auseinandersetzung über den Punkt „Partei und Gewerkschaft“, über den Genosse Liebnecht auf der Kreisversammlung referierte, gelangte die folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Berichte der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung und erklärt sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden.“

Sie erwartet jedoch, daß der Antrag 1 (betreffend die Kartemittglieder) nicht in der Kommission begraben, sondern von derselben baldmöglichst Bericht erstattet wird.“

Eine lange Diskussion förderten auch die Prefsangelegenheiten zutage. Um die Austragung der „Brandenburger Zeitung“ nach am Erscheinungstage auch ferner zu ermöglichen, beschließt die Versammlung, pro Exemplar einen monatlichen Zuschuß von 5 Pf. für die Austräger zu bewilligen. Diesen Zuschuß zahlt die Vereinskasse vorläufig bis zum April nächsten Jahres. Die in Rauen beschlossene Agitation für die Presse ist hier für den kommenden Sonntag nicht mehr möglich. Es wird deshalb eine Verlegung beschlossen.

Damit schließt die Versammlung mit dem Wunsche, die in letzter Zeit neu aufgenommenen Mitglieder auch einmal persönlich kennen zu lernen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der südlichen Marktbaudirektion (Großhandel) sind folgende Preise für 100 Pfd., Ha 65—70, IIIa 59—64, IVa 54—58, Raibfleisch, Doppelsender 100—110, Ia 82—88, IIa 72—80, IIIa 62—70, Hammelfleisch Ia 75—80, IIa 65—74, Schweinefleisch 66—73, Rebhütchen Ia per Pfd. 0,60—0,80, IIa 0,30, Rotwild Ia per Pfd. 0,45—0,51, IIa 0,18—0,25, Damwild 0,50—0,54, Wildschweine per Pfd. 0,50, Pristlinge 0,00, Kaninchen per Stück 0,20—0,60, Wildenten Ia per Stück 1,00—1,25, IIa 0,75, Rebhühner, junge Ia 0,85—1,20, junge Heine 0,60—0,80, alte 0,60—0,80, Gänse, alte, per Stück 1,50—2,00, neue, IIa 1,20—1,50, junge, per Stück 0,70—1,02, Tauben, junge, per Stück 0,35—0,46, alte 0,25—0,32, Enten, junge, per Stück 1,60—2,60, alte, per Stück 0,00, Gumburger, junge, per Stück 2,90, Gänse, Ia per Pfd. 0,60—0,60, IIa 0,35—0,45, Ia per Stück 2,75 bis 4,00, IIa 1,25—2,50, Ferkel, per Stück 0,60—1,45, da klein 0,00, Deckel, per 100 Pfd. 90—112, Funder 108, Mand 00, Schote 115—141, Biele 71—75, Kase, groß 103—111, mittel 83—88, klein 0,00, unsortiert 74—77, Wägen 0,00, Karften, unsortiert 77—84, Barke, matt 86, Weißfleisch 51, Karanfischen 81, Bels 0,00, Sante Rische 64—70, Amerikanischer Lachs I neuer per 100 Pfd. 110—130, da II neuer 90—100, da III neuer 75, Seelachs 15—20, Fundern, pomm. I, per Schoß 9, da pomm. II 2—3, Kieler, Stiege Ia 4—6, da mittel, per Stiege 2—3, da klein, per Stiege 0,00, Schillinge, des Ball Kieler 4,50—5, Straßander 4,50—5, Kase, groß per Pfd. 1,10—1,50, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60, Feringe per Schoß 4—5, Schellfische Riste 3—4, da 1/2 Riste 2—3, Rabbian, per 100 Pfd. 15—20, Heilbutt 25, Sordellen, 1902er per Anker 00, 1904er 00, 1906er 00, 1906er 00, Schottische Boßleringe 1905 0,00, large 40—44, full 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44, Feringe, neue Rastel, per 1/2 T. 60—120, Dummern, IIa, 100 Pfd. 0,00, Krebse, per Schoß, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsortiert 0,00, Galziger, groß 0,00, Eier, Lands, per Schoß 2,60—3,30, Butter per 100 Pfd. Ia 134—136, IIa 118—120, IIIa 112—116, abfallende 95—110, Saurer Gurken Schoß 3,50—4,00, Pfefferkörner 3,50—4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. Baderische 2—2,50, Kofen 1,50—1,75, neue runde 1,50—2,50, neue blaue 2,25—2,50, Epinat p. 100 Pfd. 10—12, Karotten p. Schoßbund 1,50—2,50, Sellerie, hiesige, p. Schoß 1,50—6,00, Zwiebeln 100 Pfd. 2,75—3,50, Petersilie, grün, Schoßdb. 1,00, Koftkabi p. Schoß 0,80—1,00, Keffin, baar, p. Schoß 2,40 bis 4,80, Radieschen p. Schoß db. 0,60—0,70, Salat, p. Schoß 1,50—2,00, Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 5—20, Bohnenbohnen 10—20, Schoten per 100 Pfd. 15—25, Pfefferkörner per 100 Pfd. 18—30, Rodrübren per 100 Pfd. 3—4, Blumenkohl per Randel 1,00—2,50, Birsingkohl per Schoß 4,00—8,00, Koffohl p. Schoß 3,00—9,00, Weißkohl p. Schoß 2,00 bis 5,00, Stempfler p. 100 Pfd. 30—45, Gurken, Reifer, Schoß 0,00—0,00, da Einlege, Schoß 2,00—2,50, da Rostendg 2,50—3,50, da Ziegelnge 3,50—4,00, da Einlege (Senf) 10—18, Kohlrübren, Schoß 3—5,50, Tomaten, hiesige 100 Pfd. 3—6, Birnen, ital. per 100 Pfd. 14—20, hiesige 3—20, Zitroter 23—35, Böhnische 5—16, Rettig, 4—6, Keffel, ungar, per 100 Pfd. 6—13, ital. 00, hiesige 2—11, Gransenleimer 8—18, Zitroter 16—38, Preiselbeeren 00, Schweißbische 17—22, Blaubeeren per 100 Pfd. 18—26, Pflaumen, ital. runde dunkle per 100 Pfd. 0,00, ungarische 6—11, hiesige 2—3, Preiselbeeren 6—18, Erben 9—14, Baberjer 0,00, Böhnische 3—13, Zitronen, Reifna 300 Stück 20,00—23,00, 860 Stück 18,00—20,00, 300 Stück 15,00—16,00, 420 Stück klein 12,00, Pfirsiche, Werberische per 100 Pfd. 10—20, hanzöische 0,00, italienische I Riste 2,00—2,50, da II Riste 0,80—1,60, da III Riste 1,00—1,20, da in Rachen per 100 Pfd. 25—40.

Witterungsübericht vom 7. September 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand am Morgen	Windrichtung	Wolkenlage	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand am Morgen	Windrichtung	Wolkenlage	Temp. in C. u. F.
Stolmebe	755,5	5 m. o. l. g.	14	14,5	Saparamba	751,0	DSE	2 m. o. l. g.	8
Damburg	760,5	5 m. o. l. g.	14	14,5	Petersburg	748,0	SE	2 m. o. l. g.	9
Berlin	759,5	5 bedekt	15	15	747,0	SE	1 m. o. l. g.	16	
Frankfurt	765,5	3 bedekt	17	17	747,0	SE	1 bedekt	13	
München	766,5	5 bedekt	17	17	747,0	SE	2 bedekt	13	
Wien	763,5	3 halb b. d.	17	17					

Wetterprognose für Sonnabend, den 8. September 1906. Zunächst ziemlich heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden; später neue Trübung und leichter Regen.

Berliner Wetterbureau.